Nr. 161. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 14. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zur Diskussion über den Massenstreik.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung" beginnt, bevor ihr noch unser dritter Artikel über den Massenstreik zu Gesicht gekommen, eine lebhafte Polemik gegen den „Vorwärts", und zwar unter der schönen Stichmarke „Fanfare-Chamade", die von vornherein verrät, daß unsere Darlegungen spurlos an dem Verfasser abgeglitten sind.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung" erklärt es zunächst für auffällig, daß der „Vorwärts" sich gerade mit zwei Blättern, die den Verlauf der Wahlrechtsaktion kritisch behandelten, nämlich der „Sächsischen Arbeiterzeitung" und dem „Bochumer Volksblatt" beschäftige, obwohl „zahlreiche andere Parteiblätter eine mehr oder minder ähnliche Kritik zu der Angelegenheit geübt" hätten. Nun, von den zahlreichen Blättern, die den Verzicht auf den Massenstreik bei der Wahlrechtsaktion für einen Fehler erklärten, ist uns nur noch die Dortmunder „Arbeiterzeitung" bekannt geworden, die denn auch in unserem ersten Artikel erwähnt wurde. Selbst die „Neue Gesellschaft" sagt in ihrer neuesten Nummer:

„Heute ist die Situation der Partei allerdings so beschaffen, daß sie einen politischen Massenstreik mit Erfolg nicht durchführen kann, das liegt leider auf der flachen Hand und die Gegner hätten es auch begriffen, wenn es ihnen nicht ausdrücklich gesagt wurde."

Mit der „Sächsischen Arbeiterzeitung" und dem „Bochumer Volksblatt" glaubten wir uns einfach deshalb besonders auseinandersetzen zu sollen, weil ihre besonders eingehenden und zugespitzten Ausführungen die geeignete Unterlage zu einer klärenden Debatte boten.

Zwar behauptet die „Sächsische Arbeiterzeitung", daß der ganze erste Artikel des „Vorwärts" „die erst von ihm selbst verfertigte" Ansicht bekämpfe, „der Parteivorstand habe gegen den Beschluß von Jena verstoßen". Demgegenüber stellen wir fest: Es ist dem „Vorwärts" gar nicht in den Sinn gekommen, der sächsischen Arbeiterzeitung" eine so formulierte Anschuldigung zu insinuieren. Unsere ganze Polemik gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung" und das Bochumer „Volksblatt" drehte sich um den gegen den Parteivorstand von diesen Blättern tatsächlich erhobenen Vorwurf, der Parteivorstand habe durch seine Unterhandlungen mit der Generalkommission in der Wahlrechtsaktion „gebremst", ja sogar den mit der „kühnen Sprache in Jena" nicht zu vereinbarenden Grundsatz aufgestellt: „Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren". Diesem unserer Ueberzeugung nach ganz unbegründeten Vorwurf des „Bremsens" traten wir in unseren beiden Artikeln durch den zwingenden Nachweis entgegen, daß weder die Jenaer Resolution noch die ganze Debatte vor und in Jena, noch die ganze parteipolitische und politische Situation den Parteivorstand hätten veranlassen können, eine andere Haltung einzunehmen, als er sie eingenommen hat. Wenn also der Vorwurf des „Bremsens" unter Berufung auf die „kühne Sprache in Jena" überhaupt irgend welchen Sinn haben soll, so konnte es nur der sein, den wir den Auslassungen der „Sächsischen Arbeiterzeitung" beimaßen.

Die Wortklauberei der „Sächsischen Arbeiterzeitung" hat aber trotzdem ihren guten Sinn. Sie ermöglicht es ihr nämlich, unsere ganzen Ausführungen über den Charakter und die Bedeutung der Jenaer Massenstreik-Debatte, unsere dokumentarischen Nachweise über die ganz erheblichen Meinungsverschiedenheiten selbst unter den Befürwortern des Massenstreiks, kurzum die ganze noch der Klärung überaus bedürftige Situation, die die sofortige Proklamierung des Massenstreiks ausschloß, als angeblich belanglos mit völligem Schweigen zu übergehen. Und doch hing gerade von der Würdigung dieser Momente die Beantwortung der Frage ab: War die Anwendung des Massenstreiks während der Wahlrechtsaktion dieses Frühjahrs möglich oder nicht?

Charakteristisch für die Polemik der „Sächsischen Arbeiterzeitung" ist auch folgende Stelle:

„Schließlich sei gestreift, wie der Humor des „Vorwärts" erweckt wird, durch die Entdeckung des Widerspruchs, daß „gerade diejenigen Genossen, die vor Jena die Diskutierung des Massenstreiks für überflüssig wo nicht schädlich erklärten, jetzt unter wunderlicher Buchstabendeutelei den ganz unbegründeten Vorwurf gegen den Parteivorstand erheben, er habe sogar die Propagierung (im Sinne eines Diskutierens) des Massenstreiks abgelehnt". Leider beruht der Humor und die Entdeckung des Widerspruches auf der in Klammern frei hinzugehexten Formel, „im Sinne eines Diskutierens". Den unverdienten Vorwurf, das theoretische Diskutieren abgelehnt zu haben, hat aber wiederum kein Mensch gegen den Vorstand erhoben".

Die „Sächsische Arbeiterzeitung" findet es also illoyal, daß wir dem Wort Propagierung in dem obigen Zusammenhang diejenige Bedeutung beigelegt („frei hinzugehext", sagt die „Sächsische Arbeiterzeitung") haben, die für logisch denkende Menschen einzig in Frage kommen konnte. Hieß es doch in der „Sächsischen Arbeiterzeitung":

„Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, gegenwärtig den Massenstreik zu propagieren. Nicht einmal zu propagieren! Geschweige ihn denn wirklich anzuwenden!"

Die „Sächsische Arbeiterzeitung" machte also einen scharfen Unterschied zwischen „Propagieren" und Inszenieren (wirklichem Anwenden) des politischen Massenstreiks. Es konnte sich also nur um ein Propagieren handeln, dessen Absicht nicht darauf hinauslief, den Massenstreik zur Tat werden zu lassen. Denn hätte man unter Propagieren ein Anfeuern zur Anwendung des Massenstreiks verstehen wollen, so wäre das ja — in Anbetracht der durch die Wahlrechtsaktion gegebenen Situation — gar nichts anderes gewesen, als zum mindesten der Versuch zur Inszenierung des Massenstreiks. Wäre dieser Versuch geglückt, so wäre eben die Propagierung nichts anderes, als die Inszenierung gewesen; wäre er mißglückt, so hätte der Parteivorstand wieder einmal, um mit dem Bochumer „Volksblatt" zu sprechen, „mit Kanonen geschossen" und sich durch solch blindes Gebölkere lächerlich gemacht. Folglich konnte das Wort Propagieren nur den Sinn haben, die bloße Frage nach der Möglichkeit des Massenstreiks aufzuwerfen, also eine Diskussion über ihn anzuregen. Ob, beiläufig bemerkt, gerade in dem Moment der Wahlrechtsdemonstration eine solche Diskussion aber besonders am Platze gewesen wäre, ist eine Frage, über die man sehr geteilter Meinung sein kann.

Aber noch kein anderer Umstand berechtigte den „Vorwärts", unter „Propagieren" „Diskutieren" zu verstehen. Ein Umstand, der vielleicht auf die „Sächsische Arbeiterzeitung" mehr Eindruck machen dürfte als die Berufung auf die Logik. Das Bochumer „Volksblatt" schrieb nämlich wörtlich:

„Der Parteivorstand hält also die Möglichkeit oder Notwendigkeit der Propagierung des Massenstreiks in irgend einem unbestimmt zukünftigen Zeitpunkte für vorhanden. Gegenwärtig jedoch nicht. Propagierung ist bekanntlich noch nicht Proklamierung des Massenstreiks. Nun ist es eines der wichtigsten und am häufigsten gebrauchten Argumente in dem vorjährigen großen Streite um den Massenstreik gewesen, daß solch ein Kampfmittel nicht einfach dekretiert werden kann, daß wir es vielmehr sehr gründlich diskutieren müßten, um die organisierten Arbeiter damit vertraut zu machen, damit sie dann, wenn es einmal Zeit sei, auch bereit seien. Es bedürfe dazu, so hieß es, vieler Zeit. Gerade vom Standpunkte derer, die die sofortige Anwendung des Massenstreiks für unmöglich erklärten, wurde die Diskutierung und Propagierung als unumgänglich bezeichnet."

Man sieht, wie der „Vorwärts" „frei hinzugehext" hat!

Weiter verwahrt sich die „Sächsische Arbeiterzeitung" dagegen, daß sie einem blinden Darauflosstürmen das Wort geredet habe:

„Das ist gerade das Uebel, auf das wir wiederholt hingewiesen haben, daß man die Massenstreikfrage von Anbeginn an nicht in sachlicher Ernsthaftigkeit vorbereitet hat, daß man nicht bereits vor dem Kölner Gewerkschaftskongreß mit den Gewerkschaften in Fühlung trat, ohne deren Zustimmung und Mitwirkung die ganze Aktion unmöglich ist. Nicht wir sind die Kopflosen, die blind darauflosstürmen, wir beklagen vielmehr vor allem, daß man große Anläufe inszenierte, um, da die Sache zur Tat reif wurde, um so ängstlicher zurückzurufen. Wir beklagen, daß große Aktionen angekündigt werden, ohne daß die organisatorischen Voraussetzungen dafür gesichert sind."

Die „Sächsische Arbeiterzeitung" stellt hier in den Schlußsätzen abermals kühnlich trotz unserer schlagenden, von ihr freilich völlig ignorierten Widerlegung die Behauptung auf, daß im Frühjahr „die Sache zur Tat reif" gewesen sei, und daß man da, nachdem „große Aktionen" angekündigt wurden, „um so ängstlicher zurückgerufen" habe. Wir müßten unsere beiden ersten Artikel einfach wiederholen, um all diese gröblichen Unrichtigkeiten zu rektifizieren! Da unsere Leser unsere Artikel aber jedenfalls gründlicher und mit mehr Verständnis gelesen haben, als die „Sächsische Arbeiterzeitung", verzichten wir darauf.

Weiter erklärt die „Sächsische Arbeiterzeitung", daß ohne die Zustimmung der Gewerkschaften ein Massenstreik unmöglich sei. In dem am 8. Juli 1905 redaktionell — also wohl auch unter der Zustimmung des Verfassers des Artikels der „Sächsischen Arbeiterzeitung" — im „Vorwärts" erschienenen Artikel „Partei und Gewerkschaften" wird aber ganz im Gegenteil ausgeführt:

„Der politische Massenstreik ist aber eben ein politisches Kampfmittel und deshalb haben nach unserer Auffassung die Gewerkschaften nichts mit ihm zu tun . . .

Was sind am Ende die 5/6 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegen die Masse der deutschen Proletarier? Da kann man es wohl begreifen, daß sie den Wunsch haben, zunächst erst einmal die Masse des Proletariats zu gewinnen, und die Diskussion von Kampfmitteln, die ihnen bei Betrachtung ihrer relativ geringen Zahl noch aussichtslos erscheinen, vorläufig ablehnen."

Und demgegenüber bezeichnet es nun die „Sächsische Arbeiterzeitung" als einen schweren Fehler, daß man nicht schon vor dem Kölner Gewerkschaftskongreß mit den Gewerkschaften Rücksprache genommen habe. Ja, wer hätte denn das tun sollen? Der Parteivorstand? Mit welcher Autorisation denn? Hat nicht der mehrere Monate später stattfindende Parteitag dem Parteivorstand erst die Möglichkeit gegeben, die Auffassung der Partei über den Massenstreik kennen zu lernen? Nein, wollte die Partei sich mit dem Massenstreik beschäftigen, so mußte sie sich erst selbst klar zu werden versuchen, und zwar durch Diskussion in der Presse und auf dem Parteitag! Erst dann war eine Fühlungnahme und Beeinflussung der Gewerkschaften möglich. Wenn man freilich immer wieder — taub gegen alle Belehrungen — die Jenaer Debatte im Widerspruch mit den Tatsachen als „Ankündigung großer Aktionen" für die nächste Zukunft bezeichnet, statt sie einfach als das unumgängliche Mittel zu einer Klärung der Ansichten über den Massenstreik aufzufassen, so gerät man immer tiefer in die wunderbarsten Widersprüche und die betrübendste Konfusion hinein!

Dann deklamiert die „Sächsische Arbeiterzeitung" weiter:

„Das Wesentliche der „Vorwärts"äußerung ist die Meinung: In der Masse war Stimmung nicht vorhanden, kein Verständiger habe daher einen anderen Verlauf der Dinge erwarten können!

Noch niemals haben wir eine so trübselige Beurteilung der deutschen Arbeiterklasse aus Parteikreisen vernommen als durch diese Ausführungen des „Vorwärts". Wohl gibt es keinen sicheren Maßstab für die Stärke der Stimmung und Kampfesfreudigkeit, die das Proletariat in einem bestimmten Moment erfüllen. Aber auf das allerentschiedenste muß bestritten werden, daß die Arbeiterschaft so kampfesunlustig und opferunfähig ist, wie der „Vorwärts" sie behandelt. Wir müssen dagegen Einspruch erheben, daß man, um Fehler nicht als Fehler zuzugestehen, sondern als politische Klugheit auszugeben, der deutschen Arbeiterklasse ein Uebermaß politischer Dickfelligkeit und Tatenlosigkeit zuschreibt. Es ist nicht richtig, was der „Vorwärts" als unbestreitbare Tatsache ausgibt, daß nicht die geringste Stimmung für die Weiterführung des Wahlrechtskampfes bis zum Massenstreik vorhanden gewesen sei. Die Vorgänge in Sachsen zeigten ein wesentlich günstigeres Bild von der Tatkraft und dem Mut der Arbeiterschaft, ebenso die Vorgänge in Hamburg, wie der soeben im „Hamburger Echo" wiedergegebene Jahresbericht der Wahlvereinsvorstände in höchst interessanter Weise bestätigt. Und was Preußen und insbesondere Berlin angeht, so haben wir gerade aus den Darstellungen des „Vorwärts", aus den Berichten über die flammende Begeisterung in den Versammlungen des 21. Januar, des 18. März, des 1. Mai eine andere Auffassung gewinnen müssen, als sie jetzt der „Vorwärts" verkündigt. Wir können im Augenblick diese Berichte nicht nachblättern, doch es klingt in uns nach, wie es am Tage nach der Maifeier im „Vorwärts" tönte: die Maifeier habe bewiesen, von welcher Empörung das Proletariat gegen die schmachvolle Wahlentrechtung erfüllt ist! Der Kampf gegen die Wahlrechtsverweigerer werde nun erst recht entbrennen! Das Proletariat werde sich seine politischen Rechte erobern, trotz allen Widerstandes des privilegierten Geldsackklüngels! War das vor so kurzer Frist noch ebenso verderbliche Schönmalerei, wie man jetzt verderbliche Schwarzmalerei betreibt? Oder was sonst haben sich die Genossen eigentlich bei diesen Wendungen gedacht, die nicht etwa als vereinzelte Aeußerungen momentanen Ueberschwanges auftreten, sondern durch die Monate andauernd wiederkehren? Und da wundert sich der „Vorwärts", daß wir forderten: Worte und Taten dürfen nicht auseinanderklaffen!

Wir sagen noch mehr: Es ist nicht richtig, daß in Berlin „so gut wie nirgends" Stimmung für den politischen Massenstreik bestand. Die Wahrheit ist, daß selbst zahlreiche führende Genossen, zum Teil solche, die dem „Vorwärts" sehr nahe stehen und keineswegs der Kopflosigkeit und des blinden Drauflosstürmens verdächtig sind, im Januar und im März — ob sie im Mai den Glauben noch hatten, wissen wir nicht zu sagen — überzeugt waren, die Wahlrechtsbewegung müsse resolut weitergeführt und gesteigert werden. Die Wahrheit ist, daß zahlreiche von Partei wegen bestellte Referenten den Gedanken des Massenstreiks in die Versammlungen geworfen haben. Ist es die neueste „radikale Strömung", daß, wie es jetzt heißt, niemand daran gedacht hat, die angebliche ungeheure Empörung in die Tat umzusetzen? Jetzt freilich wird gemütvoll erklärt, die Empörung war nur ein schöner Schein!"

Diese Fanfaren klingen ja sehr volltönend, nur steckt leider nichts dahinter. Es ist doch — wie wir ebenfalls bereits festgestellt! — Tatsache, daß nirgends, weder in Sachsen, noch in Hamburg, noch in Berlin, noch in der Fraktion auch nur eine irgend erhebliche Minderheit vorhanden gewesen ist, die an die Möglichkeit der Verwirklichung des Massenstreiks im Frühjahr gedacht hat. Denn auch der Hamburger Nachmittagsstreik war zwar eine anerkennenswerte energische Demonstration, aber kein Massenstreik! Gegenüber all diesen Tatsachen beruft sich die „Sächsische Arbeiterzeitung" auf nicht existierende Zeugnisse des „Vorwärts" und nicht kontrollierbare Redewendungen ungenannter Versammlungsredner!

Es bleibt also trotz alles rhetorischen Pathos der „Sächsischen Arbeiterzeitung" dabei, daß für den Massenstreik im Frühjahr weder die Möglichkeit einer auch nur einigermaßen erfolgreichen Durchführung, noch auch die erforderliche Stimmung der Massen vorhanden war. Und es bleibt nicht minder dabei, daß ein Massenstreik nur durchführbar ist, wenn Einigkeit und Klarheit über dessen Durchführbarkeit sowohl in Partei- wie Gewerkschaftskreisen vorhanden ist. Diese zurzeit noch nicht vorhandene Klarheit und Einigkeit kann aber nur geschaffen werden durch eine ruhige und sachliche Diskussion. Lyrisches Pathos und feuilletonistische Einfälle sind an sich recht schätzbare Eigenschaften, aber zur klärenden Behandlung einer nur durch besonnene Logik und nüchterne Berücksichtigung der unerbittlichen Tatsachen zu lösenden politischen Frage sind sie ganz und gar nicht am Platze.

Die Revolution in Rußland.

Aus Heer und Flotte.

Alexandropol, 12. Juli. (W. T. B.) Wie amtlich mitgeteilt wird, entstanden die Unruhen in der hiesigen Sappeurbrigade infolge des Gerüchtes, daß die in Tiflis abgeurteilten Soldaten des Regiments Mingrelien angekommen wären, damit hier ihre Hinrichtung vorgenommen würde. Der diensthabende Offizier, der die Mannschaften zu überreden versuchte, die Gewehre stehen zu lassen, erhielt mit dem Kolben einen Schlag ins Genick. Herbeigerufene Truppen entwaffneten ohne Blutvergießen die Meuterer, die, als sie einsahen, daß das von Agitatoren verbreitete Gerücht falsch war, sich völlig beruhigten. Eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

Petersburg, 13. Juli. Im Kriegsministerium sind neuerdings alarmierende Nachrichten über bedrohliche Soldatenmeuten eingetroffen. In Moskau, Orenburg und auf den Alandsinseln sollen die Militärunruhen besonders gefährlichen Charakter anzunehmen drohen.

London, 13. Juli. „Central News" berichtet aus Sewastopol, daß in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag aufständische Matrosen dabei ertappt wurden, als sie sich durch drahtlose Telegraphie mit den Besatzungen der von Admiral Tschuknin vor einer Woche auf eine Kreuzfahrt entsandten fünf Kriegsschiffe in Verbindung setzten. Man fürchtet, die Aufständischen an Bord der Kriegsschiffe werden sich der Schiffsartillerie bemächtigen. In derselben Nacht meuterten Soldaten in der Festung und weigerten sich, Offiziere hereinzulassen. Es herrscht große Erregung. Gleichzeitig wird dem „Standard" aus Odessa gemeldet, daß man befürchtet, eine Verschwörung bestehe zwischen Matrosen und Seesoldaten, um die am Schwarzen Meer befindlichen Festungen in Besitz zu nehmen.

Der „Tag" bringt folgende Privatdepesche:

Moskau, 12. Juli, 11 Uhr 15 Min. nachts. Auf den Panzerschiffen „Rzessma" und „Panteleimon" haben während des Kreuzens des Schwarzmeergeschwaders vor Kertsch große Unruhen stattgefunden. In Sewastopol ist die Stimmung sehr erregt. — Der Gouverneur von Wilna benachrichtigte das Ministerium des Innern, daß unter der in Wilna stationierten Brigade in der letzten Zeit eine heftige Gärung bemerkbar ist. Man war bereits genötigt, ein Regiment aus Warschau heranzuziehen, jedoch wird noch eine weitere Verstärkung der Garnison durch loyale Truppen erforderlich sein.

Volkskampf gegen die staatlich monopolisierte Branntweinpest.

Petersburg, 13. Juli. (W. T. B.) Hier kam es am gestrigen Feiertage zu bedeutenden Ausschreitungen in der Ligowkastraße. Eine große Volksmenge, die den Wagenverkehr in dieser Straße unmöglich machte, überfiel eine Anzahl Lastfuhren der Branntweinmonopolverwaltung, entleerte die Flaschen und stürzte die Wagen um. Hinzukommende Polizeimannschaften und Kosaken wurden mit Steinen beworfen; die Kosaken machten von ihren Nagaiken Gebrauch. Erst am späten Abend gelang es, den Ruhestörungen ein Ende zu machen. Durch die Steinwürfe wurden der Polizeimeister, einige Polizeioffiziere und Schutzleute schwer verletzt.

Aus der Duma.

Petersburg, 13. Juli. Das Haus beschäftigt sich mit der Aufforderung zur Teilnahme an der interparlamentarischen Konferenz in London. Aladjin und Nabokoff erklären, daß die Duma das einzige Parlament der Welt sei, in dem alle Deputierten in dem Wunsch einig seien, für die Beseitigung des Krieges zu wirken. In den anderen Parlamenten gebe es nur Gruppen, die dieser Auffassung huldigen, aber niemand zweifle daran, daß die ganze Duma eine einzige solche Gruppe darstelle und daher der Führer in dieser neuen Bewegung der Völker werden könne, die dagegen gerichtet sei, den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Fragen zu betrachten. Die Duma beschließt dann, das Telegramm aus London zu beantworten und sechs Deputierte auszuwählen, die am Montag nach London abreisen sollen.

Das kadettische Ministerium.

Immer von neuem tauchen Gerüchte auf, die die bevorstehende Demission des Ministeriums Goremykin und die Bildung eines kadettischen Ministeriums verkünden. Was die Gerüchte über den Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums anbetrifft, so scheint ein Körnchen Wahrheit in ihnen zu stecken; denn seine Lage wird von allen Seiten als gänzlich unhaltbar bezeichnet, da es der Hofclique zu unentschlossen und der Duma zu reaktionär ist. Aber die „Hoffnung" auf ein kadettisches Ministerium, als den wahrscheinlichen Nachfolger Goremykins beruht auf völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse.

Die bloße Bildung eines solchen Kabinetts ist an und für sich allerdings denkbar, aber eine längere Existenz, eine fruchtbringende Tätigkeit ist in der gegenwärtigen Situation ein Ding der Unmöglichkeit. Vor allem fällt hier das Vorhandensein jener geheimen Regierung, der Hofkamarilla, schwer ins Gewicht: sie hat noch Kraft und Einfluß in Hülle und Fülle, sie wird alle Hebel, alle ihr zu Gebote stehenden finsteren Mächte in Bewegung setzen, um jedes halbwegs vernünftige Beginnen eines Ministeriums zu vereiteln, zuschanden zu machen, zu hintertreiben, das Kabinett zu stürzen, wenn es nicht im Bewußtsein seiner Machtlosigkeit vorher selbst demissioniert. Auf eigene Faust einen Kampf mit der Kamarilla unternehmen — das kann ein rein kadettisches Ministerium nicht; es muß im Lande und in der Duma unterstützt werden. Im Lande aber schwindet der Einfluß der K.-D. merklich, die Sympathie der Massen wendet sich immer mehr der Arbeitsgruppe und der Sozialdemokratie zu. In der Duma haben die K.-D. keine absolute Mehrheit zu ihrer Verfügung, sie müssen sich daher mit der Rechten oder mit der Linken verbünden. Eine Koalition mit der Rechten würde die K.-D. nun aber um ihr letztes Restchen von Ansehen bringen und scharfen Widerwillen in der Bevölkerung erregen. Daher werden sie es — trotz ihres heißen Sehnens nach Ministerportefeuilles — kaum wagen, sich mit der Rechten zu koalieren.

Gegen das Bündnis mit der Linken, d. h. mit der Arbeitsgruppe, wehren sich die K.-D. mit Händen und Füßen. Das ist leicht verständlich; denn ein Ministerium, das auf die Unterstützung der Linken angewiesen wäre, müßte notgedrungen ein Ministerium der entschlossenen Tat, ein Kampfministerium sein, das sich nicht scheut, den Konflikt mit der geheimen Regierung auf die Spitze zu treiben. Es würde also die Revolution fördern, anstatt sie zu „entwaffnen", wie die K.-D. sich ausdrücken.

So scheinen denn den K.-D. beide Bündnisse gleich verwerflich, und sie bleiben am Gedanken eines „rein kadettischen" Ministeriums kleben, ohne zu berechnen, daß ein solches zwischen dem Amboß der Reaktion und dem Hammer der im Anwachsen begriffenen revolutionären Bewegung zugrunde gehen müßte.

Die Angst vor der revolutionären Erhebung des Volkes läßt die K.-D. das Schwarze weiß sehen und jedes Mittel gutheißen, das ihnen geeignet scheint, ein erneutes Auflodern des Kampfes zwischen Volk und Absolutismus zu verhindern. In dem reinen kadettischen Ministerialismus erblicken sie ein solches Mittel und preisen es als den Uebergang zum Konstitutionalismus. Aber es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß mit einem parlamentarischen Ministerium der Konstitutionalismus noch lange nicht erreicht ist. Gehört denn der Reichsrat, dieses Bleigewicht an den Füßen der Duma, gehört denn die bis ins Lächerliche beschränkte Kompetenz der Volksvertretung, der die wichtigsten Fragen der Finanz, des Krieges und Friedens, des Heeres und der Marine entzogen sind, gehören denn Verhängung des Kriegszustandes, Strafexpeditionen usw. auch mit zum Konstitutionalismus? — Und kann man denn von einem kadettischen Ministerium den Mut und die Kraft erwarten, daß es sich im Kampfe gegen diese entwürdigenden, jedem Konstitutionalismus Hohn sprechenden Zustände über die vom Zarismus gestellten Gesetzesschranken hinweghebt, mit entschlossenem Handeln sich die Unterstützung des Volkes erobert und so an der Spitze der revolutionären Armee den Sturm gegen die Reaktion wagt? Es wäre recht töricht, sich solchen Hoffnungen hinzugeben. Die Kadetten haben deutlich genug gezeigt, wes' Geistes Kinder sie sind: Aus lauter Respekt vor den selbstherrlichen Gesetzesparagraphen haben sie davon Abstand genommen, der Duma eine Amnestievorlage vorzulegen, und aus demselben Grunde erklären sie jetzt: Falls eine solche von der Arbeitsgruppe eingebracht werde, dagegen stimmen zu wollen! Aus Furcht vor der Organisation der Massen haben sie den Vorschlag der Arbeitsgruppe: frei erwählte lokale Bauernkomitees zur Erörterung der Agrarfrage einzusetzen, in einer Kommission begraben. Aus der ihnen — man möchte sagen: angeborenen Kompromißsucht haben sie es vorgezogen, das Hülfswerk für die hungernden Bauern nicht den Semstwos, den Städteverwaltungen und freien Organisationen, sondern der Bureaukratie in die Hände zu geben, derselben Bureaukratie, die sie selbst öffentlich als eine Bande Hooligans, Diebe und Verbrecher hinstellen! —

Ja! Es hieße unvergleichlich naiv und vertrauensselig sein, wenn man von einem kadettischen Ministerium einen Kampf bis aufs Messer erwarten würde. Ein kadettisches Ministerium wird und kann diesen Kampf nicht führen. Und gegen die Reaktion gibt es eben doch nur ein Mittel: die Revolution!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juli.

Nachwehen der Englandfahrt.

An die auf die Einladung des deutsch-englischen Freundschaftskomitees erfolgte Meerfahrt deutscher Journalisten schließt sich seit einigen Tagen in der bürgerlichen Presse ein allerliebster Eifersuchtsspektakel, der nachträglich nicht nur alle unsere Bedenken gegen die Art dieser Veranstaltung rechtfertigt, sondern auch bis ins einzelne beweist, wie richtig wir den Charakter des größten Teils der Englandsfahrer und den Einfluß der Reise auf ihre Gesinnung eingeschätzt haben. Zuerst begnügten sich die deutschen Preß-Gentlemen a la Kronsbein nach ihrer Rückkunft von Englands Gestaden damit, die Mitherausgeberin der „Neuen Gesellschaft" anzurempeln — wozu allerdings die naive, selbstgefällige Art und Weise, in der diese ihre Londoner Eindrücke schilderte, manchen Anlaß bot. Ein Teil der bürgerlichen Presse, und zwar nicht nur der konservativen und nationalliberalen, sondern auch der freisinnigen findet selbst noch heute Gefallen daran, allerlei tiefsinnige Betrachtungen über das Verhalten der Leiterin der „Neuen Gesellschaft" bei den allzureichlichen Toasten auf gekrönte Häupter anzustellen. Besonders wird darüber gespottet, daß sie auch noch ihren zehnjährigen Sohn mit nach England genommen, ihn in einen Matrosenanzug gesteckt und ihm eine Mütze gekauft hatte, auf der die Inschrift prangte: S. M. S. Iltis. (Seiner Majestät Schiff „Iltis".) So schreibt z. B. höhnisch die linksliberale „Königsberger Hartungsche Ztg.":

„Nur eines noch: Sie hält sich pharisäisch darüber auf, daß die Herzogin von Sutherland und andere vornehme Damen Perlen und Edelsteine tragen, während in London so viel Elend zu Hause ist. Nur hütet sie selbst sich, wie eine Proletarierin sich zu kleiden und so zu leben; sie zieht die Tracht einer vornehmen Dame vor. Sie hält sich auch nicht prunkvollen Festmählern fern in der sozialistisch-menschlichen Erwägung, daß zu gleicher Zeit Hunderttausende von Brüdern und Schwestern hungern. Und sie hat auf der Fahrt nach England ihren zehnjährigen Jungen mitgenommen, wahrscheinlich, damit er in der reichen Umgebung sich an das Elend der Welt gewöhne, und sie hat ihn in einen Matrosenanzug gesteckt und ihm eine Mütze mit der Inschrift: S. M. S. „Iltis" auf die Locken gesetzt, auf daß er Abscheu empfinde vor den Kriegsrüstungen und Flottenbauten der Nationen. . . ."

Doch für den größten Teil der journalistischen Englandsfahrer ist das Thema „Braun" bereits erledigt. Um so schärfer aber bricht der Unwille über die Anmaßung des von den Teilnehmern der Fahrt unter sich gewählten engeren Festkomitees los, das sich bekanntlich nach Beendigung der Fahrt nicht einfach aufgelöst, sondern sich als Ausschuß konstituiert hat, der die Einladung englischer Redakteure nach Deutschland betreiben soll. Den konservativen Teilnehmern an der Englandfahrt paßt es nämlich nicht, daß dieser Ausschuß fast ausschließlich aus liberalen Journalisten besteht, die man „als berufene Vertreter deutscher Anschauungen" nicht bezeichnen könne. Maßgebend sollen im Ausschuß die konservativen Journalisten sein, damit derartige „Taktlosigkeiten", wie sie das deutsch-englische Freundschaftskomitee nach Ansicht dieser Leute begangen hat, vermieden werden, das heißt nicht Leute eingeladen werden, die nicht auf höfisch-patriotische Gesinnung geeicht sind. So schreiben z. B. die „Hamburger Nachrichten" (und konservative Blätter drucken diese Ausführungen zustimmend ab):

Mindestens ein Drittel von den 48 Teilnehmern haben gegen die vorgeschlagene Komiteeliste gestimmt. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß nach dem Besuche das Komitee einstimmig bestätigt worden sei. Als am letzten Tage in London eine abermalige Versammlung der Teilnehmer — es war nach der Bremer Versammlung die zweite und letzte allgemeine Versammlung — anberaumt wurde, war ein großer Teil der Festteilnehmer, und zwar derjenige Teil, der nicht den Weg über Plymouth wählte, sondern den Weg über Vlissingen, bereits abgereist. Von dem Rest der Teilnehmer, der ermüdet aus Greenwich zurückkehrte, haben sich ebenfalls durchaus nicht alle an der Versammlung beteiligt, sondern im ganzen vielleicht 20 Herren. Von diesen 20 von den 48 Teilnehmern hat eine Majorität, zu der die Komiteemitglieder selbst gehörten, das Fortbestehen des Komitees, dem das Recht der Kooptation gegeben wurde, beschlossen. Es waren dies dieselben Herren, die auch in Bremen dieses Komitee, das auf lebhaften Widerspruch bei allen nichtliberalen Vertretern stieß, gewählt haben. Hatte dieser kleine Rest der Teilnehmer überhaupt ein Recht, noch eine Wahl vorzunehmen? Wenn weitere falsche Behauptungen von Komiteemitgliedern verbreitet werden, wird man sich nicht wundern dürfen, wenn das Schweigen über die Verhandlungen der beiden Versammlungen gebrochen und die ganzen Vorgänge nach ihrem wirklichen Hergange geschildert werden. Es wird sich dann am deutlichsten zeigen, daß das Komitee nicht das allgemeine Vertrauen genoß, und daß sich wiederholt lebhafte Unzufriedenheit kundgegeben hat. Die „Tägl. Rundschau" scheint das auch selbst zu fühlen, denn sie sagt am Schlusse der obigen Bemerkungen ja selbst wörtlich, es sei selbstverständlich, daß das Komitee für den Besuch der englischen Redakteure in Deutschland eine „Erweiterung oder Neubildung" erfahren müsse. Wir sind aber der Meinung, daß nicht eine Erweiterung, sondern nur eine vollständige Neubildung in Frage kommen kann. Wenn bei dem Besuch der englischen Redakteure in Berlin unangenehme Vorkommnisse und Taktlosigkeiten, wie z. B. der bedauerliche Fall, daß man einen Vertreter des deutschen Kaisers hinter der „Genossin" Braun hergehen läßt, vermieden werden sollen, dann wird es eines überaus umsichtigen, nicht bloß aus liberalen Elementen bestehenden Komitees bedürfen. Es wird keine leichte Aufgabe sein, die richtige Wahl zu treffen, unter allen Umständen aber kann von einem Weiterfunktionieren des jetzigen Komitees keine Rede sein.

Wir haben in Anbetracht der eigenartigen Geistesverfassung vieler Teilnehmer an der Pressefahrt nichts anderes als solche kleinlichen Eifersüchteleien und gegenseitige Anfeindungen erwartet und sind deshalb durch die nachträglichen freundschaftlichen Krakelereien durchaus nicht überrascht. Derartige Höflichkeiten gehören zu dem Begriff des gesellschaftlichen Takts jener Herren. Was werden aber die englischen Gastgeber zu solchen Zänkereien sagen? Nicht nur Herr Bernhard Shaw, auch manche mit den deutschen politischen Verhältnissen etwas genauer bekannte englische Parteigenossen mögen uns verdacht haben, daß wir jede Beteiligung an der Pressefahrt ablehnten. Die jetzigen Nachwehen dieser Fahrt in der deutschen Presse werden ihnen zeigen, daß man deutsche Verhältnisse nicht nach englischen Analogien beurteilen darf.

Das Sonntagsruhegesetz.

Paris, 12. Juli. (Eig. Ber.)

Die Deputiertenkammer hat gestern mit allen gegen eine Stimme das Gesetz über die wöchentliche Arbeitsruhe in der vom Senat beschlossenen Fassung angenommen und so diese längst fällige sozialpolitische Reform unter Dach gebracht. Das Gesetz stellt einen bedeutenden Fortschritt dar, wenn auch die Sozialisten noch manchen empfindlichen Mangel nachweisen konnten. Die wichtigsten Grundsätze sind: Es ist verboten, einen Angestellten oder Arbeiter einer industriellen oder Handelsunternehmung (im allerweitesten Sinne; einbezogen sind auch Spitäler, Museen, Lehranstalten usw.) mehr als sechs Tage in der Woche zu beschäftigen. Die Ruhezeit beträgt im Minimum 24 Stunden ohne Unterbrechung. Der Ruhetag ist der Sonntag, doch sind, wo es die Interessen des Publikums oder die normalen Funktionen des Betriebs erheischen, Abweichungen verschiedener Art gestattet: Bestimmung eines anderen Ruhetages für das ganze Personal; Arbeitsruhe von Sonntag mittag bis Montag mittag; freier Sonntag nachmittag verbunden mit einem vollen Ersatzruhetag einmal in vierzehn Tagen und Einteilung der Arbeiter in Schichten; ein wöchentlicher Ruhetag bei Einteilung in Schichten.

Diese Einteilung in Schichten ist außer in der Lebensmittelbranche und in Tabak- und Naturblumengeschäften, Transportunternehmungen, Beleuchtungs- und Bewässerungsanlagen usw. auch bei Zeitungsunternehmungen gestattet. Das herrschende System der Verbreitung durch den Straßenverkauf — nur bei ganz wenigen Zeitungen spielt das Abonnement eine Rolle — läßt die Ausdehnung der eigentlichen Sonntagsruhe auf die Presse zur Zeit noch nicht möglich erscheinen.

Das Erfreulichste an dem Gesetze ist, daß die Bemühungen einiger Reaktionäre, es durch ein paar mittelstandsretterische Paragraphen zu verschlechtern, vereitelt worden sind, so namentlich die fakultative Ersetzung des wöchentlichen Ruhetages der Bäcker durch vierzehntägige Ferien, was praktisch auf die Konfiskation der Arbeitsruhe überhaupt hinausgelaufen wäre, da die Meister vor den Ferien nur hätten zu kündigen brauchen! Für die Ablehnung dieser Verschlechterungen im Parlament haben die betroffenen Gewerkschaften eine energische Aktion entfaltet und so ein Beispiel einer richtig aufgefaßten „direkten Aktion" gegeben. —

* * *

Deutsches Reich.

Amnestie und Präsentiermarsch.

Daß trotz aller ihrer Mahnungen Wilhelm II. sich noch immer nicht aus Anlaß der Geburt eines neuen Hohenzollernsprossen zu einem Amnestieerlaß zu entschließen vermag, stachelt einzelne liberale Blätter zu wilder Entrüstung auf. Die „National-Ztg." sieht bereits alle Stützen des deutschen Patriotismus wanken und versteigt sich in ihrem Schmerz zu pathetischen Tiraden, deren verrückte Geschraubtheit befürchten läßt, daß der „Donner der Salutschüsse" trotz der beträchtlichen Entfernung vom Lustgarten bis zum Redaktionslokal der „National-Ztg." dort hysterische Krampfanfälle ausgelöst hat. Das Blatt schreibt nämlich:

Ein Kaiserenkel ward geboren! — das Kind Deutschlands. Unser Volk, in seiner überwältigenden Mehrheit monarchisch auch heute noch, will ihn an sein Herz nehmen. Helle Freude in den Gesichtern, wohin man blicken mochte, am 4. Juli. Seit den Tagen der „gnädigen Frau von Paretz", seit ein großes, gütiges, warmes Königinnenherz die Volksseele auch dem Familienleben der Hohenzollern eroberte, haben wir nicht aufgehört, uns an jedem Sonnenstrahl zu wärmen, der ins Fürstenhaus fiel, seine Feste als unsere zu feiern, seine Kinder als unsere zu lieben, um seine Kranken uns zu sorgen, um seine Toten zu weinen. So sind sie uns mehr geworden als jedem anderen Volke seine Dynastie. Den Begriff des Landesvaters und der Landesmutter kennen nur wir, nur bei uns konnte er einen inneren Gehalt haben — eine Tradition werden!

Dieses Verhältnis zwischen Herrscher und Volk, heißt es dann weiter, erfordere aber, daß bei einem solchen „Familienereignis im Zollernschloß" wie der Entbindung der Kronprinzessin die Krone von ihrer Prärogative der Gnade Gebrauch mache. Aber noch immer höre man nichts von Amnestie:

„Wir haben für den 4. Juli ein Zeichen erwartet — vom Landesvater, dem unsere Herzen so warm entgegenschlagen, der uns so viel mehr ist als ein gerechter Herr. Wir sehnten uns mit allen Fibern nach dem Beweis dafür, daß unserem Kaiser auf seinen zahllosen Reisen und inmitten seiner militärisch-höfischen Umgebung das unmittelbare Erfassen und Verstehen der Volksseele nicht verloren gegangen ist. Wir dachten an eine Amnestie, weil die Ausübung des Rechtes der Gnade hier immer das sinnfälligste Symbol bleibt, aber wir hätten uns auch jedes anderen Zeichens gefreut, das herausfiel aus dem Kleinkram höfischer Gunstbeweise, der nachgerade so künstlich, vielverschlungen und damit dem gesunden Denken im Volke so fremd wird, daß es sich in alldem nicht mehr zurechtzufinden vermag.

Und was hat uns nun der 4. Juli gebracht? Die Verleihung eines Präsentiermarsches an die Yacht „Hohenzollern" ... Wir bescheiden uns! Das Recht der Gnade ist ein Recht des Fürsten, nicht des Volkes. Die Geburt des Kaiserenkels ist ein Familienfest der Hohenzollern, ein Familienfest, über das sich der Mann auf der Straße freuen oder nicht freuen kann, wie es ihm beliebt, ein Fest jedenfalls, das den Sündern nicht leuchtet — so werden wir belehrt." —

Herabdrückung der Lehrergehälter.

Ueber die Regelung der Lehrerbesoldungsfrage hat Kultusminister Dr. v. Studt folgende Verfügung an die Bezirksregierungen erlassen:

„Durch den Staatshaushaltsetat für das laufende Etatsjahr sind unter Kapitel 121 Titel 34 neue Mittel zu laufenden widerruflichen Staatsbeihülfen für leistungsschwache Schulverbände zu dem Zwecke bereitgestellt worden, tunlichst eine Erhöhung des Mindestgrundgehaltes der ersten und alleinstehenden Lehrer auf 1100 M., der übrigen Lehrer auf 1000 M., der Lehrerinnen auf 800 M. und des Mindestsatzes der Alterszulagen für sämtliche Lehrer auf 120 M. und der Lehrerinnen auf 100 M. herbeizuführen.

Die Maßnahme zielt darauf ab, auf dem Gebiete des Besoldungswesens der Volksschullehrer und -Lehrerinnen eine größere Gleichmäßigkeit und Stetigkeit herzustellen und der Landflucht der Volksschullehrer entgegenzuwirken. Daraus folgt, daß die königlichen Regierungen und die ihnen unterstellten Organe in der Besoldungsfrage keine Schritte unternehmen dürfen, die dieses Ziel in Frage stellen könnten. Wenn demnächst Schulverbände, insbesondere Stadtgemeinden, eine weitere Erhöhung des Grundgehaltes und der Alterszulagen ihrer Volksschullehrer und -Lehrerinnen beschließen sollten, so ist von der königlichen Regierung vor der Bestätigung des Erhöhungsbeschlusses sorgfältig zu prüfen, ob dadurch das von der Staatsregierung verfolgte Ziel gefährdet werden würde. Gelangt die königliche Regierung zu der Ueberzeugung, daß der Beschluß in dieser Beziehung erheblichen Bedenken unterliege, so ist der Fall mir vorzutragen. . . ."

Aus dieser Verfügung ersehen die Lehrer, wie sorgsam die Regierung um ihre Gehaltsregulierung bemüht ist. Freilich im Sinne einer Herabdrückung der Lehrergehälter. Den Gehaltserhöhungen durch die Städte soll entgegen-

gekreten werden, damit die Lehrer nicht landflüchtig werden. Man sollte freilich meinen, daß es dagegen ein besseres, den Lehrern entschieden einleuchtenderes Mittel gäbe: die weitere Gehaltsaufbesserung auch der Landlehrer, deren Grundgehalt von 800—1100 M. — an den Gehältern der Herren Pastoren und Landräte gemessen, die doch weit weniger zu arbeiten haben — doch entschieden noch aufbesserungsbedürftiger erscheint. Aber nein: die pfäffisch bevormundeten Schulsklaven sollen dadurch an die Scholle gefesselt werden, daß man den Städten die Möglichkeit nimmt, wenigstens ihre Jugendbildner anständig zu bezahlen!

Preußen in der Welt voran! —

Die milchende Kuh.

In der Kolonialpresse wird zurzeit Reklame gemacht für Kleinsiedelungen in Südwestafrika. Obgleich die amtlichen Stellen wiederholt erklärt haben, daß zur Ansiedelung in Südwest mindestens ein Kapital von 20—25 000 M. nötig sei, wird jetzt von kolonialen Vertretern behauptet, daß zur Kleinsiedelung schon ein Kapital von 5—10 000 M. genüge.

Höchst interessant ist aber die Art, wie die voraussichtliche Rentabilität dieser Kleinsiedelungen begründet wird. Da heißt es in einem an die „Tägl. Rundschau" gerichteten Briefe:

Manche Leute im Schutzgebiet stehen den Kleinsiedlungen skeptisch gegenüber; gewiß, sagen sie, hat sich der Kartoffelpreis auf durchschnittlich 35 M. für den Zentner, das Gemüse auf 40 Pf. und die Weintrauben auf etwa 1 M. für das Pfund in den letzten 10 Jahren gehalten. Abnehmer war und ist aber immer in erster Linie die Truppe; was wird aber aus den vielen Kleinsiedlern, wenn binnen Jahresfrist der größte Teil der Schutztruppe zurückgezogen wird? Solche Stimmen werden natürlich in erster Linie aus den Kreisen der Garten- und Farmbesitzer der größeren Plätze oder in ihrer Nähe laut, die ein Fallen der eben angegebenen recht hohen Preise durch den Wettbewerb befürchten. Demgegenüber ist zu erwidern, daß der Kleinsiedler bei sparsamer Wirtschaft immer noch auf seine Rechnung kommt, selbst wenn der ausschlaggebende Kartoffelpreis fallen sollte; unter 25 M. für den Zentner dürfte er überhaupt nicht heruntergehen, da für diesen Preis die eingeführten Küstenkartoffeln an den Bahnstationen verkauft werden; frische Kartoffeln werden aber immer den durch eine mehr oder weniger lange Seefahrt schadhaft eingeführten Kartoffeln vorgezogen werden. Schließlich wird die „milchende Kuh", die Truppe, vorerst nur teilweise zurückgezogen werden; 4000 bis 6000 Mann werden noch jahrelang hier verbleiben müssen, daneben sind aber auch noch die zahlreichen Angehörigen der Zivilverwaltung, Hunderte von Kaufleuten, Händlern und Gastwirten, vor allem aber die Eisenbahnen und Minen Kunden der Kleinsiedler.

Das ist ja eine allerliebste Charakteristik der südwestafrikanischen Siedelungspolitik. Die Ansiedler würden sterben und verderben, wenn sie nicht die milchende Kuh hätten: die Schutztruppe, deren Bestand auf absehbare Zeit hinaus noch immer 4—6000 Mann betragen werde. Also von der Schutztruppe soll die ganze Kolonie leben, denn die Kaufleute leben doch ihrerseits auch wieder von dieser „milchenden Kuh", ebenso werden ja die Zollbeamten, Eisenbahner aber von den Steuerzahlern des lieben Vaterlandes unterhalten!

Angeblich soll die Schutztruppe die Kolonie beschützen, in Wirklichkeit aber wäre die Kolonie bankerott, wenn nicht alle Ansiedler, Kaufleute usw. als Schmarotzer von der durch die Steuergroschen unterhaltenen Schutztruppe lebten!

Personentarifreform. Gegenüber den Behauptungen einiger liberaler Blätter, daß an die Einführung des projektierten neuen Personentarifs auf den deutschen Eisenbahnen zum 1. Mai nächsten Jahres nicht gedacht werden könne, da die Vorbereitungen noch nicht so weit vorgeschritten seien, versichert die „Nordd. Allg. Ztg.", daß bestimmt mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifs im nächsten Frühjahr gerechnet werden könne.

„Die Einführung der 4. Wagenklasse auf den Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen bei Gelegenheit der bevorstehenden Reform der Personen- und Gepäcktarife ist", schreibt das Blatt, „nunmehr beschlossen, und es sind die nötigen Anordnungen wegen rechtzeitiger Beschaffung der erforderlichen Wagen getroffen. Die Landtage in Württemberg und Baden haben, wie bekannt, den seinerzeit auf den Konferenzen der Regierungsvertreter vorgeschlagenen Grundzügen der Reform in den wesentlichen Punkten beigestimmt, in Baden würde allerdings die Zweipfennigklasse, wie in Bayern, nicht als Klasse 4, sondern als 3 b bezeichnet werden. Die Vorarbeiten der Eisenbahnen wegen Neuaufstellung und Neudruck der Tarife und Fahrkarten, wegen Aenderung einzelner Bestimmungen der Personen- und Gepäcktarife, sowie Vereinfachung des Abfertigungsverfahrens sind in vollem Gange, und es ist alles geschehen, um den neuen vereinfachten deutschen Personen- und Gepäcktarif zum Frühjahr 1907 — zum 1. April oder 1. Mai — in Kraft setzen zu können. —

Das Zentrum und das Altena-Iserlohner Wahlergebnis.

Die Zentrumsblätter sind über den Ausfall der Stichwahl in Altena-Iserlohn äußerst erbost. Sie überhäufen die Freisinnige Volkspartei mit den schwersten Anschuldigungen, denn nach ihrer Ansicht haben nicht die Nationalliberalen, sondern die Freisinnigen die Niederlage des Zentrumskandidaten verschuldet. Die „Köln. Volksztg." tritt dafür sogar einen statistischen Beweis an. Sie schreibt:

„Andererseits haben, wie schon erwähnt, die Nationalliberalen der Wahlparole Folge geleistet. Die Wahlergebnisse der einzelnen Orte beweisen dies deutlich. So wurden z. B. in Valbert bei der Hauptwahl abgegeben für das Zentrum 26 Stimmen, für die Nationalliberalen 197, für den Freisinn 46, für den Sozialdemokraten 17 und für den Christlichsozialen 61 Stimmen. Bei der Stichwahl vermehrten sich die für das Zentrum abgegebenen Stimmen auf 263, während die für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen auf 60 stiegen. Die nationalliberalen Stimmen sind also sozusagen sämtlich dem Zentrum zugute gekommen, die freisinnigen dagegen der Sozialdemokratie. Genau so liegen die Verhältnisse in Menden (Stadt). Hier wurden abgegeben in der Hauptwahl: Zentrum 1563, Nationalliberale 182, Freisinn 78, Sozialdemokraten 148 Stimmen; in der Stichwahl: Zentrum 1727, Sozialdemokraten 204. Auch hier sind die freisinnigen Stimmen dem sozialdemokratischen, die nationalliberalen Stimmen dem Zentrumskandidaten zugefallen."

Das ultramontane rheinische Blatt gibt dann die Einsendung eines Berliner Mitarbeiters wieder, in der dazu aufgefordert wird, in Hagen ein Exempel zu statuieren und den freisinnigen Kandidaten bei der dort voraussichtlich demnächst nötig werdenden Stichwahl nicht zu unterstützen:

„Wenn wir in Hagen den Fuß küssen, der uns eben in Altena-Iserlohn gestoßen hat, dann wird man sich daran gewöhnen, das Zentrum wie eine Partei zu behandeln, der man alles bieten darf und die dennoch dem Uebeltäter in der Not beispringt. Das darf nicht sein. Man mag uns hassen, aber — Respekt sollen sie vor uns haben. Es ist ein pädagogischer Grundsatz, daß eine energische Züchtigung zuweilen geeignet ist, böse Neigungen im Keime zu ersticken, oder doch einen so tiefen Eindruck hinterläßt, daß der Delinquent nur schwer sich entschließt, rückfällig zu werden. Den Freisinnigen kann nur der Verlust des Wahlkreises Hagen die Lehre einprägen, daß es bedenklich sei, das Zentrum zu täuschen oder mit ihm zu spielen."

Die „Köln. Volksztg." schließt sich dieser Forderung nicht direkt an; sie meint, es müßte erst noch eine nähere Prüfung stattfinden. Zunächst gelte es dort für die Zentrumspartei in der Hauptwahl möglichst viele Stimmen aufzubringen. Sollte aber der Nationalliberale in die Stichwahl gelangen, so würde das Verhalten der Nationalliberalen in Altena-Iserlohn für die Entscheidung der Zentrumspartei alsbald von praktischer Bedeutung werden können. Voraussetzung für eine eventuelle Unterstützung des nationalliberalen Kandidaten wäre allerdings, daß von seiten der Nationalliberalen im Wahlkreise Hagen-Schwelm ebenso auf konfessionelle Hetze verzichtet würde, wie sie es erfreulicherweise in Altena-Iserlohn getan hätten. —

Zu dem neuen Angriff des Herrn Dr. Karl Peters auf den Genossen Bebel sendet uns letzterer folgende Erklärung:

Obgleich der „Vorwärts" bereits auf die Herausforderung antwortete, die Herr Dr. Karl Peters in einer Erklärung in bürgerlichen Zeitungen an mich richtete, erheischt der Fall auch meinerseits eine Antwort.

Der genannte Herr hat nahezu vier Monate gebraucht, bis er sich erinnerte oder vielleicht auch durch gute Freunde daran erinnert wurde, daß ich in der Sitzung des Reichstages am 17. März d. J. über seine afrikanische „Kulturmission" etwas gesagt, das er glaubt als „bewußte Lüge" bezeichnen zu müssen.

Ich nahm bisher an, daß die wiederholten Angriffe, die seine Freunde, die Abgeordneten Arendt, Graf v. Arnim und Herr v. Kardorff zur Verteidigung seiner Heldentaten am Kilimandscharo gegen mich richteten und die Antworten, die sie erhielten, bei Herrn Dr. Karl Peters nicht gerade das Verlangen nach wiederholter Erörterung seiner Taten hervorrufen würden. Da dieses aber nach seiner Erklärung zu schließen doch der Fall ist, werde ich ihm eine Antwort nicht schuldig bleiben. Ich muß aber, um gründlich antworten zu können, noch einmal die Akten des Falles Peters, dessen erste öffentliche und umfassende Erörterung jetzt über zehn Jahre hinter uns liegt, studieren. Das soll geschehen, sobald ich wieder nach Berlin zurückkehre, denn die Ferien, die ich endlich antreten kann, lasse ich mir durch ihn nicht stören. Dauert das Herrn Dr. Karl Peters etwas lange, so will ich ihm zum Troste sagen, ganz so lange, wie er mich auf seine Erklärung warten ließ, wird er auf meine Antwort nicht zu warten brauchen.

Der Fall Peters wird auch in wiederholter Beleuchtung zeigen, daß, so viele Kolonialskandale auch in den letzten zehn Jahren in Deutschland erörtert werden mußten, der Fall Peters immer noch der skandalöseste geblieben ist.

A. Bebel.

Ausland.

Ungarn.

Schandwirtschaft.

Im Kabinett Wekerle sitzen drei Anhänger der 48er Kossuthpartei: der Handelsminister Franz Kossuth, der Justizminister Géza Polónyi und der Kultusminister Graf Albert Apponyi. Wenn das Programm einer parlamentarischen Partei ernst genommen werden darf, so könnte man mit Gewißheit behaupten, daß sich wenige Parteien finden werden, die sich eines so radikalen Programms rühmen könnten, wie eben die Kossuthpartei eines hat. Doch was nützt das „Programm", wenn es nur dann der Schublade entnommen wird, wenn das Land Neuwahlen entgegensieht, und dann, wenn der Sieg davongetragen ist, wieder auf den Schutthaufen geworfen wird?! Und dem ist wirklich so! Jahrzehnte hindurch hat die Kossuthpartei als Oppositionspartei für Rede- und Preßfreiheit, für das Koalitionsrecht und für die Abschaffung des heutigen korrupten Wahlsystems gekämpft. Und jetzt? Jetzt ist sie die mächtigste Stütze der Regierung und denkt an die Verwirklichung ihres Programms nicht im geringsten.

Doch mögen ihre Taten sprechen:

Gegen die „Nepszava", das Zentralorgan unserer ungarischen Genossen, sind bislang zwei Preßprozesse im Zuge, das Arbeiterorgan der slovakischen Genossen wurde konfisziert, die „Vilagszabadsag", das ungarische Feldarbeiterorgan, wurde gleichfalls der Expedition konfisziert. Und weshalb? Weil die zwei Kossuthianer-Minister, Kossuth und Polonyi, dieselbe Anordnung der Fejervaryschen Regierung, die sie und die Koalition vor Monaten noch bekämpften, im Geheimen seit dem 25. Juni wieder ins Leben treten ließen!!! Diese niederträchtige Anordnung sucht man aber im Amtsblatt vergebens. Daß sie jedoch wirklich existiert, das enthüllte unser Bruderorgan „Nepszava", indem vorerst die Amtsnummern der ministeriellen Erlasse bekannt gab und sie in vollem Wortlaut abdruckte.

Die gesamte bürgerliche Presse schweigt. Nicht so die Arbeiterpresse, die an die bürgerlichen Organe die Frage stellt: Weshalb diese von dieser Gemeinheit der nationalen Regierung keine Notiz nehmen?

Als der Nachtstaatsanwalt der Regierung Fejervary seinerzeit wegen einer Polonyischen Rede die Blätter konfiszierte, da hat der heutige Justizminister Geza Polonyi das Verfahren des damaligen Staatsanwalts folgendermaßen charakterisiert:

„Das ist die wahre Verletzung der Verfassung. Es bedeutet den Angriff eines feigen, nichtsnutzigen Volkes und ist gegen ein hehres Prinzip gerichtet. Heute, im 20. Jahrhundert, bedeutet ein solcher Kampf eine Gaunerei. . . . Wenn die Regierung Fejervarys bloß dies eine Verbrechen auf dem Gewissen hätte, müßte sie schon aus der Welt geschafft werden."

Solange Herr Polonyi die Angelegenheiten der Bordellhäuser vertrat und im Dienste der Mißlerschen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Bremen stand, war bei ihm die Verletzung der Preßfreiheit ein „feiger Angriff gegn ein hehres Prinzip". Jetzt, da er Justizminister ist, „bedeutet ein solcher Kampf eine Gaunerei." Dieses zutreffende Urteil über sich fällte Herr Polonyi selbst.

Nunmehr ist es klar, weshalb die ministeriellen Erlasse nicht offiziös veröffentlicht wurden. Denn wenn auch des öfteren die Glaubwürdigkeit der Aeußerungen des Herrn Polonyi bezweifelt wurde, eines steht doch fest: daß der Herr Justizminister obige Ausführungen diesmal keinesfalls ableugnen kann. Wenn er es daher vorzieht, ministerielle Anordnungen im Geheimen zu erlassen, so handelt er eben so, wie man es von ihm nicht anders erwarten kann. Herr Polonyi wird sich aber sehr täuschen, falls er glaubt, die „Hetzer" und die „vaterlandslosen Gesellen" auf diese Weise auszurotten! Oder meint er etwa, die besitzenden Klassen mit der angekündigten Novelle zum Preßgesetz genügend zu schützen?

Wenn er das wirklich glauben sollte, so ist er sehr im Irrtum, und es dürfte ihm bald beschieden sein, zu seinem alten Handwerk zurückzukehren zur Freude der Mißlerschen Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Budapester Bordellwirte.

* * *

Budapest, 13. Juli. (B. H.) Wegen der Erklärung des Justizministers im Abgeordnetenhause, daß er das Preßgesetz strenger zu handhaben gedenke, veranstalteten die Sozialdemokraten große Straßendemonstrationen. Mehrere tausend Arbeiter zogen abends vor die Redaktion des sozialistischen Blattes „Nepszava" und von dort unter Absingung der Marseillaise vor das Nationalkasino, wo stürmische Schmährufe gegen den Justizminister Polonyi und die Regierung laut wurden. Von dort zog man vor das Redaktionslokal des „Budapesti Hirlap", welches Blatt die Rede des Ministers gebilligt hatte, und überschüttete das Gebäude mit einem Bombardement von Steinen. Auch die einschreitende Polizei wurde mit Steinen empfangen, wobei ein Polizeiinspektor und mehrere Personen verwundet wurden. Die Polizei machte mit blanker Waffe eine Attacke, es gelang ihr aber erst nach einer Stunde, die Menge zu zerstreuen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich.

Das Ende der Dreyfus-Affäre.

Paris, 13. Juli. In der heutigen Vormittagssitzung der Deputiertenkammer brachte der Kriegsminister Etienne unter Beifall des Hauses die beiden Gesetzentwürfe ein, wonach Dreyfus und Picquart wieder ins Heer eingestellt werden sollen, und zwar Dreyfus als Major und Picquart als General, und wonach beide Offiziere in die Liste der Anwärter auf den Orden der Ehrenlegion eingetragen werden sollen.

Paris, 13. Juli. (Deputiertenkammer.) In der heutigen Nachmittagssitzung erstattete der sozialistisch-radikale Abgeordnete Messimy Bericht über die Vorlage betreffend die Wiedereinstellung des Hauptmanns Dreyfus in die Armee. In dem Augenblick, als der Präsident die Vorlage zur Abstimmung stellte, kam es zu lebhaften Zwischenfällen zwischen den Sozialisten und der Rechten. Das Gesetz wird mit 473 gegen 42 Stimmen angenommen. —

England.

London, 11. Juli. Der Kongreß der Handelskammern des britischen Reiches, der zurzeit hier tagt, hat mit 107 gegen 85 Stimmen eine von den kanadischen Handelskammern vorgeschlagene Resolution angenommen, die sich dafür ausspricht, daß den einzelnen Teilen des Reiches in kommerzieller Beziehung eine Vorzugsbehandlung gegenüber dem Auslande zu gewähren sei. —

Niederlande.

Die Wahlrechtsbewegung in Holland.

War die außerparlamentarische Bewegung in den achtziger Jahren — vor der Abänderung der jetzt noch zu Recht bestehenden Verfassung — und in den neunziger Jahren — zur Erweiterung des Wahlrechts — manchmal eine recht imposante, so waren doch beide im wirklichen Augenblick der Tat gänzlicher Gleichgültigkeit gewichen.

Die jetzige Aktion zur endgültigen Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ist erfreulicherweise eine kräftige, von Jahr zu Jahr zunehmende Bewegung der Wahlentrechteten, getragen von den immer mehr erstarkenden Schultern des in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und in den Gewerkschaften organisierten holländischen Proletariats. Zwar haben die bürgerlichen freisinnig-demokratischen Herren vor kurzem das sogenannte a-sozialdemokratische Wahlrechtskomitee gegründet — man hatte nicht den Mut, es rund heraus anti-sozialdemokratisches Komitee zu nennen, deshalb nur a-sozialdemokratisch. An den Rockschößen dieses a-Komitees hängen die in bürgerlichem Fahrtwasser segelnden Arbeiter des konservativen Werklieden-Verbandes. Die wirkliche jetzige Wahlrechtsbewegung liegt aber gänzlich in den Händen des Proletariats, in seinem niederländischen Komitee für das allgemeine Wahlrecht. Dieses Komitee besteht bereits aus 155 Vereinen mit zusammen 31 445 Mitgliedern, worunter die S. D. A. P., 4 Gewerkschaftsverbände, 25 Lokalkomitees — aus Gewerkschaften, Wahlvereinen usw. bestehend — und 17 selbständig angeschlossene Vereine. Die angeschlossenen Gewerkschaften bezw. deren Verbände haben 20 965 Mitglieder, die politischen und anderen 10 480 — für holländische Verhältnisse schon respektable Zahlen.

Die Wahlrechtsdemonstrationen nehmen von Jahr zu Jahr an Teilnehmerzahl, Eindruck und Einfluß zu, und die diesjährige verspricht die bedeutendste zu werden, die Holland je gesehen hat. Am 19. August finden vorbereitende provinziale Meetings in folgenden 11 Städten statt: Leeuwarden, Groningen, Zwolle, Lochem, Doetinchem, Wageningen, Utrecht, Rotterdam, Middelburg, Meppel, Maastricht, während für Nord-Brabant, die katholische Provinz (dem sogenannten „dunklen Süden") erst noch ein Ort angewiesen werden muß. Es folgt dann am Sonntag vor dem Zusammentritt der Zweiten Kammer, am 16. September, das allgemeine Landesmeeting zu Amsterdam. So wird die diesjährige Bewegung eine gut organisierte, zielbewußte und voraussichtlich eindrucksvolle werden wie nie zuvor; zumal nicht nur in den Städten, wo die Meetings stattfinden, Demonstrationsumzüge mit Musik und fliegenden Fahnen den Eindruck erhöhen werden, sondern die Bedeutung der Bewegung bis in die kleinsten Plätze getragen wird.

So bereitet auch das holländische Proletariat sich zu ernsthaftem Kampfe um das ihm so lange vorenthaltene Wahlrecht vor und drängt unablässig und zielbewußt zum endlichen Siege.

Serbien.

Die Wahlrechtsbewegung in Serbien.

Die neue Skupschtina beabsichtigt, das jetzige Wahlrecht gewissermaßen zu beschränken, was das serbische Proletariat veranlaßt, nunmehr eine rege Agitation einzuleiten im Interesse des allgemeinen Wahlrechts. Das Proletariat hätte mit dieser Aktion schon längst begonnen, doch die Organisationen waren bei weitem nicht genügend ausgebaut und das Wahlrecht war bis jetzt wenigstens einigermaßen erträglich.

Am 22. d. M. sollen nun zur Propaganda für das allgemeine Wahlrecht im ganzen Lande Versammlungen abgehalten werden. Das serbische Proletariat ist entschlossen, einen energischen Kampf zu beginnen und nicht zu ruhen, bis das allgemeine Wahlrecht Gesetz wird.

Aus Industrie und Handel.

Agrarische Zolltreibereien.

Zu dem Versuch der Agrarier, die Regierung zu einer Abänderung der Gerstezollordnung zu bewegen, um die Einfuhr russischer Futtergerste in das deutsche Zollgebiet zu erschweren (siehe Nr. 154 des „Vorwärts") wird uns von sachverständiger Seite geschrieben:

Die Herren Agrarier haben es wahrscheinlich nicht nötig, nach einer Verschärfung der Gerstezollordnung zu schreien, denn diese wird schon heute von den Grenzzollämtern Myslowitz, Oswiecin und Kattowitz in einer Weise gehandhabt, die einen größeren Import von Futtergerste nach Deutschland ausschließt. Bekanntlich sind die Bestimmungen der Gerstezollordnung so kompliziert, daß einerseits auch die beste Gerste „im Falle des Verwendungsnachweises" als Futtergerste abgefertigt werden kann, während anderseits auch die leichteste Gerste als Malzgerste verzollt werden muß.

Sofort nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifes, hat sich eine lebhafte Nachfrage nach russischer Futtergerste kundgetan, und da die deutschen Grenzzollämter anfangs loyal vorgingen, indem dieselben in „Zweifelsfällen" sich mit der Erklärung des Empfängers in bezug auf die Verwendung der Gerste begnügten, konnte man mit Recht auf einen größeren Import russischer Futtergerste nach Deutschland rechnen. Die Haltung der deutschen Zollämter hat sich jedoch mit einem Male — wohl infolge agrarischen Einflusses — geändert und jede Gerste, die nicht mit starkem Dumpfgeruch behaftet war, wurde an der Grenze angehalten. Auf eidesstattliche Versicherung der Empfänger, daß die Gerste zu Futterzwecken bestimmt sei, wurde auch dann keine Rücksicht genommen, wenn aus der Adressierung der Sendung schon unzweifelhaft hervorging, daß der Empfänger die Gerste ausschließlich zu Futterzwecken bezog. Den Empfängern blieb in solchen Fällen nichts anderes übrig, als die Gerste nach Kattowitz behufs Vornahme der im Gesetze vorgesehenen Denaturierung zu dirigieren. Da stellte es sich aber heraus, daß die Denaturierungsanlagen nicht fertig waren und so mußten die Sendungen wochenlang auf dem Gleise in den Bahnwaggons stehen bleiben, bis es den Empfängern gelang, Erlaubnisscheine seitens der Bezirksämter zur Einführung der Gerste in den gebundenen Zollverkehr beizubringen.

Wie viel Mühe, Kosten und Aerger dieses Vorgehen der Grenzzollämter verursacht, kann auch derjenige nicht ermessen, dem Zoll-

schikanen nicht fremd sind. Heute, volle vier Monate nach Inkrafttreten des neuen Tarifes, sind die Denaturierungsanlagen noch nicht fertig, und man fragt sich hier, wie denn eigentlich der Gersteneinbringer dazu komme, für die Nachlässigkeit der deutschen Regierung gestraft zu werden?

Selbst wenn aber die Denaturierungsmaschinen schon funktionieren würden, wäre nicht mehr auf einen ansehnlichen Verkehr in Futtergerste zu rechnen. Man bedenke doch, wie zeitraubend ein solches Verfahren ist, und daß ein größerer Warenandrang an den Grenzzollämtern während der Importkampagne das Denaturieren von vielen Gersteſendungen schon aus verkehrstechnischen Rücksichten unmöglich macht. Die Agrarier können daher ganz ruhig sein, denn sie haben es glücklich dahin gebracht, daß die von deutscher Seite Rußland gewährte Begünstigung in bezug auf die Einfuhr von Futtergerste durch die Haltung der Gerstezollämter einfach illusorisch gemacht wird. Die lächerlichen Behauptungen der Agrarier, daß während der Sommermonate Malzgerste unter der Bezeichnung Futtergerste „eingeschmuggelt" wurde, hat ja der „Vorwärts" selbst treffend widerlegt. Ich will nur noch auf einen Umstand hinweisen, welcher besonders geeignet ist, die Denunziation der Agrarier zu illustrieren. Der Import von Brau- und Malzgerste war in den Monaten August 1905 bis Ende Februar 1906 so enorm, daß die Preise hierfür trotz der großen Zollerhöhung sich billiger als in anderen Jahren stellten. Der Konsum — Brauereien und Mälzereien — war aber gar nicht in der Lage, die eingeführten Quantitäten aufzunehmen, so daß beispielsweise noch heute Brau- und Malzgerste in Dresden lagert, die nur für Graupen- oder Futterzwecke verkauft werden kann. Also das gerade Gegenteil von dem, was die Agrarier behaupten. Nicht nur daß keine Futtergerste zu Malzzwecken eingeführt wird, sondern es wird sogar Brau- und Malzgerste mangels besserer Verwendung zu Futterzwecken verwendet

---

Zur Wirtschaftslage Japans nach dem Kriege. Dem vom japanischen Finanzministerium herausgegebenen „Financial and Economical Annual of Japan", Jahrgang 1906, entnimmt die „Frankfurter Zeitung" folgende Angaben, welche für die Entwickelung Japans und über die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges von Interesse sind: Der japanische Außenhandel in Waren ergab für 1905 im Export mit 321,53 Millionen Yen nur eine geringfügige Steigerung von 1,73 Millionen Yen gegen die Vorjahrsziffer. Dagegen stieg der Import um nicht weniger als 117,18 Millionen Yen auf 488,54 Millionen Yen, während er im Jahre 1903 erst 317,14 Millionen, 1902 gar nur 271,73 Millionen Yen betragen hatte. Sehr bemerkenswert ist dabei, daß die Ausfuhr eine Steigerung lediglich nach China, Korea und dem asiatischen Rußland erfuhr, während diejenige nach Europa und den europäischen Handelsdomänen stellenweise ziemlich beträchtlich zurückging; so bei Britisch-Indien, Hongkong, Frankreich, Italien und Amerika. Umgekehrt entfällt bei der Einfuhr die stärkste Steigerung gerade auf die Vereinigten Staaten (104 gegen 58 Millionen Yen), Großbritannien (115 gegen 75 Millionen) und Britisch-Indien (90 gegen 68 Millionen), auch auf Deutschland mit 42,58 gegen 28,70 Millionen.

Am schwersten zeigen sich die Wirkungen des Krieges natürlich in den Finanzen des Staates selbst. Das Budget für 1906/07 beziffert die ordentlichen Ausgaben mit 355,59 Millionen Yen gegen 194,29 Millionen im Vorjahre, die außerordentlichen mit 139,11 Millionen gegen 239,44 Millionen, die Gesamtausgaben also mit 494,70 Millionen gegen 433,73 Millionen Yen. Damit ist das Budget nahezu auf dem Doppelten desjenigen Umfanges angekommen, den es vor dem Kriege einnahm. Und zwar erfordert davon allein die Verzinsung der Anleihen 146 Millionen Yen gegen 79 Millionen vor einem Jahr.

Die Erneuerung des Drahtstiftverbandes kann als gescheitert gelten. Die „Kölnische Zeitung" meldet: Die unter der Führung der Firma Gebr. Stumm stehende Gruppe, der zur Erklärung ihrer Zustimmung zur Erneuerung des Drahtstiftverbandes eine Frist bis morgen abend gesetzt war, hat schon heute vormittag eine ablehnende Erklärung abgegeben. Damit ist die Erneuerung des Drahtstiftverbandes gescheitert und der Verkauf in Drahtstiften freigegeben.

Gewerkschaftliches.

Die niederländische Regierung als Streikbrecherlieferant für deutsche Unternehmer.

Der niederländische Minister des Aeußern macht in der Zeitung „Staatscourant" bekannt, daß in Deutschland großer Mangel an Arbeitskräften herrsche. Unter anderm würden 100 Erdarbeiter für eine Straßenbahnanlage gesucht; sie sollten sich in Viersen, Neumarkt 3, melden. Hieran anschließend bemerkt der Minister weiter:

„Ebenso herrscht infolge eines Ausstandes unter den Holz- und Getreidearbeitern zu Duisburg und zu Duisburg-Ruhrort Mangel an Arbeitern und es können, da dieser Ausstand noch lange dauern kann, augenblicklich noch viele Arbeiter dort eingestellt werden, welche diese Arbeit verstehen, neben solchen, die mit der Dampfkranarbeit am Hafen vertraut sind."

Die Arbeiter, die nach Deutschland reisen wollen, werden dann noch aufgefordert, sich mit den richtigen Legitimationspapieren zu versehen oder sich direkt an das niederländische Konsulat zu wenden. — „Het Volk" bemerkt zu dieser staatlichen Streikbrecheragentur u. a.:

„Wir wollen vorläufig annehmen, daß wir es hier mit einer Töppelhaftigkeit eines Diplomaten zu tun haben, der vom Leben und vom gewöhnlichen Lebenskampf nichts weiß; sollte aber diese Streikbrecherwerbung andauern, dann wird mit dem Minister Tets van Goudriaan in der Kammer ein ernstes Wort geredet werden müssen." —

Berlin und Umgegend.

Kühnemänner überall!

Im Anschlusse an die seinerzeit im „Vorwärts" veröffentlichte Notiz, nach welcher die Direktion der Versicherungsgesellschaft „Viktoria" den Vertrauensmann der Organisation maßregelte, hat die Direktion der „Viktoria" jetzt wiederum eine Anzahl tätiger organisierter Einnehmer zum 31. d. M. aufs Pflaster geworfen, mit der fadenscheinigen Begründung (!) „die Entlassung erfolge wegen mangelhafter Aquisition.

Wir warnen hiermit die Arbeiter und Parteigenossen, bei der „Viktoria" als Einnehmer (Kassierer) oder Agenten in Stellung zu treten, ohne sich vorher bei dem Genossen Breitenborn, Rixdorf, Neue Jonasstr. 28, näher informiert zu haben.

Eine jede Auskunft wird bereitwilligst erteilt.

Im übrigen weisen wir nochmals auf die von der Organisation herausgegebene Kontrollkarte hin. Dieselbe ist von brauner Farbe und muß jedes Quartal abgestempelt sein.

Schließt Versicherungen und Geschäfte aller Art nur mit organisierten Kollegen ab.

Sektion der Einkassierer und Kassenboten des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter.
J. A.: Friedr. Luckow, Fehrbellinerstr. 3.

Der Streik in der Pianofabrik von Bell u. Co. stand auf der Tagesordnung einer öffentlichen Musikinstrumentenarbeiter- und -Arbeiterinnenversammlung, die am Donnerstag in den Andreassälen stattfand. Der seit dem 3. Juli dauernde Streik ist, wie der Referent Piepenhagen ausführte, durch Lohnherabsetzungen entstanden, die mit der Einführung eigener Maschinen zusammenhängen, aber so unverhältnismäßig groß sind, daß sie trotz der Arbeitsersparnis durch die Maschinen eine unerträgliche Verschlechterung der Lohnverhältnisse in sich schließen. Es haben, bevor der Streik ausbrach, Verhandlungen mit der Firma stattgefunden, eine Einigung kam aber, trotz alles Entgegenkommens der Vertreter der Arbeiter nicht zustande. Die Firma beharrte darauf, daß z. B. für Arbeiten, die bisher mit 123 M. bezahlt wurden, nur noch 52 M. gezahlt werden sollten und lehnte den auf 73 M. lautenden Vergleichsvorschlag der Arbeiter ab; sie wollte für eine andere Sorte, die bisher 150 M. Arbeitslohn kostete, nur noch 58 M. zahlen, sich nicht mit der von den Arbeitern für annehmbar erachteten Herabsetzung auf 90 M. zufrieden geben; und in derselben Weise bestand die Firma bei allen anderen Positionen des Tarifs auf ihren ungeheuerlichen Abzügen und lehnte alle Vermittlungsvorschläge rundweg ab. Die Firma hat sich übrigens, bevor sie den Umbaumachern mit dem neuen Tarif auf den Leib rückte, zunächst der widerstandsfähigen Elemente zu entledigen gesucht und Entlassungen wegen „Mangel an Arbeit" vorgenommen, die von den Arbeitern als nichts anderes denn Maßregelungen angesehen werden konnten. Ihren Zweck, den neuen Tarif ungehindert durchsetzen zu können, hat die Firma nun ja doch nicht erreicht; einmütig legten nicht nur die Umbaumacher selbst, sondern auch alle anderen Arbeiter die Arbeit nieder, und ebenso einmütig harren sie jetzt im Streik aus.

Von dem Referenten, wie von den Diskussionsrednern wurde mit Entrüstung erwähnt, daß die Firmeninhaber früher eifrig tätige Mitglieder der Klavierarbeiterorganisation waren, jetzt aber als Unternehmer die ärgsten Lohndrücker und Scharfmacher der Branche überbieten. Allgemein trat die Meinung hervor, daß gerade bei den Firmen oder „Genossenschaften", die von ehemaligen Kollegen gegründet wurden, die größte Aufmerksamkeit notwendig sei, um Lohndrückereien abzuwehren. — Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den unerhörten Lohnabzügen der Firma Bell u. Co. und erklärt sich mit dem Vorgehen der dort beschäftigt gewesenen Kollegen einverstanden. Die Versammelten versprechen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß dem rigorosen Vorgehen dieser sogenannten Genossenschaft die gebührenden Schranken gesetzt werden. Die Versammelten sprechen den Streikenden ihre Sympathie aus und geloben, dafür zu sorgen, daß ihr tapferes Ausharren im Kampfe zum Siege führt."

Der Ausstand in der Holzbearbeitungsfabrik H. Nadge, Palisadenstr. 77/78, dauert unverändert fort. Die Firma sucht durch Inserate Arbeiter (Nichtverbandsmitglieder) zu hohen Löhnen. Ob man 34—54 Pf. Stundenlohn als „hoch" bezeichnen kann, bezweifeln wir. Aber Herr Nadge steht wohl auf dem Standpunkt, wer mit solchen Löhnen keine Familie ernähren kann, braucht ja nicht zu heiraten. Dabei zahlen kleinere Firmen seit Jahren bedeutend höhere Löhne bei 52stündiger Arbeitszeit. Die Weltfirma H. Nadge aber kann angeblich nicht mehr zahlen und auch die 52stündige Arbeitszeit nicht einführen. Wie immer, ist auch bei diesem Streik, der durch die Firma infolge ihres Wortbruchs heraufbeschworen wurde, die Polizei eifrigst bemüht, die Interessen des Unternehmers zu wahren. Sistierungen von Streikposten werden vorgenommen, ohne daß die Leute vorher aufgefordert sind, sich zu entfernen. Sogar vor dem Lokal in der Friedenstraße, in dem die Streikenden zusammenkommen, (5 Minuten Weges von der Fabrik) war gestern früh ein doppelter Schutzmannsposten aufgezogen. Die Arbeiter werden sich durch solche Machinationen natürlich nicht beirren lassen und nach wie vor von ihrem gesetzlich gewährleisteten Recht Gebrauch machen. Die Arbeiter des Schöneweider Betriebes werden ebenfalls zugunsten ihrer Berliner Kollegen die Arbeit niederlegen. Zuzug von Arbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Achtung, Fliesenleger! Die Firma Schmalisch u. Below fordert unter Einreichung eines Namensverzeichnisses die Firmen, welche Kollegen beschäftigen, die bei ihr die Arbeit aufgaben, auf, diese zu entlassen. Wir ersuchen dringend, jede Entlassung, die auf Grund dieser Aufforderung erfolgt, unverzüglich dem Bureau, Dragonerstr. 15, Amt III 5028, zu melden.

J. A.: H. Puttlitz.

Die Lohnbewegung der hiesigen Mühlenarbeiter ist zugunsten der Arbeiterschaft beendet. Die Löhne wurden von 50 Pf. bis 5 M. pro Woche aufgebessert, bei einem Betrieb fallen außerdem alle 14 Tage zu leistende sechs Ueberstunden fort. Keine Zulage erhalten haben für dieses Mal die Bodenarbeiter der Salomon-Mühle. Auch dieses wird zu gelegener Zeit noch nachgeholt werden.

Die Lohnbewegung der Mineralwasserarbeiter in Köpenick und Umgegend hat mit einem Siege für die Arbeiter geendet. Die Firmen Düsterbeck in Adlershof, Kelm in Köpenick, Schubert in Köpenick und Vogt in Falkenberg-Grünau haben die Forderungen bewilligt und Tarifverträge, auf 1 Jahr lautend, abgeschlossen. Von seiten der Arbeitnehmer ist zur Kündigung der Tarife nur die Organisation — Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Ortsverwaltung Köpenick — berechtigt. Die in Betrieben mit geregelten Verhältnissen beschäftigten Arbeiter führen weiße Kontrollkarten.

Deutsches Reich.

Die streikenden Lithographen und Steindrucker in Chemnitz nahmen am Donnerstag Stellung zu der durch die Verhandlungen mit dem Schutzverband der deutschen Steindruckereibesitzer neu geschaffenen Lage des Kampfes. Das bekannte Ergebnis befriedigte keinen der Versammelten; hatte man doch gehofft, daß ein ehrlicher Friede das Ergebnis der Verhandlungen sein würde. In der Aussprache gaben die Redner deutlich zu erkennen, daß sie nicht gewillt sind, nach einem vierteljährlichen und opferreichen Kampf bedingungslos in die Betriebe wieder hineinzugehen, zumal man selbst von Unternehmerseite in Berlin zugegeben hat, daß in Chemnitz die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schlechte sind und ausgesprochen wurde, daß der Schutzverband rückständige Arbeitsverhältnisse nicht schützen wolle. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Aufnahme der Arbeit darf erst dann geschehen, wenn die einzelnen Forderungen der Kollegen vorher geregelt sind; insbesondere wird erwartet, daß vorher von den Prinzipalen eine bindende Erklärung abgegeben wird, daß alle streikenden und ausgesperrten Kollegen ihre alten Plätze wieder einnehmen. Weiter erklären die Versammelten, mit den Arbeitswilligen nicht zusammenarbeiten zu wollen.

Eine Art Landfriedensbruch-Prozeß mit soundsoviel Monaten Gefängnis wollte die Polizei in Kempten im Allgäu zusammenkonstruieren anläßlich des Streiks in der Papierfabrik Hegge bei Kempten. 12 Streikende wurden in Anklagezustand versetzt und alle waren „dringend verdächtig", dieses und jenes Verbrechen begangen zu haben. Bei Gericht stellte es sich aber nun heraus, daß 10 von den 12 Verbrechern gar nichts getan hatten, als ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht ausgeübt, und nur bei zwei Verbrechern hat die Polizei den ihrerseits gehegten dringenden Verdacht durch das Gericht bestätigt gefunden und diese zwei wurden nur auf Grund des Ausnahmeparagraphen 153 zu je 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Die große Blamage soll die Polizei und die scharfmachenden Unternehmer aber nicht besonders befriedigt haben.

Ausland.

Der Achtstundentag für die englischen Bergleute.

Bekanntlich haben sich bisher die Bergleute von Northumberland noch stets gegen den gesetzlichen Achtstundentag ausgesprochen. Alle internationalen Bergarbeiterkongresse boten das wenig erfreuliche Schauspiel, daß die Vertreter von Northumberland stets gegen den Achtstundentag stimmten. Und es waren recht egoistische Motive, welche dieser Arbeitern ihre Haltung vorschrieb: Die Hauer arbeiten in Northumberland tatsächlich nur 7½ Stunden, aber die Hülfsarbeiter und die Jugendlichen haben eine längere Arbeitszeit, was zum Teil den ersteren förderlich ist. Auch fürchteten sie unbegründeterweise, daß durch den gesetzlichen Achtstundentag ihre Arbeitszeit wieder um die eine halbe Stunde verlängert werden könnte. Durch den Einfluß der internationalen Kongresse ist aber nach und nach doch ein Umschwung der Meinung eingetreten, und so sah sich die Leitung des Bergarbeiterverbandes veranlaßt, eine Urabstimmung über diese Frage vorzunehmen. Das Resultat wurde dieser Tage bekannt gemacht: Von den 22 000 Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes von Northumberland beteiligten sich 18 037 an der Abstimmung; davon erklärten sich 9251 für die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages in den Kohlengruben, während 8786 dagegen stimmten. Die Majorität beträgt also nur 465; immerhin ist zu hoffen, daß die Agitation für den Achtstundentag in Bergwerken in England nunmehr mit größerer Kraft einsetzen wird.

Ein unerwarteter Erfolg. Hermannstadt, 13. Juli. Hier ist der Generalstreik ausgebrochen, da die streikenden Bäckergehülfen von der Polizei zur Arbeit gezwungen werden sollten.

Gerichts-Zeitung.

Berechtigte Kritik gegen Schwindel.

Wegen Beleidigung der Inhaber der Firma Weltner, Dun u. Wisner standen gestern vor dem hiesigen Schöffengericht der Herausgeber der Zeitschrift: „Der Ratgeber auf dem Kapitalmarkt", Siegmund Friedberg, der Redakteur Benno Kaufmann und der Redakteur der „Welt am Montag", Alfred Scholz. Diesem Prozeß liegt folgendes zugrunde: Seit Jahren wird vor den Anpreisungen der Firma Weltner, Dun u. Wisner gewarnt, welche mit allen Mitteln der Reklame zweifelhafte amerikanische Papiere in Deutschland zu plazieren sucht. Es handelte sich hauptsächlich um Eureka Oil-, Murchi Gold Mines-, Empire Gold Mines- und Black Cok Gold Mines Consolidated-Shares, die zu förmlichen Schleuderpreisen als gute und sichere Kapitalsanlage angepriesen wurden, während sie nach den Behauptungen der gesamten Finanzpresse auch nicht einmal einen zweifelhaften Wert besitzen, an keiner Börse notiert oder gehandelt werden, wohl aber in Amerika für den fünften Teil jenes Preises zu erwerben sind, welche die genannte Firma hier in Deutschland fordert. Vor Ankauf dieser Papiere hat auch das Polizeipräsidium Berlin öffentlich gewarnt. Wegen ähnlicher Warnungen und Kritiken strengte die Firma Weltner, Dun u. Wisner gegen den Herausgeber und gegen den Redakteur des „Ratgebers auf dem Kapitalmarkt" wie auch gegen die „Welt am Montag" den vorliegenden Beleidigungsprozeß an. — Das Schöffengericht kam jedoch zu einer Freisprechung sämtlicher Beklagter, die Kosten des Verfahrens wurden der klägerischen Firma auferlegt. In der Urteilsverkündung hob der Vorsitzende hervor, daß das Gericht zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß alle drei Angeklagte im besten Glauben und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Es sei zwar richtig, daß die in den inkriminierten Artikeln geübte Kritik scharfe Wendungen aufweise. Diese halten sich aber immer noch im Rahmen einer sachlichen Kritik, wobei insbesondere zu berücksichtigen sei, daß die Angaben der klägnerischen Firma derartig übertrieben und herausfordernd gewesen seien, daß der beabsichtigte Schutz des Publikums nicht mehr mit einer rein sachlichen Kritik, sondern nur dann wirksam erreicht werden konnte, wenn das, was in reklamehafter Weise als der Wahrheit entsprechend hingestellt sei, in, wenn auch scharfen Wendungen, zurückgewiesen wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Straßenbahnerstreik.

Rom, 13. Juli. (Privatdepesche unseres römischen Korrespondenten.) Die Trambahngesellschaft beabsichtigt, nicht alle Streikenden wieder einzustellen. Eine Beilegung des Streiks erscheint dadurch unmöglich. Die Situation ist infolge der wachsenden Erbitterung der Streikenden ernst.

Abrechnung mit der Fälscherbande.

Paris, 13. Juli. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Bei Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses betreffend die Vorlage über die Wiedereinstellung von Dreyfus in die Armee erklärt Präsident Brisson, daß diese Abstimmung einen **Triumph der Wahrheit** bedeute, dem die ganze Welt beistimme. Messimy verliest darauf den Bericht betreffend die Vorlage über die Wiedereinstellung von Picquart. Messimy spricht si in schärfster Form über die **Fälschungen und Gemeinheiten aus, die von dummen, elenden und gewissenlosen Offizieren begangen worden seien.** Cochin (Nationalist) erhebt dagegen Widerspruch. Die äußerste Linke ruft: **Versetzt Mercier in Anklagezustand.**

Cochin äußerst sich weiterhin abfällig über die Campagne gegen die Armee. Allemane (Sozialist) ruft ihm zu, er möge **von dem Lumpen sprechen,** der im Senat sitze. Cochin führt sodann aus, Mercier habe im Einverständnis mit seinen Kollegen in dem Kabinett von 1894 gehandelt. Minister Barthou, der diesem Kabinett angehört hat, erhebt dagegen Einspruch; er habe von der Verhaftung Dreyfus' erst 14 Tage später Kenntnis erhalten. Auch Brisson bemerkt, daß er, seitdem er von der Fälschung Henrys gewußt, die Revision des Prozesses gefordert und sich dadurch die heftigsten Angriffe zugezogen habe. (Beifall.) Cochin sagt, es habe sich bei allem um eine große politische Machination gehandelt. Die Vorlage über die **Wiedereinsetzung Picquarts** wird darauf mit **477 gegen 27 Stimmen angenommen.** Hierauf begründet de Pressensé die von ihm eingebrachte Interpellation und bedauert, daß es nicht möglich sei, **General Mercier vor Gericht zu ziehen; er wünsche, ihn nicht körperlich zu züchtigen,** aber der Schuldige müsse gebrandmarkt werden. Redner fragt, ob man zulassen wolle, daß französische Soldaten dem Befehl von **Uebeltätern wie Boisdeffre und Gonse unterstellt wären.** Pugliesi-Conti (Nationalist) sagt, indem er auf die Ministerbank weist: Eine Regierung, die zuläßt, daß Offiziere in dieser Weise beschimpft werden, ist feige und verächtlich. **Unterstaatssekretär Sarraut stürzt sich sofort auf ihn, schlägt ihn heftig ins Gesicht und nimmt hierauf ruhig seinen Platz auf der Ministerbank wieder ein,** während sich in einem Halbkreis **ein Tumult** und eine **Schlägerei entwickeln.** Brisson bedeckt sich, verläßt den Saal und läßt die Tribünen räumen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bringt de Pressensé eine Tagesordnung ein, in der die Regierung aufgefordert wird, die an den Fälschungen beteiligten Offiziere **aus dem Heere auszuschließen und ihnen ihre Abzeichen zu nehmen.** Kriegsminister Etienne versichert, die Regierung sei entschlossen, jede berechtigte Genugtuung zu gewähren.

Neues russisches Ministerium?

Petersburg, 13. Juli. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Die Gerüchte über einen bevorstehenden Ministerwechsel erhalten sich in sonst unterrichteten Kreisen hartnäckig. Feststehen dürfte, **daß der Abgang des bestehenden Ministeriums grundsätzlich beschlossen ist, jedoch die Schwierigkeiten der Neubildung noch nicht überwunden sind.** Man spricht heute wieder mit Bestimmtheit von einem Koalitionsministerium. Andererseits erklären die Kadetten, nur ein Ministerium aus ihrer Partei annehmen zu können.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Zur Diskussion über den Massenstreik.

Parteivorstand und Hamburger Wahlrechtsaktion. Gegenüber einem von uns auszugsweise wiedergegebenen Artikel des „Hamb. Echo“ zu dem Thema: „Parteivorstand und Massenstreik“ hatten wir, wie erinnerlich, einer Zuschrift eines Mitgliedes des Parteivorstandes Raum gegeben, in der ausgeführt worden war, daß während der Hamburger Wahlrechtsbewegung es gerade der Parteivorstand gewesen sei, „der die Initiative ergriff und nach Hamburg die Frage richtete, was die Hamburger Genossen dem geplanten Wahlrechtsraub gegenüber zu tun gedächten“.

Dieser Darstellung gegenüber brachte das „Hamb. Echo“ am 10. Juli eine längere Erklärung, in der eine ausführliche Darstellung der ganzen Hamburger Wahlrechtsbewegung seit dem Mai vorigen Jahres gegeben war. Diese Darstellung gipfelte in folgenden zusammenfassenden Sätzen:

Erstens: Nicht der Parteivorstand in Berlin, sondern die örtliche Parteileitung in Hamburg war es, die in Sachen des Wahlrechtsraubes „die Initiative ergriff“, und zwar sofort beim Erscheinen der Senatsvorlage, sofort beim Erscheinen des Ausschußberichtes mit dem verschlimmbesserten Gesetzentwurf. Möglich, daß der Parteivorstand einmal angefragt hat, was man in Hamburg zu tun gedenke; aber der Anregung von Berlin her bedurfte es nicht. Uebrigens hätte sich die Hamburger Parteileitung der gröbsten Pflichtvernachlässigung schuldig gemacht, hätte sie gewartet, bis von Berlin aus die Initiative ergriffen werde. Den Vorwurf hat ihr aber in Hamburg noch niemand gemacht.

Zweitens: Nicht der Parteivorstand hat drei Abgeordnete veranlaßt, nach Hamburg zu gehen, sondern die Hamburger Parteileitung berief von einer Sitzung auf die andere telegraphisch die drei Vertreter Hamburgs im Reichstag hierher, um an den Beratungen teilzunehmen.

Drittens: Nicht Meinungsverschiedenheiten über das Resultat der Besprechungen stellten sich nachher heraus, wie das jetzt zwischen Generalkommission und Parteivorstand der Fall ist, sondern eine im Laufe der Beratung getane Aeußerung war Gegenstand späterer Auseinandersetzung.

Die Hamburger Genossen begnügten sich nicht mit dieser Entgegnung, sondern sandten uns folgende, heute, Freitag, in unseren Besitz gelangende

Erklärung.

Die vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs entgegnen auf die Auslassung „eines Mitgliedes des Parteivorstandes“ in Nr. 156 des „Vorwärts“, daß ohne Anregung des Parteivorstandes von der Hamburger Parteileitung der Kampf gegen den Wahlrechtsraub organisiert wurde, daß die Hamburger Parteileitung die drei Reichstagsabgeordnetem Hamburgs hierher berief, nicht aber der Parteivorstand sie delegierte. Die im „Jahresbericht“ gegebene Darstellung (abgedruckt im „Hamb. Echo“ Nr. 157) ist sowohl in ihren Einzelheiten als in dem Gesamtbild durchaus richtig.

Hamburg, 11. Juli 1906.

Die vereinigten Vorstände der sozialdemokratischen Vereine.
J. A.: Erdm. Dubber
Hamburg 1.
Theaterstraße 44.

Im Anschluß an diese Erklärung wird uns aus dem Parteivorstand mitgeteilt,

daß laut Ausgangsjournal am 22. Mai vorigen Jahres ein Brief an den Genossen Dubber abging. Unmittelbar darauf folgte die telegraphische Einladung der drei Hamburger Reichstagsabgeordneten. Den Hamburger Genossen war unter anderem mitgeteilt worden, daß sie selbst zu entscheiden hätten, was sie dem Wahlrechtsraub gegenüber unternehmen wollten, daß sie aber darauf rechnen könnten, daß, was immer sie zu unternehmen beschließen würden, sie auf die Unterstützung der Partei rechnen könnten. Die Angelegenheit wird weiter verfolgt werden.

Es ist nie behauptet worden, daß der Parteivorstand die drei Abgeordneten delegiert habe, es ist der Vorschlag macht worden, sie einzuladen, was geschah.

Ferner erschien in der Nummer vom 13. Juli im „Hamb. Echo“ eine Entgegnung des Verfassers der im „Vorwärts“ erschienenen Zuschrift „eines Mitgliedes des Parteivorstandes“, in der es heißt:

„Die Einleitung meiner Antwort im „Vorwärts“ auf den Leitartikel des „Echo“ in Nr. 154 „Zur Frage des Massenstreiks“ mußte allerdings den Eindruck hervorrufen, als werde behauptet, die Hamburger Parteileitung habe die Anregung zu den Demonstrationsversammlungen am 21. Mai vom Parteivorstand erhalten. Das sollte nicht damit gesagt sein. Es handelt sich um die Anregung zu weitergehenden Schritten, die Gegenstand eines Meinungsaustausches im Parteivorstand und in der Fraktion waren und zu dem Vorschlag führten, die Hamburger Vertreter im Reichstag zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Hamburger Parteileitung einzuladen, wobei die Tage, an welchen die Abgeordneten zur Verfügung stehen könnten, genannt wurden. Darauf erfolgte die Einladung zu der gemeinsamen Sitzung am 23. Mai.

Ueber das Resultat jener Sitzung stimmt meine Angabe mit der des „Echo“ und des „Jahresberichts“ überein. . .

Ueber die Demonstration am 17. Januar hat in der ganzen Partei ein Gefühl der Genugtuung geherrscht, bei den Abgeordneten der Hamburger Partei im Reichstage wie ich glaube, wohl am meisten, weil jetzt durch den Elan der Massen durchgeführt wurde, was im Mai für unausführbar galt.“

*

Die Redaktion des „Hamb. Echo“ beschwert sich darüber, daß die erste Darstellung des Mitgliedes des Parteivorstandes in einen großen Teil der Parteipresse übergegangen, dagegen die Entgegnung des „Hamb. Echo“ ignoriert worden sei, auch vom „Vorwärts“.

Wir bemerken dazu, daß der „Vorwärts“ aus dem Grunde nicht sofort von der Entgegnung des „Hamb. Echo“ Notiz genommen hat, weil er eine Zuschrift des betreffenden Mitgliedes des Parteivorstandes so aufgefaßt hatte, als beabsichtige es, dem „Vorwärts“ eine Gegenerklärung zuzusenden, durch deren gleichzeitigen Abdruck die Differenz geklärt werden durfte. Später wurde die Redaktion auf die bereits dem „Hamb. Echo“ zugegangene Erklärung verwiesen, durch deren Mitberücksichtigung bei der referierenden Darstellung im „Vorwärts“ der Konflikt seine wahrscheinliche Lösung finden werde. Ausschließlich aus diesem Grunde unterblieb die Berichterstattung über den beiderseitigen Meinungsaustausch bis heute.

Im übrigen scheint es uns, als ob das „Hamb. Echo“ zu allerletzt Ursache hätte, sich über verspätete Registrierung von Preßäußerungen zur Diskussion über den Massenstreik zu beklagen. Brachte es doch einen Auszug aus unserem am 4. Juli veröffentlichten Artikel über den politischen Massenstreik erst am 12. Juli. Von unseren drei weiteren Artikeln zu derselben Frage, die am 10., 11. und 12. Juli erschienen, hat es bis jetzt überhaupt noch keine Notiz genommen. Es wäre uns — wir betonen das — trotzdem gar nicht eingefallen, uns deshalb über das „Hamb. Echo“ zu beschweren; sein unmotivierter Ausfall gegen den „Vorwärts“, dessen bisherige Berichterstattung über die Parteidiskussion zur Frage des Massenstreiks doch die denkbar loyalste war, provoziert jedoch geradezu eine derartige Feststellung!

Aus der Partei.

Auf wiederholte Anfragen beim Parteivorstand nach der Steuerbroschüre können wir mitteilen, daß sie sich in der Fertigstellung befindet und bis Ende dieses Monats erscheinen wird.

Die Broschüre, deren Verfasser Genosse Bernstein ist (mit Ausnahme des Kapitels über die Zigarettensteuer, das Genosse Molkenbuhr verfaßte), kann den Genossen als eine sehr zweckentsprechende Arbeit zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Die Wahlkreiskonferenz des Wahlkreises Neuß-Grevenbroich tagte am Sonntag, den 8. Juli in Oberkassel. Es wurde beschlossen, daß die Parteiorganisation statt „Arbeiterbildungsverein“ in Zukunft den Namen „Sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis Neuß-Grevenbroich“ führen solle. Ferner erklärte sich die Konferenz mit der Resolution der M.-Gladbacher Kreiskonferenz betreffend Ausbau der Düsseldorfer „Volkszeitung“ zum einheitlichen Organ für den ganzen Niederrhein im Prinzip einverstanden.

Gemeindewahl. In der kleinen Stadt Zell am Hamersbach, einem katholischen Wallfahrtsorte, errangen unsere Genossen einen Sieg bei der Bürgerausschußwahl in der III. Klasse gegen das Zentrum. Zum erstenmal gingen sie selbständig vor und brachten ihre 13 Kandidaten durch.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zur Düsseldorfer Meineidsaffäre. Bekanntlich wurde in einem Beamtenbeleidigungsprozeß gegen den Redakteur unseres Düsseldorfer Parteiorgans am 28. Mai vor der Strafkammer in Düsseldorf der Entlastungszeuge Bonnn wegen Verdachts des Meineids verhaftet. Ein Antrag, ihn gegen Kaution aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt, weil eine hohe Strafe zu erwarten sei! Auf Betreiben der Düsseldorfer Parteileitung meldeten sich eine ganze Anzahl Zeugen, die den Vorfall, wegen dessen der Prozeß entstanden war, beobachtet hatten. Nach Vernehmung einiger dieser Zeugen sah der Staatsanwalt sich gezwungen, die Untersuchungshaft aufzuheben! Jetzt plötzlich erhält Genosse Bonnn eine Zustellung, nach der das Verfahren gegen ihn eingestellt sei und zwar mangels ausreichender tatsächlicher Belastung. Weiter wird dann Bonnn noch mitgeteilt, daß er eine Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft nicht zu beanspruchen habe, „da das Verfahren weder seine Unschuld ergeben hat, noch daß ein begründeter Verdacht nicht vorliegt“.

Nach dieser Mitteilung ist es ausgeschlossen, daß jetzt ein Verfahren wegen Meineids gegen den Polizeibeamten Jabbee, der genau das Gegenteil von dem beschworen hat, was Bonnn aussagte, eingeleitet wird. Auch stützte sich die Verurteilung des Genossen Schotte wegen Beamtenbeleidigung auf die Aussagen des Polizisten! An eine Aufhebung dieses Urteils durch das Reichsgericht ist auch nicht zu denken, da die Aussagen des Polisten ja noch immer „wahrscheinlich“ erscheinen! Weiteren Folgen ist also durch die salomonische Entscheidung vorgebeugt, doch ist der Ausgang dieser Aktion für die Düsseldorfer Justizbehörde sehr blamabel.

Justizkurs. Vor der Düsseldorfer Strafkammer hatte sich Genosse Schotte als verantwortlicher Redakteur unseres dortigen Parteiblattes wegen Verächtlichmachung von preußischen Staatseinrichtungen zu verantworten. Dieses Vergehen gegen § 131 des Strafgesetzbuches wurde gefunden in einem Artikel zum 18. März und einem über die Breslauer Heldentaten. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der Artikel sechs Wochen Gefängnis, das Gericht gab dem Antrage Folge, doch zog es die Strafe auf zwei Monate zusammen.

Christliche Wahrheitsliebe.

Ueber den Prozeß gegen den Genossen Legien als Redakteur von „L'Operaio Italiano“ bringt die in Berlin erscheinende „Märkische Volkszeitung“ einen Bericht, der u. a. in der Einleitung auch folgende Sätze enthält:

„Der „Genosse“ sah sich vor Gericht zu dem Geständnis gezwungen, daß seine Behauptungen vollständig in der Luft hingen. Um einer strengen Bestrafung zu entgehen, bequemte sich der Herr zu einer Ehrenerklärung.“

Wie ist die Sache in Wirklichkeit?

„L'Operaio Italiano“ wird von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands seit dem Jahre 1898 zu dem Zwecke herausgegeben, um die aus Italien kommenden Arbeiter von der Annahme von Streikarbeit abzuhalten und sie zum Eintritt in die Gewerkschaften zu veranlassen. Das Blatt hatte in den ersten Jahren 3000 und hat gegenwärtig 12 000 Auflage, ein Beweis, daß es sich unter den italienischen Arbeitern in Deutschland Eingang verschafft hat.

Um den Einfluß des Blattes herabzumindern, wurde im Jahre 1900 von dem Bischof Bonomelli die „Opera di assistenza“ gegründet und 1904 zur Unterstützung dieses Unternehmens die „Patria“, erscheinend in Freiburg i. B. und in Basel, herausgegeben. Die „Opera“ bezweckt die Unterstützung der italienischen Auswanderer und wird mit 10 000 Lire von der italienischen Regierung unterstützt. Die „Patria“ soll auf die italienischen Arbeiter nach echt zentrumschristlichen Grundsätzen erzieherisch einwirken.

Folgerichtig kam das Unternehmen bald dazu, **Streikbrecher zu vermitteln** und die „Patria“ brachte regelmäßig Anzeigen mit Arbeitergesuchen aus Streik- und Aussperrungsorten. Dieses Treiben wurde selbst den deutschen Zentrumschristen, die sich in den christlichen Gewerkschaften vereinigt haben, zu bunt. Sie sagten sich von der „christlichen“ „Patria“ los und gründeten 1905 ein eigenes italienisches Blatt „L'Italiano in Germania“, das in Köln a./Rhein erscheint.

Aber auch in Italien selbst erwuchs der „Opera di assistenza“ eine Gegnerschaft. Das gemeinnützige Unternehmen „Umanitaria“ in Mailand, das gegenwärtig unter dem Einfluß von Sozialisten steht, errichtete gleichfalls eine Abteilung für Auswanderer, deren Leitung der italienische Deputierte, Genosse Rondani, hat. Von den italienischen Arbeitern wird die letztere kurz die „Umanitaria“ und die christliche Gründung die „Bonomelli“ genannt.

Daß „L'Operaio Italiano“ rücksichtslos gegen die „Bonomelli“ zu Felde zog, ist selbstverständlich. Sie in richtigem Lichte erscheinen zu lassen, bot sich im letzten Jahre eine günstige Gelegenheit. Ein Mailänder Rechtsanwalt, Tagliacarne mit Namen, der in Mailand Fälschungen und Betrügereien begangen hatte und, weil er sich der Bestrafung durch Flucht entzog, im Jahre 1902 in Mailand in contumaciam zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt war, wurde im gleichen Jahre von der „Bonomelli“ in Lausanne angestellt. Die Vermittelung für die Anstellung besorgte ein Bruder des Tagliacarne, der, ein Geistlicher, im Dienste der „Bonomelli“ stand. Daß dieser um die Verurteilung seines Bruders wissen mußte, geht daraus hervor, daß er es zuließ, daß Tagliacarne unter dem falschen Namen Piccioni bei der „Bonomelli“ angestellt wurde. Dem Piccioni-Tagliacarne wurde in der „Bonomelli“ die Führung der Prozesse übertragen, die von verunglückten italienischen Arbeitern gegen Versicherungsgesellschaften in der Schweiz angestrengt wurden.

Dieses Tätigkeitsgebiet wußte der Gauner wiederum seinen persönlichen Interessen dienstbar zu machen. Die von den Versicherungsgesellschaften verlangten Renten wurden an ihn ausgezahlt, von ihm aber den armen Arbeitern nicht übermittelt, sondern zur Führung eines freudevollen Lebens benutzt. Schließlich ereilte ihn auch hier das Schicksal. Seine Betrügereien kamen an das Tageslicht und er wurde im Oktober 1905 von dem Landgericht in Lausanne zu **8½ Jahren Gefängnis verurteilt. Die „Bonomelli“ sah sich veranlaßt, um den Skandal nicht zu groß werden zu lassen, den Schaden,** den er den betrogenen Arbeitern zugefügt hatte, im Betrage von zirka 7000 Fr. zu decken.

Ueber den Prozeß in Lausanne brachte das in Lugano erscheinende sozialistische Blatt „L'Avvenire del Lavoratore“ einen Artikel, in welchem das Treiben des Piccioni-Tagliacarne und der „Bonomelli“ scharf gegeißelt wurde. In diesem Artikel wurde die direkte Aufforderung an den Vertreter der „Bonomelli“ gerichtet, gegen die Redaktion vom „L'Avvenire del Lavoratore“ Klage zu erheben. **Das ist bis heute, obgleich diese Aufforderung seit jener Zeit mehrmals wiederholt wurde, nicht geschehen.**

Dagegen hielt der Bischof es für angebracht, gegen den Redakteur von „L'Operaio Italiano“, der den Artikel aus „L'Avvenire“ ohne Kommentar übernommen hatte, die Beleidigungsklage rn Berlin zu erheben. Den einfacheren Weg zur Feststellung der Wahrheit, die Klageerhebung in Lugano, verschmähte der Herr.

In der Gerichtsverhandlung vom 9. d. M. konnte der Redakteur von „L'Operaio“ sich zu einem Vergleich und zu einer Ehrenerklärung für den Bischof Bonomelli sofort bereit erklären, weil in dem Artikel mit dem Worte „Bonomelli“ **nicht den Bischof**, sondern entsprechend der bei den italienischen Arbeitern üblichen Gepflogenheit, **das von ihm gegründete Unternehmen** gemeint sei, an dessen Verwaltung der Bischof heute nur noch wenig oder gar keinen Anteil hat. Da auch der Nachweis, daß die „Opera di assistenza“ „wissentlich“ Betrüger und Fälscher in ihren Dienst genommen habe, hier am Orte nur unter Schwierigkeiten und Opfern zu erbringen wäre, die in keinem Verhältnisse zu dem Werte des Objektes stehen, so erklärte sich der Beklagte auch zu einer entsprechenden Erklärung bereit, **lehnte es aber rundweg ab, der „Bonomelli“ oder gar,** wie der Kläger es wollte, **der „Patria“ eine Ehrenerklärung zu geben.** Er richtete dann unter Zustimmung des Vorsitzenden des Gerichtes die Aufforderung an den Vertreter des Klägers, nun dafür zu sorgen, daß die Klageerhebung auch in Lugano erfolge, weil dort die Zeugen gestellt werden könnten und die Sache jedenfalls einen anderen Ausgang nehmen würde.

Die „Märkische Volkszeitung“, die in echt „christlicher“ Art über die Prozeßverhandlung berichtet, verschweigt vorsichtig den letztgenannten Vorgang und bemüht sich, getreu ihrer Methode, christliche Grundsätze in die Praxis umzusetzen, aus dieser Verhandlung den Nachweis für die Verläumdungssucht sozialdemokratischer Redakteure zu führen. Dieser Umstand veranlaßte uns, den Vorgang etwas näher zu schildern. **Der vor dem Schöffengericht geschlossene Vergleich ist alles andere, nur nicht eine Ehrenrettung für die Schützlinge der „Märkischen Volkszeitung“.**

Soziales.

Aenderung der Verordnung über die Beschäftigung in Walz- und Hammerwerken.

§ 139a der Gewerbeordnung gibt dem Bundesrat die Ermächtigung, für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, Ausnahmen von der Vorschrift des § 136 der Gewerbeordnung zuzulassen. Nach dieser Vorschrift dürfen die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter (Leute zwischen 14 und 16 Jahren) nicht vor 5½ Uhr morgens beginnen, nicht über 8½ Uhr abends hinaus dauern, zwischen den Arbeitsstunden müssen regelmäßige Pausen gewährt und an Sonn- und Festtagen dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden. Der Bundesrat hat für Walz- und Hammerwerke, welche Eisen oder Stahl mit ununterbrochenem Feuer verarbeiten, für die Beschäftigung der jungen Leute männlichen Geschlechts bei dem unmittelbaren Betriebe der Werke die Anwendbarkeit des § 136 der Gewerbeordnung unter den in seiner Verordnung vom 27. Mai 1902 angegebenen Beschränkungen außer Kraft gesetzt. Diese Verordnung ist mit Gültigkeit bis zum 1. Juni 1912 am 1. Juni 1902 in Kraft getreten. Der Bundesrat hat nunmehr durch Beschluß vom 6. Juli 1906, den der gestrige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, die Ersetzung der dehnbaren, oben durch Sperrdruck hervorgehobenen Worte „bei dem unmittelbaren Betriebe der Werke“ durch die Worte „bei den unmittelbar mit dem Ofenbetrieb in Zusammenhang stehenden Arbeiten“ angeordnet. Diese Anordnung hat wesentlich eine redaktionelle Bedeutung. Bereits nach dem preußischen Ministerialerlaß vom 11. Juni 1902 konnte angenommen werden, daß die Ausnahmevorschriften lediglich auf unmittelbar mit dem Ofenbetrieb in Zusammenhang stehende Arbeiten sich beziehen sollen. An der Verordnung ist weiter nichts geändert, wiewohl die Arbeitsschicht der jungen in der Entwickelung befindlichen Leute nach der Verordnung 12 Stunden betragen darf und die Pausen in unzulänglicher Weise geordnet sind.

Der Freisinn im Kampf gegen Arbeiterausschüsse und Koalitionsrecht.

In Nürnberg haben die Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe ihr Amt niedergelegt. Der Grund war folgender: Vor einiger Zeit tagte eine Versammlung städtischer Arbeiter, in der beschlossen wurde, eine ganze Reihe von Forderungen aufzustellen und diese den Arbeiterausschüssen zu übergeben, die sie an den Magistrat gelangen lassen sollten. Die Ausschüsse kamen diesem Auftrage nach, aber der Magistrat beschloß in öffentlicher Sitzung, über die Forderungen zur Tagesordnung überzugehen, da die Arbeiterausschüsse nicht befugt seien, von Versammlungen, die von außerhalb der städtischen Betriebe stehenden Personen beeinflußt würden, Aufträge entgegenzunehmen. Darin erblickten die Ausschüsse mit Recht eine Schmälerung des Koalitionsrechtes und der Versammlungsfreiheit der städtischen Arbeiter und erklärten dem Magistrat, daß sie eine Fortsetzung ihrer Tätigkeit als zwecklos und herabwürdigend betrachten müßten. Das war die einzig richtige Antwort auf diese Aeußerung freisinniger Sozialpolitik. Nürnbergs „freisinnige“ Kommunalverwaltung überragt noch die bekannten Angriffe der Breslauer Freisinnsleuchte, des Oberbürgermeisters Bender, gegen das Koalitionsrecht und die Gleichberechtigung der Arbeiter.

Kinderfron.

Aus dem soeben erschienenen Bericht über die Durchführung des Kinderschutz-Gesetzes im Großherzogtum Hessen für das Jahr 1905 geht hervor, daß sich wohl allmählich die Kenntnis über dieses Gesetz mehr ausbreitet, daß aber doch immer noch viel Unkenntnis über die einschlägigen Bestimmungen herrscht. Der ganze Jammer proletarischer Existenz spricht aus all den Einzelberichten, aus denen zu ersehen, daß die Kinderbeschäftigung überall stark grassiert, weil eben die Arbeiter nicht in der Lage sind, auf den kärglichen Verdienst der Kinder verzichten zu können. Das zeigt sich besonders stark außer dem Einspannen der Kleinen in den Dienst von Gewerbe und Industrie, auch bei der Inanspruchnahme der Kinder bei der Verbreitung von Zeitungen, im Wirtschaftsbetriebe usw., wo vielfach nicht danach gefragt wird, ob das für die Beschäftigung als Grenze gesetzte zwölfte Jahr schon erreicht ist. Und ebenso kehren in allen Berichten der einzelnen Gewerbeinspektoren die Klagen der Lehrer über die Nachteile der Kinderbeschäftigung beim Unterricht wieder. Man findet da häufig Eintragungen der Lehrer des Inhalts: „Dieser Schüler taugt in der Schule gar nichts, kommt stets zu spät in die Schule und vernachlässigt seine Aufgaben“, oder: „Der Knabe leidet durch die Beschäftigung körperlich und ist in der Schule, trotzdem er begabt ist, kein guter Schüler, wohl infolge der Ermüdung und des Frühaufstehens.“ Der Menschheit ganzer Jammer faßt einen an, wenn man liest:

„Der Junge ist einschließlich des Schulunterrichts von früh 5 bis abends 8 bezw. 9 Uhr ununterbrochen beschäftigt und hat dann noch am Abend seine Schularbeiten anzufertigen. Es kommt hinzu, daß der Vater an Tuberkulose gestorben ist und die Kinder anscheinend alle erblich belastet sind.“

Welche Bilder des Elends sich den inspizierenden Beamten zeigen, geht aus dem Offenbacher Bericht hervor, in dem unter anderem folgendes Familienbild gezeichnet ist:

„Eine Frau ist als Heimarbeiterin für eine Hasenhaarschneiderei tätig. Sie schnippelt, d. h. sie schneidet von kleinen, teils ungebeizten, teils mit Quecksilbernitrat gebeizten Fellstückchen, die mit der Maschine nicht verarbeitet werden können, die noch brauchbaren Haare ab. Der Ehemann dieser Frau ist lungenleidend, bezieht 15 Mk. Invalidenrente monatlich und kann nur noch zeitweise einige Pfennige mit Arbeiten im Walde verdienen. Die 41jährige Frau, welche den Eindruck einer 60jährigen macht, verdient mit Hülfe ihrer Kinder mit dem Schnippeln höchstens 6 Mk. die Woche. Um diesen Verdienst zu erreichen, muß sie aber Haushalt und Kinder vernachlässigen. Während der Arbeit bewegte die Mutter die Wiege des halbjährigen Kindes mit dem Fuße. Ein zweijähriges Kind war nachmittags ½3 Uhr (zur Zeit der Revision) noch nicht gewaschen und ordnungsgemäß bekleidet, so daß es die Kleinkinderschule nicht besuchen konnte. Die Mutter mußte unbedingt an diesem Tage, einem Freitag, bis nachmittags 4 Uhr die geschnittenen Haare abliefern, um Geld zu erhalten. Aus diesem Grunde mußte auch der achtjährige Sohn bei der Arbeit helfen, indem er Haartrilchen auslas, die bereits von den Fellstückchen gelöst waren. Die Luft dieses Wohn- und Arbeitsraumes war mit Staub und Haarfusseln angefüllt. Die zehnjährige Tochter hatte in der Schule dem Lehrer angegeben, sie müsse beim Schnippeln helfen, was die Mutter bei der Revision jedoch leugnete. Wenn das Kind das Schneiden der Haare mit der großen dazu üblichen Schere vielleicht auch noch nicht besorgen kann, so hilft es jedenfalls beim Auslesen der Haare, wie der achtjährige Bruder. Ein dreizehnjähriger Sohn hilft beim Schnippeln und trägt abends in Gemeinschaft mit seiner zehnjährigen Schwester 148 Exemplare Zeitungen aus. Das hier in Frage kommende Ehepaar hat außerdem noch einen fünfzehnjährigen Sohn, der in Offenbach in der Lehre ist. Die Vergütung, welche dieser Junge bekommt, reicht nicht aus für Fahrgeld nach dem Heimatort und Mittagessen. Eine siebzehnjährige Tochter verdient wöchentlich 6 bis 7 Mk. Die Wohnung dieser Leute kostet monatlich 8 Mk. Sie besteht aus einem großen Zimmer, in welchem gekocht und gearbeitet wird, einer nicht heizbaren Kammer, sowie einer Küche, die sich auf dem Vorflur befindet. Das große Zimmer enthält zwei Betten, die Kammer ein Bett."

Es ist erklärlich, wenn unter solchen Umständen der Beamte meint, daß es ihm oft hart ankomme, in Familien, wo große Armut herrsche, die verbotene Kinderarbeit zu untersagen. Nicht minder wahr ist es, wenn an anderer Stelle gesagt wird:

„Richtig ist, daß die arbeitende Bevölkerung ihre Kinder in deren Freizeit zumeist nicht in wünschenswerter Weise beaufsichtigen **kann**, da es den Eltern an der nötigen Zeit mangelt. Wenn Heimarbeiter und Hausindustrielle andererseits ihre Kinder mit zum Verdienst heranziehen, auch wenn der materielle Mehrgewinn nur gering ist, so behalten sie dieselben besser im Auge und können sie zur Ordnung erziehen. — Es mangelt somit an kommunaler Fürsorge für das leibliche Wohl unbeaufsichtigter Kinder und den Eltern vielfach an angemessenem und regelmäßigem Verdienst. Neben geistiger und körperlicher Arbeit sollte **jedem** Kinde Zeit für Jugendspiele in richtigem Maße beschieden sein."

Dieser Wunsch ist gewiß vollauf berechtigt. Aber unter der jetzigen Wirtschaftsordnung wird er wohl nur ein Wunsch bleiben und die Kinder werden ebenso wie jetzt im Dienste des Kapitalismus weiter fronden müssen, bis erst das arbeitende Volk in seiner Mehrheit dieser Zustände müde ist und an deren Stelle andere, menschenwürdigere setzt. Das sogenannte Kinderschutzgesetz ist völlig ungenügend; eine Ausdehnung des Verbotes der Kinderbeschäftigung auf alle Kinder bis zu 14 Jahren und auf alle gewerblichen und ländlichen Betriebe ist im Interesse der Gesundheit, der geistigen und körperlichen Entwickelung der Kinder dringend erforderlich. Hand in Hand damit hätte ein wirkliches Koalitionsrecht und Sicherung desselben für alle Arten Arbeiter zu gehen. Wer an dieser Aufgabe mitarbeitet, begeht eine „nationale" Tat im Gegensatz zu der nationalen Ausbeutung, die mit politischem Phrasengebimmel um sich wirft, die Gesetzgebung an Arbeiterschutzgesetzen hindert und auf die Rechtsprechung und Verwaltung dahin einzuwirken sucht, das bißchen mühsam errungenen Arbeiterschutz lahmzulegen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Wäscherinnenstreik in Baden (Niederösterreich) dauert fort. Die Nachricht von dem Siege der Arbeiterinnen bezog sich nur auf einen Teil derselben. 14 kleine und ein großer Betrieb haben die Forderungen bewilligt, dagegen haben sich aus anderen Betrieben neue Arbeiterinnen dem Streik angeschlossen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 67—70 pr. 100 Pfund. IIa 60—66, IIIa 55—58, IVa 48—53, engl. Bullen- 0,00, dän. Bullen- 0,00, holl. Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 84—90, IIa 74—82, IIIa 62—72. Hammelfleisch Ia 72—76, IIa 62—70. Schweinefleisch 61—67. Kaninchen per Stück 0,20. Hühner, alte, Stück 1,50—2,10, junge, per Stück 0,60—0,80. Tauben, junge 0,30—0,42, alte 0,00. Enten, prima, p. Stück 1,60—2,00. Hamburger, junge, per Stück 2,75—2,85. Gänse, junge Ia, per Pfd. 0,55—0,63, per Stück 3,00 bis 4,50. Hechte 83—98. Schleie 75—90. Bleie 0,00. Aale, groß 122—136, mittel 113—120, klein 0,00, unf. 93—108. Plötzen 0,00. Flundern, pomm. I, p. Schock 3,00—6,50. Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, do. klein per Kiste 0,00. Bücklinge, engl. per Wall 4,50—5. Kieler 2—4,50, Stralsunder 5—6. Aale, groß pro Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 2—4. Sardellen, 1902er, per Anker 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ⅔ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 15,50, mittel 13, kleine 0,00, unsortiert 6,50. Galizier, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 3,20—3,30, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109—111, IIa 106—109, IIIa 100—103, abfallende 95—100. Saure Gurken, neue, Schock 4—6, Pfeffergurken 4,50—5,00. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 0,00, rote Dabersche 2,10—2,25, runde weiße 1,80—2,10, hiesige blaue 3,00,—3,25, neue hiesige 2,75—3, neue Zerbster 2,75—3. Spinat, per 100 Pfund 8—10. Karotten per Schock 2,50 bis 3,50. Kohlrabi, per Schock 1,00—1,50. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Bd. 0,00. Radieschen, per Schock-Bd. 0,60—0,70. Salat, per Schock 1,25—2,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 15—18. Schoten hiesige, per 100 Pfd. 10—16. Pfefferlinge per 100 Pfd. 20—30. Mohrrüben per Schock-Bd. 2,00—2,50. Blumenkohl per Mandel 1,00—2,00. Wirsingkohl per Mandel 1,00—1,50. Rotkohl per Mandel 3,50. Weißkohl per Mandel 3—4. Johannisbeeren, hiesige, weiße, per 100 Pfd. 8—10, do. rote 10—12. Stachelbeeren per 100 Pfd. 8—12. Kirschen, ital., 100 Pfd. 0,00. Ratten, Werdersche 22—24. Werdersche Glas- 10—14. Ratten 10—12, do. saure 17—22. Schlesische 4—15. Himbeeren, Werdersche per 100 Pfd. 20—25. Blaubeeren per 100 Pfd. 8—11. Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 20—24, Garten- 0,00, Hamburger 13—30, hiesige 15—20. Wald- per 100 Pfd. 30—45. Pflaumen, ital. lange dunkle per 100 Pfd. 18—24, ital., lange gelbe per 100 Pfd. 15—25, ital., runde per 100 Pfd. 15—25. Zitronen, Messina, 300 Stück 11,00—16,00, 360 Stück 14,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00.

Wasserstand am 12. Juli. Elbe bei Aussig + 0,25 Meter, bei Dresden — 1,06 Meter, bei Magdeburg + 1,73 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 3,35 Meter. — Oder bei Ratibor + 4,03 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,06 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,18 Meter, bei Frankfurt + 1,09 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 3,04 Meter. — Warthe bei Posen 0,00 Meter. — Netze bei Usch (11. Juli) + 0,38 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 14. Juli.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes.
Lessing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper: Der Waffenschmied.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Zapfenstreich.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Lustspielhaus. Unsere Käte.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Sonnabend und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Opernheater (Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Carmen.
Sonntag: Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. Montag: Carmen.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Urania Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes
Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr: **Unsere Käte.**
Sommerpreise: Park-Fauteuil 3,20.

Apollo-Theater.
Novität! Täglich: Novität!
Berlin im Omnibus.
Burleske in zwei Bildern nach einer Schwankidee von Victor de Cottens.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trick.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten-Attraktionen.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8¼ Uhr im Theater:
Sündige Liebe.
Familientragödie in 4 Akten v. H. Rolf.
Im Sommergarten:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.
Heute: Sommernachts-Fest.

Passage-Theater.
Heute
das
glänzende
Spezialitäten-Programm.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Morwitz-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Waffenschmied.** Romantisch-komische Oper in 3 Akten von A. Lortzing.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: Der Freischütz.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**
Montag, abends 8 Uhr: **Undine.**
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.** Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beyerlein.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**
Montag, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Castans Panoptikum Friedrichstraße 165.
Schreckenskammer!
Berliner Allerlei. 1388 L*
Volkstümliche Musik- und Gesangsvorträge usw.
erstklassiger Künstler von nachmittags 6 Uhr an.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! **Im herrlichen Garten oder Saal:** Ob Regen!
Täglich: Vom 1. bis 30. Juli: Die größte Sensation und beste Gruppe der Welt: **16 Löwen** im Salon des Löwenbändigers.
Ein Dompteur, eine Tänzerin und eine Dompteuse mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
Prinzeß Rajah, die hawaiische Schönheit | **Fritz Brand,** Berlins bester Salon-Humorist mit neuem Repertoire
und das beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Borussia-Theater-Festsäle
Inh.: J. Leschkowski
Ackerstr. 6/7. Teleph.: Amt III, 2674.
Im herrlichen Naturgarten:
Heute die beliebten
Viktoria-Sänger.
Nach der Vorstellung großer Ball.
Jeden Mittwoch und Sonnabend:
Theater- u. Spezialität.-Vorstellung

Wintergarten
Heute
vorletzte Vorstellung
in dieser Saison.
Tortajada, spanische Tänzerin und Sängerin.
Miß Orford mit ihren dressierten Elefanten.
Catherine Bartho, Tänzerin.
Eugenie José, lebende Bilder.
Troba, Jongleur.
Mlle. **Farfalla,** Paris. Soubrette.
Paulinetti & Piquo, kom. Reckturner.
Imro Fox, Illusionist.
Frank Kern m. Hund „Bolzen".
Die Sleedes, „Das geheimnisvolle Haus".
Creo Bros., komische Akrobat.
La Bérat, Phantasietänzerin.
Der Biograph.
Am 15. Juli findet die letzte Vorstellung in dieser Saison statt.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich das Riesen-Programm.
Anfang 4½ Uhr. Ende 11 Uhr.
Paul Coradini
Carl Braun
Die Gauklerin
außerdem 20 Piecen.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Milardo, Humorist.
Rebusa, Dressurnummer.
Dammann Family.
Ein gefährlicher Ausflug.
Wasserpant. Pawel Comp.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Sonntg., Montg. Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Heute wegen
Gr. Vereinsfestlichkeit geschlossen.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Sommer-Fest
d. Tischler (Zentr.-Kr.- u. Sterbekasse)
Konzert, Theater und Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr.
Im Saale: Sommernachtsball.
Bei schlecht. Wett.: Vorstell. im Saale.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater, Spezialitäten und BALL.
Jeden Mittwoch:
Kinderfreudenfest.
Große Fackelpolonäse mit Musik.
Freier Damentanz.
Entree 30 Pf. Kind 10 Pf. (Fackel gratis.)
Am 16. Juli: Erstes Auftreten von
Mlle. Martha Bellvert
mit ihren dressierten **Bären.**
Picards Pantomimen-Truppe:
Die Einbrecher von New York.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
(Meysel, Pietro, Britton, Böhme, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schrader)
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

4 Ausnahme-Tage für Lebensmittel.

Zucker.
Fein gemahl. Raffinade 5 Pfd. 90 Pf., 1 Pfd. 19 Pf.
Grob gem. Kristallzucker 5 Pfd. 95 Pf., 1 Pfd. 20 Pf.
Einmachezucker o. Blau 5 Pfd. 1,10 M., 1 Pfd. 23 Pf.
Würfel-Raffinade . . . 5 Pfd. 1,10 M., 1 Pfd. 23 Pf.

Teigwaren.
Hartgries, gelb mittel . . . . Pfd. 19 Pf.
Rangion-Reis . . . . . Pfd. 15 Pf.
Knorrs Hausmacher-Nudeln 1 Pfd. 33 Pf., ½ Pfd. 17 Pf.
Knorrs Maccaroni 1 Pfd. 33 Pf., ½ Pfd. 17 Pf.

Pudding-Pulver, Rote Grütze . . . . . Pack 6 Pf.
Himbeersaft . . . . . ½ Flasche 95 Pf.

Frisch gebrannte Kaffees . . . ½ Pfund 58 Pf., 48 Pf., 43 Pf.
Deutscher Kakao, gar. rein, ¼ Pfd. 1,05 M., ½ Pfd. 55 Pf., ¼ Pfd. 30 Pf.

Wurstwaren.
Blut- und Leberwurst . . . Pfd. 48 Pf.
Pommersche Zwiebelwurst Pfd. 75 Pf.
Thüringer Fleischwurst . . Pfd. 85 Pf.
Thür. Landleberwurst . . Pfd. 85 Pf.
„ Bauern-Salami, hart, Pfd. 1,20 M.
Stett. Cervelat und Salami Pfd. 1,25 M.

Wurstwaren.
Westf. Cervelat u. Salami Pfd. 1,35 M.
„ Blasen, hart . . . . Pfd. 1,40 M.
Braunschw. Fettdarm, hart Pfd. 1,55 M.
Mausschinken . . . . . Pfd. 1,25 M.
Schinkenspeck . . . . . Pfd. 1,10 M.
Speck . . . . . Pfd. 78 Pf.

Warenhaus
Turmstr. 76. **Lachmann & Scholz** Ottostraße 1.

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 15. Juli 1906:

Großes Sommer-Fest

im Gesamt-Etablissement „Moabiter Schützenhaus",
Plötzensee.

Großes Garten-Konzert

ausgeführt von **zwei stark besetzten Musik-Kapellen.**
Auftreten der beliebten Volkssänger-Gesellschaft **Lewandowski.**

Gesangs-Aufführungen

von Mitgliedern des **Arbeiter-Sängerbundes** Berlins und Umgegend.

Turnerische Aufführungen

ausgeführt von Mitgliedern der **Arbeiter-Turnvereine.**

Auftreten des Athleten-Klubs „Wedding 83" (Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes.)

Vorführungen von Mitgliedern des

Berliner Arbeiter-Radfahrervereins

(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes **„Solidarität".**)

Von 3 Uhr nachmittags: 218/16*

Tanz

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

Für die Kinder: Jedes Kind erhält am Eingang **zwei Bons,** von denen der eine gegen eine Stocklaterne umgetauscht werden kann, während der andere zur einmaligen Benutzung der Schaukel oder des Karussells berechtigt. — Aufführungen eines **Kasperle-Theaters** (ohne Entree).

Für ausreichende Fahrverbindung ist Sorge getragen, da die Straßenbahn-Gesellschaft die Linien 10, 11 und 12 an diesem Tage bis Plötzensee durchführt und bei Bedarf vom Rosenthaler Tor ab Einsetzwagen verkehren. Von der Haltestelle ist zwei Minuten Weg bis zum Schützenhause. Vom Ringbahnhof Beusselstraße ist das Lokal zehn Minuten entfernt.

Bei etwa eintretenden Unglücksfällen steht den ganzen Tag die **Arbeiter-Samariter-Kolonne** gratis zur Verfügung.

Der **Arbeiter-Schwimmerbund** hat am See eine Rettungswache stationiert.

Billetts im Vorverkauf **20** Pf., an der Kasse **25** Pf.

Anfang mittags 12 Uhr.

Um recht zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin, Zahlstellen I und II.

Sonntag, den 15. Juli 1906:

Großes Sommerfest

zum Besten der ausgesperrten Steindruck-Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen
in **Ludwigs Parkrestaurant und Garten, Treptow,**
Köpenicker Landstraße 25—26.

Großes Doppel-Konzert

ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn **Krumbach** und einer Kapelle des Verbandes der Zivil-Berufsmusiker unter Direktion des Herrn **P. Blanschefski.**
Eröffnung 2 Uhr. XX **Anfang des Konzerts 4 Uhr.** XX **Programm 30 Pf.** XX **Kinder frei.**

Bei eintretender Dunkelheit: **Großes Brillant-Feuerwerk** unter Leitung des Pyrotechnikers Herrn **Kobel.**

Im großen Saale von 4 Uhr ab: **Tanz.** Herren 50 Pf., Damen 10 Pf. — Für **Kinderbelustigungen** aller Art ist gesorgt. — Stocklaternen und Mützen gratis. — **Kinder-Fackelzug** bei **bengalischer Beleuchtung** unter Leitung des Klown „Toni".

Der Reinertrag wird der Unterstützungskasse der ausgesperrten Steindruckerei-Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen überwiesen. 43/7

Programme sind in den Arbeitsnachweisen beider Zahlstellen zu beziehen. **Das Komitee.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.

Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.

15 Attraktionen ersten Ranges **15.**
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volksstück in 3 Akten von Lindener.
Anfang 4 Uhr. Entree **30** Pf.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kindertraudenfest.
Jed. Donnerst.: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Glück

Man findet es in reichem Maße spielt man Lotterie bei Gustav Haase
Neue Königstr. 86.
Lose aller erlaubten Lotterien.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Sonntag, den 26. August, vormittags 11½ Uhr, im Schützenhause zu Nauen:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion und Anträge. 3. Parteitag. Referent: Dr. Karl Liebknecht. 4. Provinzkonferenz. Referent: Schmiedt-Velten. 5. Wahlen. 6. Verschiedenes.

Anträge sind dem Unterzeichneten einzureichen.

222/12* J. A.: **Aug. Paris,** Vorsitzender, Velten i. M.

!!Buss Salon!!

Große Frankfurterstr. 85.
Inhaber: Chr. Thoel.
Sonnabende im September und Oktober noch frei für Vereine usw. 17432*

Insel-Restaurant

Plötzensee, Seestr. 81.
A. Giesholt.

Sonnabend, den 30. Juni, sowie jeden Sonnabend:
Wilh. Wolff's Hamburger Sänger.
Elektrische Bahn, Linie Nr. 12.

Spreeschloß

Friedrichshagen, Seestr. 1 am Wasser
Inhaber **Georg Scherelks.**
Vereinen, Gewerkschaften empfehle mein Lokal. 13852*

Achtung! Vorstenland!
gutbrennend, per Pfd. 1,30 u. 1,40
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190. 297/3*

Kolonie Röntgenhöhe

Stat. Buch, Röntgental, Zepernick, gesunde hohe Lage, idyll. Umgebung, große Zukunft. Landparz. noch billig. p. M. 10,00 □Rute an. Verkäufer auf dem Terrain. Ausk. erteilt **Hohenberg, N. 28, Ramlerstr. 38.** +

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Laut Versammlungsbeschluß vom 12. Juli wird von **Sonnabend, den 14. Juli,** ab zugunsten der **ausgesperrten Steindrucker** und **Lithographen** sowie der **Buchbinder** ein

Extrabeitrag von 30 Pf.

bis auf Widerruf erhoben.

Die Herren Druckereikassierer werden gebeten, diesen Extrabeitrag gesondert von dem ordentlichen Beitrag auf der Liste zu führen.

43/6 **Der Gauvorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 15. Juli 1906, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schmiede

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: **„Der Schmied vom Zunftgesellen bis zum modernen Proletarier."** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Die Kollegen der Firmen **Schwartzkopff** und **Borsig** sind hiermit eingeladen.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 16 Juli, abends 8½ Uhr:

Versammlung

aller im Deutschen Metallarbeiter-Verbande organisierten
Rohrleger und Helfer
Berlins und Umgegend
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal.
Tages-Ordnung:
1. **Der Vater Staat und seine Kinder.** Referent: Genosse A. Störmer. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 16. Juli, abends 6½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Königs-Wusterhausen u. Umgegend

im Lokale von Schumann, früher Reike, in Wildau.
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag** des Kollegen Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 122/10

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Glaser Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 14. Juli 1906, abends 6½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15, Saal 4:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. **Bericht der Aussperrung.** 2. Beschlußfassung über weitere Maßnahmen. 3. Ausgabe der neuen Verbandsbücher und Statuten.

Mit kollegialem Gruß

73/16 **Die Ortsverwaltung.** J. A.: **C. Jahn.**

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Boigt, Ritterstr. 75:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Anträge. 2. Bericht der Delegierten der Gewerkschaftskommission. 3. Verschiedenes.

Die Zahlstelle Rixdorf befindet sich bei **Emil Krause, Zietenstraße 76 I.** Zahlzeit: Jeden Mittwoch von 8—9 Uhr, jeden Sonnabend von ½8—½9 Uhr abends. 139/5

Die Ortsverwaltung.
J. A.: **Julius Siewert,** Vorsitzender, Simeonstr. 25.

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.

35/4

(Zweigverein Berlin und Umgegend.)
Gruppe der Putzerträger.

Sonntag, 15. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Wernau, Schwedterstr. 23:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **R. Beier** über den Tarif und die Innehaltung desselben. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 35/6*

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. **Der Zweigvereinsvorstand.**

Achtung! Steinsetzer u. Rammer. Achtung!

Sonntag, den 15. Juli 1906, vormittags 9½ Uhr:

Gemeinschaftliche Versammlung der Mitglieder sämtlicher Unterbezirke Groß-Berlins

im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Schlichtungskommissionen über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Innungsvorständen am 2. Juli und der Berliner Innung am 5. Juli cr. 2. Wahl der Schiedsgerichtsbeisitzer.

Werte Kollegen! Erscheint zahlreich und pünktlich. 174/5

Mit Verbandsgruß für die Schlichtungskommission
der Rammer J. A.: **Karl Haufschild** der Steinsetzer J. A.: **P. Schencke.**

Gesellschaftshaus Ostend

Memelerstr. 67. Inh. **Paul Litfin.** Tel. Amt 7, No. 1075.

Unterzeichneter erlaubt sich, seine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung zu bringen. Mein Saal mit Bühne und Nebenräumen 500 Pers., Tunnel 150 Pers. fassend, sowie Vereinszim. m. Pianino, in jeder Größe, stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung v. **Versammlungen, Vergnügungen, Hochzeiten u. Festlichkeiten, auch Sonntags,** z. Verfüg. **Paul Litfin.**

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis

(Köpenicker Viertel).

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Tischler

Fritz Lehmann

wohnhaft Skalitzerstr. 54, Stadtbezirk 109, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

24/46 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Fritz Lehmann

am 9. Juli verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

89/3 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Farbigmacher

Friedrich Bedenstiel

am 8. Juli verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Juli, nachmittags um 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes in Rixdorf, Mariendorfer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

89/4 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Steinsetzer!

Die **Sperre** über die Baustellen (Kanalisationsgraben) in **Friedrichsfelde,** Unternehmer **Hauschild,** ist noch **nicht** aufgehoben. Wir geben ferner bekannt, daß der Unternehmer **Hauschild,** trotzdem er vorher zu Protokoll erklärte, einen eventuellen Schiedsspruch der Arbeitgeber-Beisitzer anzuerkennen, sich weigert, folgendem Schiedsspruch derselben nachzukommen. „Die Sperre wird unter folgenden Bedingungen aufgehoben: Herr **Hauschild** hat den Arbeitnehmern den nachweislich erlittenen Ausfall an Stundenlohn zu ersetzen und dieselben wieder einzustellen". Indem die Arbeitgeber zu diesem Schiedsspruch kamen, ist wohl zur Genüge bewiesen, daß die Sperre zu Recht besteht. Trotzdem arbeitet der Steinsetzer **Wilh. Ilmer,** Berlin, Kaiserstr. 33 wohnhaft, als Arbeitswilliger ruhig weiter. Die Arbeit wird nicht eher aufgenommen, bis durch die Schlichtungskommission bekanntgegeben wird, daß die Differenzen beigelegt sind.

Die Schlichtungskommission.

Wir empfehlen unsern Lesern zum Abonnement:

In Freien Stunden

Illustrierte Romanbibliothek :: für das arbeitende Volk ::
wöchentl. ein Heft, 24 Seiten stark
10 Pfennig.

Gute Unterhaltungslektüre!

Der neue Band beginnt soeben mit dem überaus spannenden Roman

„Der Deserteur"

von R. Buchanan
Illustrationen von J. Damberger

Abonnenten ::: können jederzeit eintreten. :::

Restaurant am Müggelsee
„Wilhelmsbad"
Friedrichshagen, Seestraße 45
(Dampferanlegesteg)
Inhaber: **Karl Uszkuralt,**
empfiehlt sein herrlich, direkt am Müggelsee belegenes Lokal zu Ausflügen und Abhaltung von Sommervergnügungen aller Art. 138425
Herren- und Damenbadeanstalt.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Manchester-Hose Marke Gambrinus, Zwirnkette . . . 5 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 14,50, 8,75
Echtblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Echtblaue Monteur-Hose . . 1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett, prima Köper-Gewebe . . 2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose, prima Köper-Gewebe . . 2 M. 10
Weiße Friseur-Jacketts 3,50, 2 M. 75
Konditor-Jacken, Dreihig . . . 4 M. 50
Maler-Kittel . . . 3,—, 2,50, 2 M. 25
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, 2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, Dreihig 7,50, 3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 90
Kesselreiniger-Anzüge, blau, nach Vorschrift . . . . . 5 M. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 17222*
— Versand von 20 M. an franko. —

Nachdruck verboten!

Greift zu!
Kolossal billig!
Monats-Anzüge, Abonnements-Anzüge, Anzüge, Ersatz für Maß.
Alles auch für korpulente Figuren! Getrag. Kleidungsstücke von Kavalieren, Reisend., aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflief., kolossal billig. Straßenbahn-Vergütung!
Bitte achten *
Zentral-Keller, Berlin, 35 Neanderstr. 35 an der Köpenickerstr. 35
3 Min. v. Stadtb. Jannowitzbr.

Provinzial-Sängerfest, Rathenow.

Empfehle den geehrten Festteilnehmern zum Provinzial-Sängerfest in Rathenow einen tadellosen Mittagstisch à Kuvert 1,00 Mark.
Um freundlichen Zuspruch bittet **Herm. Schröder**, Perlebergerstr. 5.

Die Firma **Gebr. Wolferts**, Stahlwarenfabrik und Versandhaus Rotkäppchen, in **Wald b. Solingen** **Nr. 1336** versendet ihre weltbekannten **Rasiermesser 30 Tage zur Probe.**

Nr. 30 halb hohl geschliffen 1,50 M.
„ 59 dreiviert „ „ 2,10 „
„ 60 ganz „ „ 2,50 „
„ 64 Sicherheits-Rasiermess. 2,50 „
Sicherh.-Rasier-Appar. Flock 1,40 „

Komplette Rasiergarnituren von 2,50 M. an, Haarschneidemaschinen von 3,50 M. an. Versand nur gegen Nachnahme, Porto extra. Umtausch gestattet, daher kein Risiko.

Hauptpreis-Katalog mit zirka 4000 Gegenständen gratis und franko an jedermann.

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Größte Auswahl in Strohhüten.
Lager in Schirmen und Mützen. (2642*

4000 M. Preisausschreiben

für
Gedichte
Romane, Novellen
Kompositionen
Amateurphotographien
Beiträge zum Frauenblatt

setzt die neue Wochenschrift:

„Was Ihr Wollt“ aus.

Eine Zeitschrift von Abonnenten für Abonnenten. Alle Beiträge willkommen. Jede Einsendung nimmt am Preisausschreiben teil. Wir bringen Bild und Biographie des preisgekrönten Einsenders. Man abonniere sofort bei jeder Postanstalt auf **„Was Ihr Wollt“**, Nachtrag 10 der Zeitungsliste zu Mk. 3,— pro Quartal und füge der ersten Einsendung die Postquittung bei. 138/9*

Verlag der „Was Ihr Wollt“, St. Johann a. Saar.

Bekanntmachung.

Die von der Hochsaison angehäuften Waren, bestehend aus

Schaufenster-Anzügen
Modell-Anzügen
Jackett-Anzügen
Rock- und Gehrock-Anzügen

welche mit kleinen Mängeln behaftet sind,

sowie **nicht abgeholte Maßkleidungsstücke** werden zur **Hälfte und zum dritten Teil der bisherigen Preise** verkauft. Der Verkauf findet statt am:

Sonnabend, den 14. Juli, Sonntag, den 15. Juli, Montag, den 16. Juli, Dienstag, den 17. Juli, Mittwoch, den 18. Juli.

250 Gehrock-Anzüge grau meliert Cheviot (fehlerfrei)
früherer Preis M. 40,— 36,— 38,— 42,— 50,— 55,— 55,—
jetziger Preis M. 16,— 17,— 18,— 20,— 23,— 25,— 30,—

420 Rock-Anzüge schwarz und farbig, reeller Kammgarn, (darunter Modellkleidungsstücke)
früherer Preis M. 36,— 33,— 38,— 40,— 42,—
jetziger Preis M. 18,— 15,— 18,— 20,— 15,—

Ein Posten einzelner Kammgarnröcke (aus den edelsten Stoffen) die bis 24 M. gekostet haben, durchschnittlich 6,— M.

280 Röcke und Westen (prima Fabrikate) früherer Preis 24-28 M., durchschnittlich 10,— M.

450 Jackett-Anzüge schwarz und farbig, haltbare, gediegene Stoffe, darunter Schaufensterstücke
früherer Preis M. 26,— 30,— 30,— 33,— 26,— 28,— 33,—
jetziger Preis M. 12,— 20,— 18,— 15,— 15,— 18,— 22,—
früherer Preis M. 36,— 30,—
jetziger Preis M. 18,— 15,—

420 Sommer- u. Herbst-Paletots mit kleinen Mängeln behaftet
früherer Preis M. 30,— 30,— 26,— 40,— 30,— 38,— 25,—
jetziger Preis M. 18,— 15,— 12,— 18,— 12,— 25,— 9,—
früherer Preis M. 30,— 25,—
jetziger Preis M. 10,— 6,—

Ein großer Posten Stoff-Knabenanzüge (einzelne Muster) beispiellos billig.

Ein Posten Sommer-Jacketts von 85 Pfennig an.

Die Preise sind streng fest und auf jeden Gegenstand aufgedruckt!

Wir bitten, dem Verkäufer zu sagen, wenn zurückgesetzte Sachen verlangt werden!

Heitinger & Co.,
Deutsche Compagnie. — Berlin SO., Oranienstraße 40/41.

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin? Nach Pichelswerder zum **alten Freund.**
Partien bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz.
Es ladet ganz ergebenst ein **Der alte Freund.**
Fernsprecher Spandau: 814. Küche stets in altbekannter Güte.

hochfeine 6 Pf. Cigarre
vorzüglicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken — 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Französ. Str.
Gertraudtenstr., Eck. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemerstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzst.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Uhlandstr. 33, E. Lietzenburgerstr.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.
Verkaufsstellen zu Originalpreisen:
Landesausstellungspark am Lehrter Bahnhof. *
Zoologischer Garten, Pavillon.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Ausschneiden!
94 Kotthuser Damm 94
Keller.
Verkauf von
Militär-Hemden,
Drellhosen, weißleinenen Hosen, Tuchhosen, Litewken, Handschuhen, Unterhosen, Mänteln etc.
Spezialität!
Militär-Stiefel und **Schnürschuh** alt und neu
in **großer Auswahl.**
Berufskleidung für jedermann in reichlicher Auswahl! Stoffhosen, engl. Lederhosen, Manchester-Hosen, Maurer-Anzug, Socken etc. 1764L*
— Alles sehr billig! —
Feste Preise!

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1668R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1663R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Kinderwagen, Kinderbettstellen Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2701b*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Katz, Mulackstraße 14. 2801b*

Nähmaschinen. Zahle bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Alliterstraße 90. †33*

Krautstraße 50, Saalfelds Möbelspeicher, verkauft spottbillig, weil kein Laden, Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Besichtigung ohne Kaufzwang. 2892b*

Teppiche, reichgestickte Portieren, Gardinen, Plüschtischdecken, Steppdecken, Sofa-Stoffe, Diwandecken, Läuferstoffe spottbillig Potsdamerstraße 100, Fischer.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2876b*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gaskocherhaus! Einlochgaskocher! 0,75. Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Basbügelapparat, Gasplätteisen spottbillig! Bronzegaskronen! 6,00. Gaslyren! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1649R*

Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Fürstenzelt. Nur Rosenthalerstraße 10. Kein Laden. Habe keine Filialen. 267/2*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1665R*

Singerringschiff, 25,00, unter Garantie gut nähend. Jüdenstraße 47II.

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, Garnitur 50, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16, Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Räderverleihung. Tandems, Dreisitzer. Große Frankfurterstr. 14. †33*

Parteilokal, gutgehendes, drei Vereine, verkauft sofort Witwe Rohde, Höchstestraße 30. 2920b*

Für Laubenbesitzer verkauft einen Kinderwagen. Prellwitz, Schönhauser Allee 72, Quergebäude II. 2924b

Fensterputzer, welche sich selbständlich machen wollen, Tour 100,00 monatlich, 50,00 Anzahlung. Offerten unter G. R. J. 200, „Vorwärts“, Reibelstraße 42. †141

6,00—10,00 gutgeschrieben erhält Selbstkäufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 59/60. *

Strickmaschinen, erstklassige, guter Erwerb, auch für Posamentiergeschäfte, günstige Bedingungen, auswärts frachtfrei. Homburger, Spandauerbrücke 2.

Gutgehendes Milchgeschäft, Kolonialwaren, viel Brot, Backwaren, Laden, große Wohnung, billige Miete, verkaufe krankheitshalber. Erfragen bei Schweitzer, Ebertystraße 26.

Wringmaschine, große, spottbillig. Bader, Fischerbrücke 3. 2926b

Herrenfahrrad, eleganter Straßenrenner, paarmal benutzt, umständehalber jeder Preis. Bassendowski, Holzmarktstraße 14, Quergebäude I, abends 7 bis 10. 2929b

Ringschiffchen, gute, 25,00. Göke, Langestraße 25, vorn III. 2922b

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2693b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667R*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 139/12*

Die Beleidigung gegen Frau Junker nehme ich zurück. Frau Horlitz, Skalitzerstraße 117. †7

Gerhardy „Universal“-Humorist, Wrangelstraße 22. †8

Volkssänger-Gesellschaft „Gerhardy“, Wrangelstraße 22. †8

Lumpen und Metallbruch kauft August Buerschaper, Naunynstraße 19, daselbst Wagenvermietung. †7

Haudwäscherei. Frau Händschke, Cöpenick, Gartenstraße 9a, wäscht schonend Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher, Taschentücher 10. Abholung Montags. 2923b

Nehme ausgesprochene Beleidigung gegen Frau Stenzel, Brunnenstraße 96 zurück. Frau Heymsodt, Thurneyssserstraße 6. †90

Vermietungen.

Wohnungen.

Cuxhavenerstraße 37 sofort und 1. Oktober billige Kleinwohnungen. *

Stube und Küche (21 Mark) Seestraße 68 h. 2907b*

Schlafstellen.

Herr sucht alleinige Schlafstelle, NO. Offerten F. S. Postamt 43.

Schlafstelle für Herrn, Aussicht Feld, Dunckerstraße 12, 2. Quergebäude 1 Treppe, Frau Zuber. †54

Möblierte Schlafstelle für Herren bei Witwe Tauchmann, Wollinerstraße 67, vorn IV. †54

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1466b

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzendste Erfolge. Autotechnikum Berlin, Epichernstraße 11/12.*

Tüchtige Packer verlangt A. Werkmeister, Schmidtstraße 8 a. 2928b

Kautschukstempel-Fabrik, Berlin, Ritterstraße 49, sucht einen tüchtigen Abformer und Vulkanisseur. 139/15*

Etuisarbeiter für chirurgische Instrumente verlangt A. Stripke, Berlin, Auguststraße 69. 2927b

2 Färber und Detacheure gesucht, Gebr. Altenberg, Färberei, Weißensee, Langhansstraße 4. †138

Mädchen, junges, mit der Lederwarenbranche vertraut, findet dauernde Stellung in der Expedition des Lederwaren-Exportgeschäftes Wilhelm Guttsmann, Dresdenerstraße 75. 212/1

Belegerin verlangt Goldleistenfabrik Fruchtstraße 63. †33

Mamsells auf Jacketts verlangt Schulze, Görlitzerstraße 41. 7*

Mamsells auf Kostümröcke verlangt Schulze, Görlitzerstraße 41. 7*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zuzug ist fernzuhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung, Töpfer!
Die Differenzen bei der Firma **Franz Wengler,** Bau Südende, Lichterfelderstraße, Ecke Potsdamerstraße, sind noch nicht erledigt. Der Bau ist nach wie vor zu meiden. 196/20* Die Verbandsleitung.

Achtung! Achtung!
Kürschner
Wegen Differenzen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der **Mützenfabrik von S. Gärtner & Co., Markusstr. 50,** die Arbeit niedergelegt. **Zuzug ist streng fernzuhalten.** 102/15*
Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.
Deutscher Kürschner-Verband (Zahlstelle Berlin).

Achtung!
Die Holzbearbeitungsfabrik
Nadge, Palisadenstr. 77/78,
ist für Maschinenarbeiter sowie Hilfsarbeiter **gesperrt!** Sämtliche Arbeiter befinden sich im Ausstande.
Verband der Handels- und Transportarbeiter
Verband der Maschinenarbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband
(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:

G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Netschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Puttkamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2o.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 30.

Alle Genossen und Freunde der Organisation, machen wir darauf aufmerksam, daß die Heimarbeit (Bogen falzen von Streikarbeit) in übermäßiger Weise Platz gegriffen hat. Wir bitten, die Hausbewohner auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam zu machen.

Die Ortsverwaltung.

Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieter!
In der **Kartonfabrik von Ad. Lesser,** Krautstraße, sind tarifliche Differenzen ausgebrochen.
Diese Betriebe sind gesperrt!
Die Firma **Aloys Suk,** Neanderstraße 1 (Neanderhof)
ist für **Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen** wegen Differenzen gesperrt.
24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Fünfter Wahlkreis. Das 10. Stiftungsfest des Wahlvereins findet heute Sonnabend, den 14. Juli, in den Gesamträumen des Schweizergartens am Königstor statt. Konzert, Theatervorstellung, Festrede des Genossen Robert Schmidt, Arbeiter-Radfahrer, Gratis-Kinderbelustigungen usw. Billetts im Vorverkauf 25 Pf. in der Parteispedition, Keibelstr. 42, auf allen Zahlstellen und bei den Bezirksführern. Kassenpreis 30 Pf. Wir ersuchen die Genossen, für rege Beteiligung zu agitieren. Der Vorstand.

Der 6. Wahlkreis feiert am morgigen Sonntag wieder im Moabiter Schützenhause, Plötzensee, sein Sommerfest. In dem reichhaltigen Programm — Konzert, Gesang, Tanz, humoristische Vorträge, Auftreten von Turnern, Athleten und Radfahrern — ist auch besonders der Kinder gedacht, durch Gratisvorstellung eines Kasperle-Theaters, außerdem bekommt jedes Kind einen Ton zur Schaukel u. dgl. und einen zum Umtausch gegen eine Stocklaterne. Bei dem geringen Preis von 20 Pf. pro Billett kann auch der wirtschaftlich nicht besonders gutgestellte Genosse teilnehmen.

Charlottenburg, 3o Bezirk, veranstaltet am Sonntag, den 15. Juli, einen Familien-Ausflug nach Waldkater, Tegeler Weg 40. Treffpunkt 2 Uhr bei Felsmann, Reuchlinstr. 6, um 4 Uhr Abmarsch vom Waldkater nach dem Walde. Bei schlechtem Wetter findet der Ausflug nicht statt. Rege Beteiligung ist erwünscht. Der Bezirksführer.

Johannisthal-Nieder-Schöneweide-Rudow. Am Sonntag, den 15. Juli, veranstalten die Wahlvereine genannter Orte im „Lindenhof“ in Johannisthal ein großes Volksfest, wobei eine Anzahl Sportvereine ihre Mitwirkung zugesagt haben. Es findet außerdem Blumenverlosung sowie Kinderbelustigungen statt. Die Parteigenossen Berlins und der Vororte sind zu diesem Fest ergebenst eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf.

Wilhelmsruh. Sonntag, den 15. Juli, vormittags 10 Uhr: Protestversammlung im Saale des Herrn Deutschmann. Tagesordnung: Rathaus- oder Schulhausbau? Referent: Genosse Kemnitz. Bei der Absicht der Gemeindevertretermehrheit, statt des unendlich wichtigeren Schulhausbaues ein die Gemeinde finanziell belastendes luxuriöses Rathaus zu erbauen, ist es Pflicht aller Genossen zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Seht die Wählerlisten nach!

Die öffentliche Auslegung der diesjährigen Liste der stimmfähigen Bürger Berlins beginnt am Sonntag, den 15. Juli. Die Liste kann, wie wir bereits meldeten, vom 15. Juli bis einschl. 30. Juli Sonntags von 9—1 und wochentags von 9—3 im Wahlbureau des Magistrats (Poststr. 16, zwei Treppen) von jedermann nachgesehen und auf ihre Richtigkeit geprüft werden. Wer Irrtümer darin findet, muß sofort Einspruch dagegen erheben und Berichtigung beantragen. Einsprüche, die nach dem 30. Juli kommen, werden nicht mehr berücksichtigt.

Wie notwendig es ist, daß jeder die Listen prüft bezw. sie für sich durch einen Beauftragten prüfen läßt, das lehren die Erfahrungen, die in früheren Jahren gemacht worden sind. Nur zu oft kommt es vor, daß Wähler mit einem falschen Vornamen, einer falschen Berufsangabe, einer falschen Wohnung aufgeführt sind. Da wird ein Fritz Schulz in einen Franz Schulz umgetauft, ein Barbier in einen Lackierer verwandelt usw. Aus solchen Irrtümern, die natürlich nur durch Flüchtigkeit beim Abschreiben entstanden sind, erwachsen bei der Wahl dem Wähler die verdrießlichsten Scherereien, und gewöhnlich kommt er dann um sein Recht, mitzuwählen. Viele Personen fehlen überhaupt in der Liste, obwohl sie wahlberechtigt sind. Wie mancher wird als in Preußen nicht staatsangehörig gebucht und kommt somit nicht in die Liste, während er tatsächlich hier die Staatsangehörigkeit hat. Wie mancher wird als Steuerrestant behandelt und aus der Liste gestrichen, während er seine Steuern voll bezahlt hat. Und wie mancher wird lediglich aus Versehen nicht in die Liste mit aufgenommen. In all diesen Fällen gibt es, wenn der betreffende Wähler sich nicht beizeiten darum gekümmert hat, am Tage der Wahl kein Parlamentieren mehr. Wer nicht in der Liste steht und es versäumt hat, seine nachträgliche Aufnahme zu fordern, wird am Wahltisch zurückgewiesen.

Wir haben schon in unserer Dienstagsnummer gemahnt, niemand solle sich damit beruhigen, daß in diesem Jahre ja keine Wahlen zu erwarten seien. Es sind keine regelmäßigen Wahlen zu erwarten, aber auf Ersatzwahlen, die durch Mandatsniederlegung oder Tod nötig werden, muß man sich jederzeit gefaßt machen.

Berliner Wohnungselend.

In die Tiefen des Großstadtlebens leuchtet die Wohnungsenquete, die alljährlich im Auftrage des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker veranstaltet wird. Es ist die fünfte Darstellung des Berliner Wohnungselendes, die, in der Bearbeitung von Albert Kohn, soeben erscheint und die Verhältnisse des Jahres 1905 behandelt. Die Feder eines Dante wäre nötig, um alle die Schrecknisse des Wohnungselendes zu schildern. Und doch ist es nur ein Ausschnitt, den die Ermittelungen behandeln, ein Ausschnitt, der noch lange kein vollständiges Bild ergibt. Wieder wurden eine Menge Wohnungen ermittelt, die nicht den allerbescheidensten Ansprüchen an Bodenfläche, Höhe und Kubikinhalt entsprachen. Es wurden Schwerkranke in feuchten Kellern und in Dachwohnungen gefunden, wo sie nicht einmal vor Regen und Schnee und den sonstigen Unbilden der Witterung genügend geschützt waren. In engen und überfüllten Räumen hausen Familien, hausen Gesunde und Kranke in Schmutz und Unordnung zusammen, Lungenkranke und Rheumatiker, bleichsüchtige und blutarme Frauen, Neurasthenische beiderlei Geschlechts verbringen ihr Dasein in dunklen und feuchten Löchern ohne Heizgelegenheit. Menschen, die an Infektionskrankheiten leiden, müssen ihr Bett mit anderen Personen teilen. Und in all dem Elend wimmelts von Kindern, die nie eine behagliche Wohnung, nie ein gesundes Familienleben kennen lernen. Dabei wird ausdrücklich betont, daß die Mitglieder der Ortskrankenkasse sich noch nicht aus den am schlechtesten bezahlten Lohnarbeitern in Berlin rekrutieren. Die Mehrzahl stand bis zur Erkrankung noch in Arbeit und ist der bitteren Not noch nicht preisgegeben. Wie mag es da bei den Aermsten der Armen aussehen? Einige Berichte der Kontrolleure seien nachstehend im Auszuge wiedergegeben. Sie mögen beweisen, wie notwendig vor allem eine gründliche Wohnungsreform ist:

Von einer „Wohnung“ in der Weydingerstr. 6 heißt es: Beim Betreten der aus einer Stube bestehenden Wohnung kommt einem ein stockiger Geruch entgegen. Die Stube wird von vier Personen geteilt. Die Tür muß den ganzen Tag offen stehen, um erträgliche Luft zu schaffen. Die Wohnung eines in der Wilhelmstraße (!) im Keller wohnenden, an Bronchitis leidenden Kranken bietet, nach dem Berichte des Kontrolleurs, einen „erschreckenden Anblick“, eklhafte, dumpfige, stockige Luft erfüllt den Raum. Der 67jährige Kranke liegt auf einem alten Strohsack. In einer dunklen Kellerwohnung der Lübbenerstraße, 1,65 Meter unter dem Hofniveau, schlafen sechs Personen, die kranke Wohnungsinhaberin teilt ihr Bett mit einem Kinde; in einer Kellerwohnung der Köpenickerstraße stehen dem Vater, der lungenkranken Mutter und den beiden Kindern nur zwei Betten zur Verfügung. Mäuse sind ständige Gäste. Das ist aber noch nichts gegen das Elend, das in der in der Posenerstraße über dem Pferdestall belegenen Dachwohnung einer magenleidenden Frau herrscht. Die Aermste muß ihr Bett mit drei kleinen Kindern teilen. Wenn es regnet, müssen Gefäße zum Auffangen des Wassers aufgestellt werden. In einer nach dem Berichte in „trostlosem Zustande“ befindlichen Wohnung in der Langestraße teilt eine sehr lungenkranke Frau ihr Bett mit zwei bedauernswerten Kindern. Den Beschluß der ergreifenden Schilderungen, die eine Unsumme von Not, Elend, Entbehrung und Verwahrlosung enthüllen, die alle Ungeeignetheiten von Kellern und Dachräumen zu menschlichen Wohnräumen unwiderleglich beweisen, mag die Beschreibung einer Wohnstätte in der Oppelnerstraße bilden. Dort dient ein dunkler Raum, der 1,66 Meter hoch ist, in dem man also nicht geradestehen kann, einer Familie von fünf Personen als Schlafraum. Luft, Licht und Sonne haben zu diesem Raum keinen Zutritt. Auch kann er nicht geheizt werden!

Es ist wahrlich ein verdienstvolles Werk unserer Genossen in der Krankenkasse, derartige bedeutungsvolle Wohnungsenqueten zu veröffentlichen, die ungeheure Fülle von Elend und Not zu enthüllen. Demgegenüber betrachte man die elende Hetze der Mugdan und Genossen gegen das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen.

Für den Achtuhrladenschluß traten die Angestellten der Blumengeschäfte in einer Versammlung in den Sophiensälen am Donnerstagabend ein. In den Kreisen der Geschäftsinhaber besteht wenig Neigung für die Neuerung; sie fürchten dabei zu verlieren, aber sie haben nur dieselben Argumente, die im Jahre 1900 gegen den Neunuhrladenschluß geltend gemacht wurden. Die Angestellten aber, die gewöhnlich erst lange nach 9 Uhr Feierabend machen, verlangen einstimmig nach der Einführung des Achtuhrladenschlusses und hoffen, daß die beendete Abstimmung ein günstiges Resultat bringen werde.

Zur Weißbierverteuerung. Allem Anschein nach dürften die Weißbierbrauereien mit ihrem Plan, das Weißbier zu verteuern, auf erhebliche Hindernisse stoßen. Den Bemühungen der vereinigten Gastwirte ist es gelungen, 27 ringfreie kleine und mittlere Weißbierbrauereien zu vereinigen, die sich heute zu einem Ring zusammenschließen werden mit dem Zweck, ein Gegengewicht gegen den alten Ring zu bilden. Der neue Ring soll die Weißbierlieferung für die organisierten Berliner Gastwirte übernehmen, die nach der Verteuerung von ihren bisherigen Lieferanten sämtlich abgehen wollen. Nach dem Vorschlag der Gastwirte wird der alte Preis von 7 M. pro halbe Tonne beibehalten. Da die organisierten Wirte sämtlich verpflichtet werden, ihren Bedarf bei dem neuen Ring zu decken, werden die ihm angeschlossenen kleinen Brauereien ihren Betrieb bald erheblich vergrößern können. Die Gastwirte verlangen vorläufig von den Ringbrauereien die Weiterlieferung des Weißbiers zum alten Preis, bis der angefangene Stock voll geliefert ist. Sie wollen die Brauereien nötigenfalls im Klagewege dazu zwingen. Wenn der Stock abgelaufen ist, dann wird auch schon der neue Ring in der Lage sein, Weißbier in ausreichendem Maße zu liefern.

Ueber den Vorfall in Potsdam ist noch zu berichten, daß der Besitzer des Wagens, aus dem der tödliche Schuß fiel, der in Wannsee ansässige Schlossermeister Karl Hiller ist. Er wurde in das Potsdamer Untersuchungsgefängnis eingeliefert und ist auch schon vernommen. Nach seiner Aussage ist der Matrose Stubbmann in der Neuen Königstraße von links an den Wagen herangesprungen und hat es den Anschein gehabt, als ob er die Pferde zum Stehen bringen wollte. Er (Hiller) soll daher seinen Revolver gezogen haben, um einen Schreckschuß abzugeben, aber keineswegs die Absicht, den Matrosen zu verletzen, gehabt haben. Er sei ja auch ruhig weitergefahren, weil er in dem Glauben war, es sei nichts passiert. Inwieweit die Angaben richtig sind, muß erst die weitere Untersuchung ergeben.

Ein aufregender Vorgang hat sich gestern am Kottbuser Ufer abgespielt. Ein junges Mädchen, das durch sein aufgeregtes Wesen die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich gelenkt hatte, stürzte sich plötzlich von der Hobrechtbrücke mit einem Aufschrei in den Landwehrkanal. Ein in der Nähe vor Anker liegender Schiffer löste sofort den Kahn und fuhr gemeinsam mit einem Schutzmann nach der Stelle, wo die Selbstmörderin mit dem Tode rang. Mit zähem Widerstande setzte sich die Lebensmüde ihren Rettern zur Wehr. Nach längerem Kampfe gelang es schließlich, den Widerstand der Widerspenstigen zu brechen und sie den Fluten zu entreißen. In einer Droschke wurde dann die Lebensmüde nach dem städtischen Krankenhause in der Carnerstraße gebracht.

Von der Treppe gefallen und tödlich verletzt hat sich der 8jährige Schüler Karl Müller aus der Gerichtstr. 56. Mittags war die Mutter fortgegangen, um ihrem Manne das Essen zu bringen; als sie später wieder zurückkehrte, war sie von ihren beiden Kindern vom Fenster aus beobachtet worden, und erfreut eilte ihr der 8jährige Karl mit seinem kleinen Schwesterchen an der Hand entgegen. Auf der Treppe stolperte plötzlich der Knabe, stürzte hinab und riß auch das Schwesterchen mit in die Tiefe. Als die Mutter an die Unglücksstelle gelangte, wurde ihr dort ein bedauerlicher Anblick zuteil. Vor der Treppe lagen ihre beiden Kinder, der Sohn mit gebrochenem Schädel und vollständig bewußtlos. Er wurde sofort in das städtische Kinderkrankenhaus gebracht, starb jedoch kurz nach der Einlieferung. Die kleine Schwester war mit Hautabschürfungen beim Sturz davongekommen.

Vom Krankenbett aus zum Fenster hinabgestürzt. Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern in dem städtischen Krankenhause in der Gitschinerstraße ab. Dort lag seit mehreren Tagen die 35jährige Ehefrau Emilie Semisch aus der Jägerstr. 35 in Rixdorf an einer schweren Krankheit danieder. In der Verzweiflung über ihr Schicksal faßte Frau S. den Entschluß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Gestern erhob sie sich plötzlich von ihrem Krankenlager und stürzte sich, ehe die Schwestern sie daran hindern konnten, aus der Höhe der zweiten Etage zum Fenster hinaus. Die Bedauernswerte zog sich schwere innere Verletzungen sowie einen doppelten Bruch des linken Unterschenkels zu und mußte nun in das Krankenhaus am Urban übergeführt werden.

Opfer ihres Berufs. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern auf der Stettiner Bahn ereignet. Kurz vor der Station Britz wurde der 46jährige Hülfsbahnwärter August Thürnagel von dem Stettiner Schnellzug überfahren und auf der Stelle getötet. T. war seit dem frühen Morgen auf der Choriner Strecke beschäftigt gewesen und befand sich, als kurz vor 10 Uhr der fällige Schnellzug heranbrauste, gerade an der Einbuchtung nach der Joachimsthaler Bahn und überhörte infolgedessen das Herannahen des Stettiner Zuges. Ehe der Beamte noch zur Seite springen konnte, hatte ihn die Maschine erfaßt und zermalmt. Als der Zug vorübergefahren war, fand man die gräßlich verstümmelte Leiche des Unglücklichen. Die Ehefrau des T., die an anderer Stelle Dienst tat, mußte erst auf das Eintreffen von Ablösung warten, bevor sie zu der Leiche ihres Mannes eilen konnte. Die Aermste steht jetzt mit sechs unmündigen Kindern allein in der Welt da.

Unglücksfälle im Straßenverkehr.

An der Ecke der Insterburgerstraße und des Weidenweges wurde die siebenjährige Schülerin Dora Menzbach, Weidenweg 10, von einem Frachtwagen überfahren und schwer verletzt. Die Kleine hatte auf dem Fahrdamm gespielt und hatte dabei das Herannahen des Gefährtes überhört. — Unter einen Straßenbahnwagen geriet der dreijährige Erwin Zühlke auf der Kaiser-Allee 207. Der Knabe hatte in der Nähe des Elternhauses auf dem Fahrdamm gespielt und wollte noch kurz vor dem Herannahen des Straßenbahnwagens 2898 der Linie IV (Ost-Westring) die Gleise kreuzen. Er wurde von dem Motorwagen zu Boden geschleudert und schwer verletzt nach der Unfallstation XX gebracht, wo der Arzt einen doppelten Unterschenkelbruch feststellte. — Von einem Automobil wurde in der Badstraße der sechsjährige Sohn des Schlossers Radek aus der Prinzen-Allee überfahren. Das Kind hatte sich von der Hand der Mutter losgerissen und lief blindlings in ein vorüberfahrendes Automobil hinein. Es erlitt einen schweren Schädelbruch. — In der Schwedterstraße wurde die Schülerin Emma Meißner von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt nach der nahen elterlichen Wohnung gebracht.

Gequetscht und überfahren wurde gestern nachmittag der Hausdiener Otto Wiedemann, der auf einem Zweirade die Flottwellstraße durchfuhr. Dicht am Schöneberger Ufer versuchte W. zwischen einem Leiterwagen und einem Straßenbahnzug hindurchzufahren. In diesem Augenblick bog der Leiterwagen etwas nach links und der Hausdiener wurde zwischen beide Gefährte gequetscht. Wiedemann stürzte zu Boden und fiel dabei so unglücklich, daß er zwischen Vorder- und Hinterräder des Lastwagens geriet. Der Kutscher des letzteren bemühte sich vergeblich, die Pferde rechtzeitig zum Stehen zu bringen und konnte nicht verhindern, daß die Räder über den Unglücklichen hinweggingen. Wiedemann, der eine Brustquetschung, mehrere Rippenbrüche und einen Schädelbruch erlitten hatte, wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Elisabeth-Krankenhause übergeführt.

In der Filiale des Jüdischen Waisenhauses für Mädchen in der Schönhauser Allee 152 hat sich gestern abend ein bedauerlicher Unglücksfall abgespielt. Beim Kochen von Kakao sprang ein Feuerfunke auf das Kleid eines in der Nähe der Kochmaschine stehenden dreizehnjährigen Zöglings und setzte den Stoff in Brand. Ehe das Feuer gelöscht werden konnte, hatte das Mädchen, das in seiner Angst auf den Balkon gelaufen war, erhebliche Brandwunden davongetragen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde das Kind nach dem Jüdischen Krankenhause übergeführt.

Die Kesselstraße von Haus Nr. 23 bis Haus Nr. 34 wird behufs Umpflasterung vom 16. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr wegen einer Lampenexplosion nach der Chorinerstr. 69 gerufen. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Um 11 Uhr nachts erfolgte ein Alarm nach der städtischen Gasanstalt in der Sellerstr. 9/10, wo sich Putzlappen auf dem Hofe entzündet hatten. Um eine Katze von einem Dache herunterzuholen, wurde die mechanische Leiter nach der Neuen Grünstr. 11 entsandt. Die jämmerlich miauende „Mieze“ holte ein Feuerwehrmann herunter. Wegen eines Kellerbrandes erfolgte ein Alarm nach der Chausseestr. 93. Stroh u. a. brannte dort. Ein Küchenbrand mußte Flemmingstr. 8 gelöscht werden. Ferner wurde die Wehr nach der Prinzessinnenstr. 15, Plantagenstr. 43, wo Gardinen brannten, u. a. Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Kinder-Ferienspiele, welche die Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz veranstaltet, nehmen morgen Sonntag ihren Fortgang. Die Teilnahme steht jedem Kinde frei. Die Knaben und Mädchen versammeln sich an jedem Sonntag früh 8 Uhr an der Ecke der Richard- und Berthelsdorferstraße (früher Kuhgang). Pünktlich um 12 Uhr mittags erfolgt die Rückkehr vom Spielplatz in Treptow.

Steglitz.

Wegen Eintritts der Polizeistunde aufgelöst wurde die zum Mittwochabend bei Schellhase einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Obgleich die Arbeiterpresse solche Fälle fast täglich mitteilt, so ist es doch kein Fehler, daß auch den Steglitzer Arbeitern wieder einmal der „Rechtsstaat“ Preußen, nach dessen Verfassung alle Bürger vor dem Gesetze gleich sind, demonstriert wird. Die Versammlung hatte nach Anhörung eines Vortrages des Genossen Brückner-Berlin den Bericht der Gewerkschaftskommission und der Bauarbeiterschutzkommission entgegengenommen und beschäftigte sich in der Diskussion mit dem vom Berichterstatter vorgebrachten Anklagematerial gegen Bauunternehmer und — Polizei. Der überwachende Gendarm machte plötzlich gegen 11 Uhr diesem grausamen Spiel ein Ende. Die einzulegende Beschwerde wird ergeben, ob der Beamte nach der Instruktion seines Vorgesetzten, des Amtsvorstehers Buhrow, handelte, oder ob er nur der Meinung war, daß das gegen die Polizeiverwaltung vorgebrachte Material bereits so reichhaltig war, daß es einer Vermehrung nicht mehr bedurfte. Bezeichnend bleibt es jedenfalls, daß die Polizei den Arbeitern das gesetzlich garantierte Versammlungsrecht auf die angegebene Art beschneidet. Nach der Behauptung des Obmannes der Schutzkommission zählen die Verstöße der Bauunternehmer im Laufe des Jahres nach Hunderten. Trotzdem sind eingereichte Beschwerden entweder fruchtlos oder Abhülfe erfolgt erst nach Wochen, wobei dann dem betreffenden Unternehmer noch gesagt wird, daß von diesem oder jenem die Beschwerde eingegangen sei. Als der Obmann der Kommission dieses Verfahren rügte, meinte der Amtsvorsteher Buhrow, daß derjenige, der bei der Polizei eine Anzeige erstatte, auch „Mann genug sein müsse“, mit seiner Person dafür einzustehen. Die Ansicht des Amtsvorstehers verkennt, daß der Obmann nicht als Person, sondern als Beauftragter einer Körperschaft handelt, die noch dazu nicht im eigenen Interesse, sondern in demjenigen ihrer Mitmenschen tätig ist. Gerade weil durch Arbeiterschutzmaßregeln den Bauunternehmern Geldausgaben entstehen können, darf unter keinen Umständen der Obmann zum Dank für seine menschenfreundliche Tätigkeit der Rache des Unternehmertums ausgeliefert werden. Das ist bei Einrichtung der Fabrikinspektionen so klar dargelegt, daß es wünschenswert wäre, wenn das Reich anordnete, daß den preußischen Amtsvorstehern über die Voraussetzungen eines Arbeiterschutzes amtlich Lehren erteilt würden.

Johannisthal.

In einer öffentlichen Versammlung referierte Genosse Zubeil über: Die Tätigkeit des Reichstages. Redner, der den jeweiligen Kurs sowie die erledigten Gesetzesvorlagen gebührend beleuchtete, erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Genosse Diesner ging zum Schluß auf die Differenz zwischen Parteivorstand und Generalkommission ein und meinte, die Aktion gegen das Dreiklassenwahlrecht könne dadurch geschwächt werden.

Ober-Schöneweide.

Am Sonntag, den 15. Juli finden die Kinderspiele auf dem neuen Spielplatz der Freien Turnerschaft statt. Die Eltern werden ersucht, ihre Kinder an diesen Spielen teilnehmen zu lassen. Treffpunkt Wilhelminenhofstraße Ecke Edisonstraße ½2 Uhr. Die im oberen Teile des Ortes wohnenden Kinder schließen sich an und erfolgt alsdann der gemeinsame Spaziergang nach dem Spielplatz.

Adlershof.

Ueber „verbrecherische Staatsmittel“ referierte in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Horlitz. Der alsdann vom Genossen Fuchs erstattete Kassenbericht ergab eine Einnahme von 525,25 M. und eine Ausgabe von 147,16 M., abgeliefert an den Zentralvorstand sind 350,16 M.; es verbleibt demnach ein Bestand von

27,50 M. Die Mitgliederzahl ist auf 401 gestiegen. Nach dem hierauf vom Genossen Steuer gegebenen Speditionsbericht ist die Zahl der „Vorwärts"-Abonnenten von 509 auf 529 gestiegen. Einer Einnahme von 2085,69 M. steht eine Ausgabe von 1970,82 M. gegenüber. Genosse Schubert gab alsdann einen ausführlichen Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Zur Generalversammlung Groß-Berlins wurden die Genossen Fuchs, Schubert, Beck u. Liegner gewählt. Ein vom Genossen Liegner gestellter Antrag, die Hauskassierung einzustellen, wurde einstimmig angenommen. Das Ableben des Genossen Loose wurde in üblicher Weise geehrt.

Groß-Besten.

Rüstig vorwärts geht es auch in Groß-Besten mit der Parteibewegung. Der Wahlverein hat in letzter Zeit einen erfreulichen Zuwachs erhalten. Beachtenswert ist, daß selbst die selbständigen Handwerker immer mehr zu der Erkenntnis gelangen, daß sie ihr Heil nur in der sozialistischen Bewegung finden. Dem Wahlverein sind in letzter Zeit unter anderen beigetreten: 2 Bauunternehmer, 1 Tischler-, 1 Schlossermeister, 1 Barbier, 1 Schuhmacher- und 1 Malermeister. Auch die Lokalverhältnisse sind wesentlich bessere geworden. Es stehen uns jetzt vier Säle, darunter das größte Lokal der Umgegend, zur Verfügung. Am letzten Sonntag fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Genossin Thiel über: „Die Frau im politischen Klassenkampfe" referierte. Eine Resolution, die zugleich zum Austritt aus der Landeskirche auffordert, wurde angenommen. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am 29. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Purann statt.

Zühlsdorf. (Bez. Nieder-Schönhausen)

Mit der Beleuchtungsfrage beschäftigte sich auf Antrag unserer Genossen die Gemeindevertretung bereits zum viertenmal. Stets, wenn auf die Notwendigkeit der Straßenbeleuchtung hingewiesen wurde, erklärten bürgerliche Vertreter dieselbe als überflüssige Sache. In letzter Zeit hat sich nun der Grundbesitzerverein zur Anschaffung von Straßenlaternen bereit erklärt. Selbigem wurde jedoch geantwortet, daß es solange gegangen sei und wer einmal nach Berlin zu fahren hat, könne sich ja eine Laterne mitnehmen. Es ist nun durch das Vorgehen unserer Genossen gelungen, hier Abhülfe zu schaffen. Bei der Beschlußfassung fehlten allerdings zwei Vertreter der Bürgerlichen, sonst wäre es schließlich noch fraglich gewesen, ob man in Zühlsdorf nicht auch in Zukunft noch weiter im Finstern herumtappen würde. In die Steuer-Einschätzungskommission wurde Genosse Albert Methner gewählt.

Köpenick.

Der angebliche Maifestzug vor dem Schöffengericht. Am Donnerstag hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht die Genossen Gühne, Lefevré, Dittmann, Nieke und Buchholz sowie der Musikdirektor Danis zu verantworten. Wie wir bereits mitgeteilt haben, sind dieselben beschuldigt, an einem nicht genehmigten Aufzuge teilgenommen zu haben. Den Genossen Gühne hatte man als Leiter des Aufzuges betrachtet. Die Angeklagten bestritten, daß es sich um einen Aufzug gehandelt habe, die Feiernden seien in losen Zügen in das Festlokal gegangen. Die als Zeugen geladenen Polizeiwachtmeister Galler und Tielsch blieben dabei, daß es in der Tat ein Umzug gewesen sei. Der Angeklagte Gühne habe in der Versammlung am Vormittage aufgefordert, herauszumarschieren. Das Gericht verurteilte Gühne als den angeblichen Leiter zu 20 M. Geldstrafe. Die übrigen fünf Angeklagten wurden freigesprochen, da nicht festgestellt sei, daß sie sich im Lokale von Scheer aufgehalten haben und von dort an dem Zuge beteiligt gewesen seien.

Spandau.

Am morgigen Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet von der „Freien Gemeinde" bei Böhle eine Versammlung statt, in welcher Genosse Störmer über: „Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben" referieren wird.

Gerichts-Zeitung.

Livland vor Gericht.

Ein baltischer Junker hat unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Weber, wegen Beleidigung verklagt. In Nr. 35 des „Vorwärts" vom 11. Februar brachten wir einen Artikel, der sich mit den Zuständen in den baltischen Provinzen beschäftigt. Unter anderem wird in dem Artikel gesagt, daß die Einäscherung einiger Güter und Gutsgebäude ausschließlich die Taten der von den Junkern gepeinigten Deputanten und böswilliger Individuen seien, mit denen die Revolution und das Volk im allgemeinen nichts zu schaffen hätten. In den meisten Fällen hätten die Junker die Brandstiftungen selbst bewirken lassen, um große Versicherungssummen zu erhalten und die Tat auf die Revolutionäre wälzen zu können. Es wird dann ein Fall dieser Art angeführt und weiter gesagt: „v. Sievers in Livland, Baron Medem in Kurland sollen sich ähnlich bereichert haben."

Durch diese Bemerkung fühlt sich ein Landrat v. Sivers (ohne e) in Römerhof in Livland getroffen. Er hat die Beleidigungsklage gegen Genossen Weber eingereicht und wird durch Justizrat Wagner vertreten. In der Verhandlung, die am Freitag vor dem Schöffengericht stattfand, bemerkte Rechtsanwalt Karl Liebknecht als Verteidiger Webers: Da es in den baltischen Provinzen eine große Zahl von Trägern des Namens Sievers gibt, und auch in Livland mehrere dieses Namens ansässig sind, so habe der Kläger den Nachweis zu führen, daß er und kein anderer Sievers vom „Vorwärts" gemeint sei. Bestritten werde, daß der „Vorwärts" den hier als Kläger auftretenden Herrn v. Sivers, der seinen Namen ja ohne „e" schreibe, gemeint habe. Die Angaben des „Vorwärts" bezögen sich tatsächlich auf einen anderen Herrn v. Sievers und in bezug auf diesen liege auch Material vor, durch das der Wahrheitsbeweis voll zu erbringen sei. Es sei ja sehr schwierig, über die Vorgänge in Rußland detailliertes Material zu bekommen. Dem Kläger müsse ja bekannt sein, mit welchen Schwierigkeiten die Herbeischaffung eingehenden Beweismaterials aus Rußland verknüpft ist. Es sei auch bekannt, daß russische Staatsangehörige, die hier als Zeugen über Vorgänge in Rußland vernommen werden, unter Umständen ihre Ausweisung und damit ihre Auslieferung an die russische Justiz mit Sicherheit zu erwarten haben. Durch Zufall sei dem Verteidiger vor einigen Tagen ein auf der Durchreise befindlicher Mann bekannt geworden, der zwar nicht Augenzeuge der im „Vorwärts" angegebenen Tatsachen sei, der aber auf Grund von Informationen, die er gesammelt habe, die Wahrheit der Angaben des „Vorwärts" bestätigen könne. Durch diesen seinen Gewährsmann habe der Verteidiger auch erfahren, daß auch auf dem Gute des hier als Kläger auftretenden Herrn v. Sivers böse Dinge vorgekommen seien. Dort seien Leute in der brutalsten Weise zu Tode gefoltert worden, und aus diesem Grunde sei der Angriff auf das Besitztum des Klägers erfolgt. Wenn der Kläger die Angaben des „Vorwärts" auf sich beziehen wolle, so werde sich beweisen lassen, daß die Angaben auch für diesen tatsächlich nicht vorliegenden Fall nicht unrichtig sind. Zunächst möge der Kläger aber den Nachweis führen, daß er in dem „Vorwärts"-Artikel und nicht der im „Vorwärts" genannte Sievers (mit einem e) gemeint sei.

Justizrat Wagner vertrat für den Kläger den Standpunkt, es könne nur der Kläger gemeint sein. Die abweichende Schreibweise des Namens sei unerheblich. In Livland gebe es nur einen Sivers, dessen Gut niedergebrannt ist, und das sei der Kläger, der übrigens keine Versicherungsgelder erhalten habe, weil sein Besitztum nicht versichert war.

Rechtsanwalt Liebknecht betonte nochmals, der Sivers in Römershof sei nicht gemeint. Nicht von einem abgebrannten Gutshofe, sondern von einem abgebrannten Gutsgebäude werde im „Vorwärts" gesprochen. Gemeint sei eine Scheune, die mit Inhalt versichert war, deren Inhalt aber vor der Brandlegung entfernt, nach dem Brande aber durch die Versicherungsgesellschaft bezahlt worden sei. Dieser Vorfall betreffe einen mit dem Kläger nicht identischen Sievers. Wenn auch die Verteidigung in der Lage sei, für diese Behauptungen Beweise beizubringen, so werde sie doch erst überlegen müssen, ob sie die betreffenden Zeugen vor Gericht zitieren könne. Denn bei den bekannten, in Rußland herrschenden Zuständen hätten die betreffenden Zeugen, wenn sie von hier ausgewiesen werden, ihre Freiheit, ja ihr Leben aufs Spiel zu setzen.

Das Gericht nahm die Aktivlegitimation des Klägers an. Da der „Vorwärts" bestimmte Behauptungen über einen Herrn v. Sievers aufgestellt habe, so sei jeder Träger dieses Namens berechtigt, sich durch diese Behauptungen beleidigt zu fühlen und als Kläger aufzutreten. Der Beklagte habe den Nachweis zu führen, daß der Kläger nicht gemeint. Im übrigen beschloß das Gericht, die Sache zu vertagen und gab dem Beklagten auf, seine Beweisanträge zu stellen. Der Beklagte wird nunmehr vollen Beweis für die Behauptung des „Vorwärts" und auch über die Verhältnisse auf dem klägerischen Besitztum antreten, wiewohl formell offensichtlich die Annahme eine unzutreffende ist, wenn bestimmte Tatsachen über Schulze mit einem e behauptet worden, so könne jeder Schulze ohne e sich getroffen fühlen.

Steinchen gegen den Austritt aus der Kirche.

Die Agitation für den Austritt aus der Landeskirche macht der Geistlichkeit, wie bekannt, viel Verdruß. Das erscheint auch ganz selbstverständlich, denn sie, oder doch die von ihnen vertretene Institution, sind ja die Leidtragenden, wenn eine derartige Agitation Erfolg hat und die nicht mehr Gläubigen der Kirche den Rücken kehren. Was aber auch frommer Eifer an Gegenmitteln gegen die Austrittsbewegung ersonnen hat — es half nicht. Weder salbungsvolle Ermahnungen, noch zelotischer Eifer können der Bewegung Einhalt tun. Aber wir haben ja in Preußen noch Polizei und Justiz. Sollten die nicht der freiheitlichen Bewegung des Volkes hemmend entgegentreten können? Sie wurden mobil gemacht, suchten und fanden ein kleines Mittelchen zur Verabreichung von Nadelstichen. Der durch § 30 des Reichspreßgesetzes aufrecht erhaltene § 9 des alten preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851, den man schon öfter aus der Rumpelkammer hervorgeholt hat, um ihn gegen Aeußerungen der Arbeiterbewegung ins Feld zu führen, mußte auch in diesem Falle wieder herhalten, um dem einen oder anderen, der die Austrittsbewegung zu fördern sucht, Steine in den Weg zu legen. § 30 des Reichspreßgesetzes bestimmt in seinem Absatz 2: „Das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über das öffentliche Anschlagen, Anheften, Ausstellen, sowie die öffentliche unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen zu erlassen, wird durch dieses Gesetz nicht berührt." § 9 des altpreußischen Preßgesetzes lautet: „Anschlaggettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene und verlorene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angeschlagen oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden." Auf Grund dieses Paragraphen hat die Polizei gegen den Schankwirt Agthen Strafantrag gestellt, weil er in seinem Restaurationslokal ein Plakat ausgehängt hatte, worin mitgeteilt wird, daß Formulare für die Anmeldung des Austritts aus der Landeskirche hier zu haben sind und Informationen über denselben erteilt werden. Das Schöffengericht erblickte in der gestrigen Verhandlung eine Uebertretung des alten preußischen Preßgesetzes, verübt durch Aushang des Plakats, als vorliegend und verurteilte Agthen zu einer Geldstrafe von 5 M. Wird die Frage im gleichen Sinne von der letzten Instanz entschieden, so käme für Preußen folgende wunderliche Rechtslage heraus: Bietet jemand unentgeltlich ein Formular an, so ist er strafbar, bietet er es aber gegen Entgelt an, so ist er straflos. Stände auf dem Plakat etwa: „Hier ist ein Dutzend Formulare zum Austritt aus der Landeskirche nebst Gebrauchsanweisung für einen Pfennig zu haben" oder: „Bei Einkäufen von 5 Pf. ab erhält der Käufer ein Formular zum Austritt aus der Landeskirche nebst Gebrauchsanweisung", so läge eine „Ankündigung über Verkäufe" oder eine „Nachricht über den gewerblichen Verkehr" vor, der Plakataushang wäre dann von Plackereien frei.

Ein Pücklerjünger vor Gericht.

Ein wüster Auftritt lag einer Anklage wegen schwerer Körperverletzung zugrunde, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung kam. Angeklagt war der Portier Karl Schwarze, dessen Ehefrau Marie S. und der Arbeiter Stanislaus Sommerfeld, sämtlich zu Charlottenburg wohnhaft. — Eines Tages im März d. J. erschien in einem Hause am Kurfürstendamm der Handelsmann Isaak Graff, um dort seinem Gewerbe, dem Einkauf von alten Hüten, alten Stiefeln und alten Sachen nachzugehen. Ein Hausmädchen rief gegen seine Zudringlichkeit die Schwarzschen Eheleute herbei, die in dem betreffenden Hause die Portierstelle versahen. Graff weigerte sich törichterweise das Haus zu verlassen und hielt sich, als ihn der Ehemann S. mit Gewalt entfernen wollte, am Treppengeländer fest. Inzwischen hatte die Frau S. einen dicken Gummischlauch herbeigeholt und schlug nunmehr auf den Zetermordio schreienden Handelsmann ein. Auch Schwarz traktierte ihn in Gemeinschaft mit seiner „besseren Hälfte" mit Fußtritten und Faustschlägen. Zu einer schlimmen Szene kam es, als der dritte Angeklagte Sommerfeld sich an den Mißhandlungen beteiligte. Dieser war ein eifriger Besucher der Pücklerversammlungen gewesen und glaubte nun die Gelegenheit zu haben, die bildlich zu nehmenden Hetzreden des Dreschgrafen in die Tat umsetzen zu können. Er packte den fast schon bewußtlosen Graff und schleuderte ihn mit dem Kopfe mehrmals mit voller Wucht gegen die Wand, bis sein unglückliches Opfer wie tot liegen blieb. Im bewußtlosen Zustande wurde der Schwerverletzte später zu dem prakt. Arzt Dr. Joseph in Charlottenburg gebracht, der eine schwere Gehirnerschütterung konstatierte. Da sich bei G. infolge dieser Verletzung Sinnesstörungen herausstellten, wurde gegen die Schwarzschen Eheleute und Sommerfeld eine Anklage wegen schwerer Körperverletzung im Sinne des § 224 St.-G.-B. erhoben. Vor Gericht gab der der als Sachverständiger geladene Dr. Joseph sein Gutachten dahin ab, daß es sehr leicht möglich sei, daß der Verletzte infolge der schweren Gehirnerschütterung später hin in Geisteskrankheit verfalle. Die Strafkammer ging deshalb weit über den Antrag des Staatsanwalts, der für mehrere Monate Gefängnis als Strafe eintrat, hinaus, da es sich um einen unglaublichen Roheitsakt von drei Personen gegen eine zudem auch noch schwächliche Person handele. Das Urteil lautete gegen den Ehemann Schwarze auf ein Jahr Gefängnis, gegen die Ehefrau Schwarze auf ein Jahr neun Monate und gegen Sommerfeld auf zwei Jahre Gefängnis. Zugleich wurden alle drei Angeklagten, da bei der Höhe der erkannten Strafe Fluchtverdacht gerechtfertigt erscheine, sofort verhaftet.

Versammlungen.

Mit den Zuständen in der Ortskrankenkasse der Schneider beschäftigte sich am Donnerstag eine Protestversammlung von Mitgliedern dieser Kasse. Es handelte sich um die bekannten im „Vorwärts" schon öfter besprochenen Vorgänge und die Widerrechtlichkeiten, deren sich der jetzige, mit Hülfe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Amt gekommene Vorstand schuldig machte. Insbesondere richtet sich der berechtigte Unwille der Mitglieder dagegen, daß das Resultat der am 22. Mai vorgenommenen Delegiertenwahl bis heute noch nicht festgestellt ist. Der Referent, Kunze, wies unter anderem darauf hin, daß die Aufsichtsbehörde bereits mehrfach ersucht worden ist, die Auszählung der Stimmzettel, die der Vorstand in Verwahrung hat, zu veranlassen. Neuerdings hat ja nun die Aufsichtsbehörde verfügt, daß die Stimmzettel ausgezählt werden sollen, aber der Vorstand unter Leitung des Herrn Broda denkt trotzdem nicht an die Auszählung. Nach Lage der Sache ist der jetzige Vorstand schon seit Anfang des Jahres widerrechtlich im Amte, und den in ihren Rechten verletzten Mitgliedern war es bis jetzt unmöglich, die Aufsichtsbehörde zum Eingreifen zu bewegen, um dem unrechtmäßigen Zustande ein Ende zu machen. In letzter Zeit hat sich der Vorstand einer neuen Unrechtmäßigkeit schuldig gemacht. Er hat es unterlassen, nachdem ein Amt im Vorstande erledigt war, den Ersatzmann einzuberufen. Infolgedessen müssen die Beschlüsse, welche der Vorstand seitdem gefaßt hat, als ungültig betrachtet werden. Da die Mitglieder bei der Aufsichtsbehörde, dem Magistrat, ihr Recht nicht finden können, die unerhörten rechtswidrigen Zustände, aller Vorstellungen ungeachtet, weiter bestehen, so empfahl der Referent, daß sich die Mitglieder mit einer Beschwerde an die höhere Aufsichtsinstanz, den Oberpräsidenten, wenden, sowohl wegen Feststellung des Wahlresultats, als auch wegen der unvollständigen Besetzung des Vorstandes. Ferner wies der Referent auch darauf hin, daß die Aufsichtsbehörde in anderen Fällen, z. B. wenn eine Krankenkasse Vorträge gegen den Alkoholismus veranstalten wollte, unverzüglich eingegriffen hat, und zwar gegen die Interessen der Mitglieder, während hier, wo es sich um die Wahrung der Rechte der Mitglieder gegenüber einem rechtswidrig handelnden Vorstande handelt, bei der Aufsichtsbehörde nichts zu erreichen ist.

In Uebereinstimmung mit dem Referenten äußerten sich eine Reihe von Diskussionsrednern über den unerhörten Zustand der Rechtlosigkeit, der gegenwärtig in der Ortskasse der Schneider besteht. Ferner wurde die Mißwirtschaft unter dem gegenwärtigen Vorstande an verschiedenen Beispielen aus den Kassengeschäften illustriert. Schließlich erfolgte die einstimmige Annahme der folgenden Resolution:

„Die versammelten Mitglieder der Ortskrankenkasse der Schneider nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Tatsache, daß das Resultat der Wahl vom 22. Mai noch nicht festgestellt ist. Sie verurteilen auf das entschiedenste die Haltung der Aufsichtsbehörde, die in dieser Angelegenheit dem derzeitigen Vorstande der Ortskasse gegenüber die nötige Energie sehr stark vermissen läßt. In der Ueberzeugung, daß weitere Schritte bei der unteren Aufsichtsbehörde erfolglos sein werden, beauftragen die Versammelten das Bureau der heutigen Versammlung, im Sinne des Referats eine Beschwerde an den Oberpräsidenten zu richten. Angesichts der Tatsache, daß die Beschlüsse, welche der Vorstand seit dem 11. Juni in seinen Sitzungen gefaßt hat, nicht auf ordnungsmäßigem Wege zustande gekommen sind, beauftragen die Versammelten das Bureau gleichzeitig, bei der oberen Aufsichtsbehörde zu beantragen, daß sämtliche Beschlüsse, welche der Vorstand seit dem 11. Juni gefaßt hat, für ungültig erklärt werden.

Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr, bei Noster, Britz, Chausseestraße: Vereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Berichte. 3. Kreisturnfest. 4. Stiftungsfest. 5. Aenderung des Statuts betreffend Ausschluß. 6. Anträge. 7. Verschiedenes.

Verein ehemaliger Gütergotzer zur Bekämpfung der Tuberkulose. Außerordentliche Generalversammlung Sonnabend, 14. Juli, abends 9 Uhr, im Musikerhaus, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Vermischtes.

Ein neues Eisenbahnunglück.

München, 13. Juli. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, daß heute nacht bei der Station Kaufering der von Lindau kommende Schnellzug 79 auf einen Güterzug stieß. Die Maschine und fünf Wagen entgleisten, ein Bremser ist tot, der Lokomotivführer des Schnellzuges und zwei Schaffner sind leicht verletzt, ein Zugführer ist schwer verletzt. Reisende sind nicht verletzt.

Augsburg, 13. Juli. Wie die „Augsburger Abendzeitung" meldet, explodierten gestern nachmittag auf dem hiesigen militärischen Uebungsgelände vor Beginn einer Zielübung des 4. Feldartillerie-Regiments vierzig auf einem Haufen zusammenliegende Kanonenschläge auf unaufgeklärte Weise. Drei Unteroffiziere und vier Artilleristen wurden schwer verletzt und am ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt. Sie wurden ins Garnisonlazarett gebracht.

New York, 13. Juli. In El Pado (Texas) hat gestern ein heftiges Erdbeben stattgefunden.

Eingegangene Druckschriften.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). 28. Heft. Abonnements einschließlich der Plutus-Merktafel vierteljährlich bei Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

O. E. G. 46, H. W. 4. Ja. — **W. 3.** 1. Ja. 2. Nein: ergänzen Sie Ihre Angaben dahin, wann die betreffende geboren ist, wann und wieviel sie geliebt hat und wiederholen Sie dann Ihre Frage. — **W. D. 44.** Mindestens 200 Marken müssen geklebt sein. — **12 K. W.** Klagen Sie auf Herausgabe beim Amtsgericht. — **T. 4.** Sofern die Maschine nicht zum Erwerb gebraucht wird, ist sie pfändbar. — **Freie Raucher, Rixdorf.** 1 und 3. Ja. 2. Nein. — **H. Kurth.** 1. Nein. 2. Sie haben recht. Noch besser wäre der Anfang: Geboren bin ich usw.

Witterungsübersicht vom 13. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	764	W	3	bedeckt	14	Haparanda	765	NO	2	wolkenl.	16
Hamburg	764	SSW	3	wolkig	12	Petersburg	761	SW	1	heiter	22
Berlin	765	WSW	3	bedeckt	13	Scilly	767	SW	2	bedeckt	14
Frankf. a. M.	766	N	2	bedeckt	12	Aberdeen	761	SW	1	bedeckt	12
München	763	NW	3	Regen	11	Paris	767	NNO	1	wolkenl.	12
Wien	763	W	1	bedeckt	18						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 14. Juli 1906.

Ziemlich heiter, etwas wärmer, bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kamerad

Erich Jonas

durch Absturz vom Bau an den Folgen gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 14. Juli, nachmittags 5¼ Uhr, auf dem Wilmersdorfer Kirchhofe, Berlinerstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer,

nur Mariannen-Straße 2.

Leihhaus

Berlin, Anklamerstr. 2

Charlottenburg, Friedrich-Karlplatz 12.

Hohe Beleihung von Gold-, Silbersachen u. Kleidungsstücken rc.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.